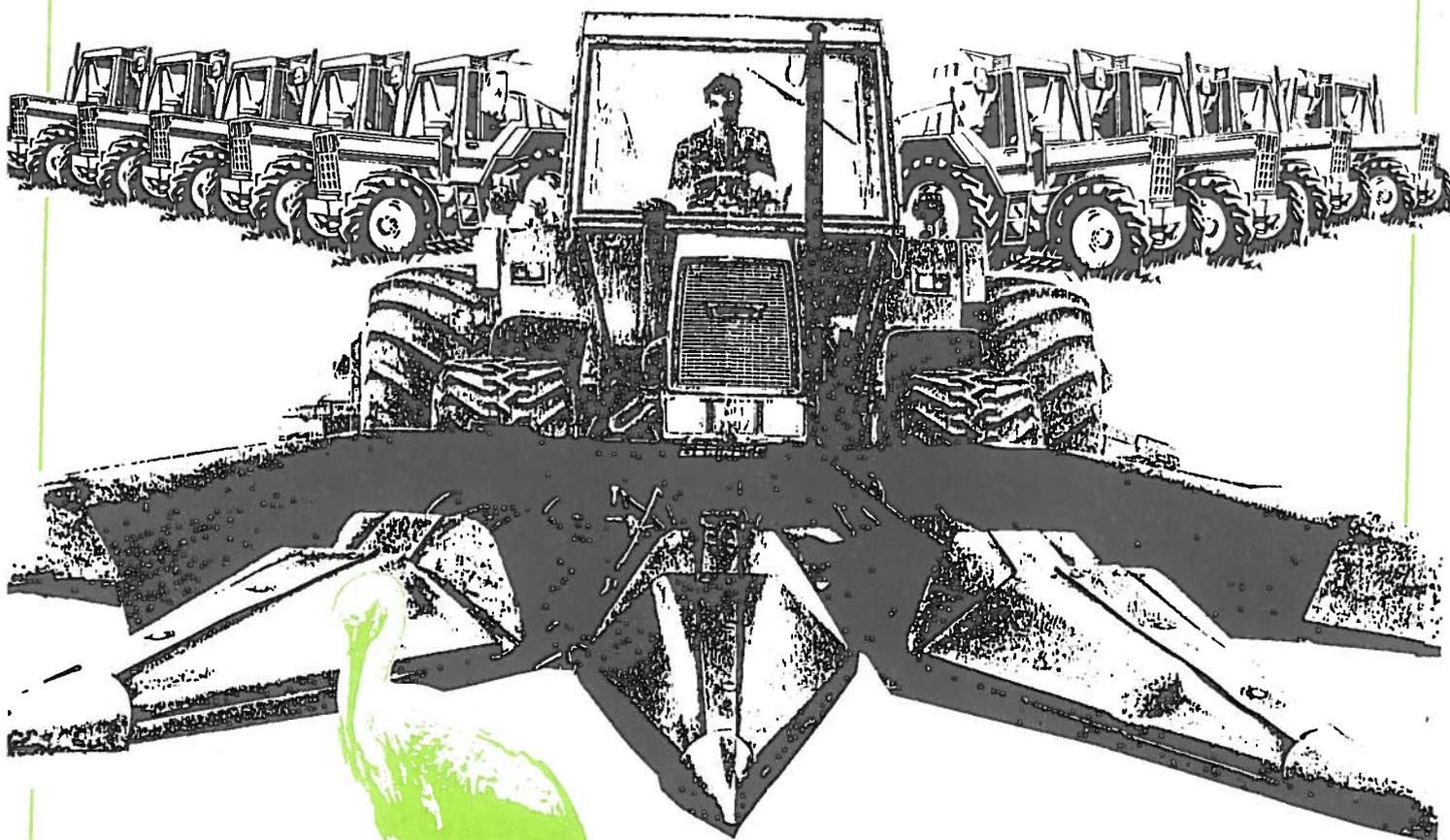


Lutz Ribbe, Hubert Weiger

Bauernhof **statt Agrarfabrik**

*Landwirtschaftliches
Grundsatzprogramm*



Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland
e. V.



BUNDpositionen 8

© 1998 Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V.



Diese Publikation wurde auf einem
Commodore Computer gestaltet.



Impressum

In seiner Reihe BUNDpositionen bezieht
der Bund für Umwelt und Naturschutz
Deutschland e.V. (BUND)
Stellung zu wichtigen umweltpolitischen
Themen und Ereignissen.

Die formulierten Aussagen geben
den momentanen Stand der Diskussion
innerhalb des Verbandes wieder.
Die BUNDpositionen erheben keinen Anspruch
auf Absolutheit. Sie sollen Beiträge
zu laufenden Diskussionen liefern.
Nach entsprechendem Zeitablauf
und Vorliegen neuer Erkenntnisse
werden sie fortgeschrieben.

Herausgeber:
Bund für Umwelt und Naturschutz
Deutschland e.V. (BUND)
(V.i.S.d.P.: Lorenz Graf)
Im Rheingarten 7, 5300 Bonn 3

Die BUNDpositionen
sind zu beziehen über:
Bund für Umwelt und
Naturschutz Deutschland
e.V. (BUND),
Im Rheingarten 7
5300 Bonn 3
gegen Voreinsendung
von je DM 4,-
als Verrechnungsscheck
(Abgabe an Medienvertreter
kostenlos).

Autoren:
Lutz Ribbe
Dr. Hubert Weiger

An dieser BUNDposition arbeiteten
folgende Mitglieder des
Arbeitskreises Landwirtschaft mit:
H.J. Breiting, J. Dettmar,
J. Hochmann, I. Lünzer,
G. May-Stürmer, H.J. Roos,
M. Ruppner, M. Strobel,
T. Uhlenhaut, S. Werner,
E. Wirthensohn

Redaktion:
Martina Krause

Layout & Grafik:
Bruno Wioska

Lektorat:
Dr. Ludger Hüning

Druck:
Grafische Werkstatt
Briesemeister & Partner
Wachtberg-Pech, 1991

1. Auflage Juli 1991



Bauernhof statt Agrarfabrik

Landwirtschaftliches Grundsatzprogramm

Inhalt:

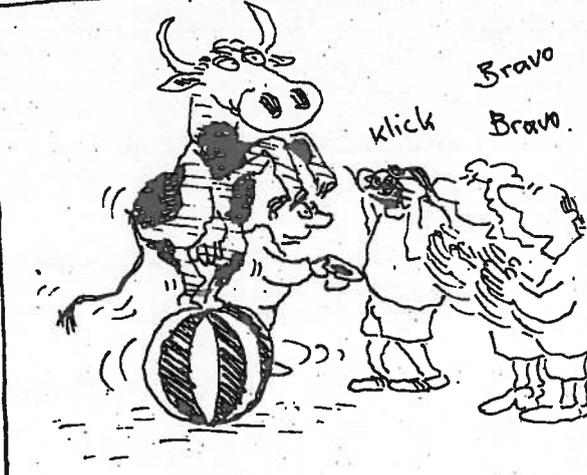
- | | |
|--|-----------|
| 1. Landwirtschaft - ein Thema
für Natur- und Umweltschützer? | 3 |
| 2. Die Situation der Landwirtschaft heute
und die Gründe dafür | 21 |
| SONDERTEIL: DIE MILCH, DIE BAUERN
UND DIE GENTECHNIK | 27 |
| 3. Welche Zukunft hat
die Landwirtschaft unter den
gegebenen Bedingungen? | 34 |
| 4. Die agrarpolitischen Vorschläge
des BUND | 47 |
| 5. Zusammenfassung | 55 |



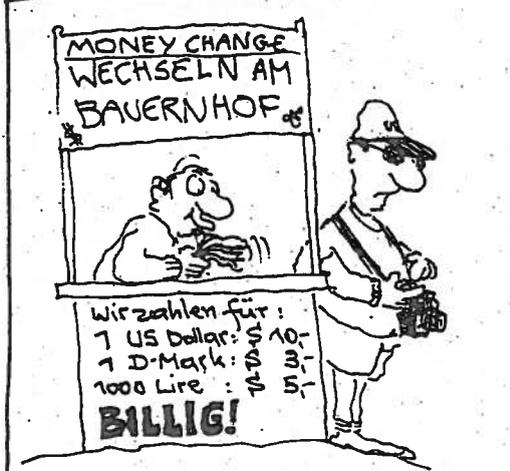
Wie können Bauer und Bäuerin heute Löcher stopfen?



① durch: DIREKTVERMARKTUNG ② durch: höheren WERBEAUFWAND



③ durch: originelle VERPACKUNG ④ durch: TIERATTRAKTIONEN



⑤ durch: DEWISENGESCHÄFTE ⑥ durch: WEGELAGEREI



1. LANDWIRTSCHAFT - EIN THEMA FÜR NATUR- UND UMWELTSCHÜTZER ?

Viele Problemfelder sind es, die Umweltschützer bewegen, sich mit der Agrarpolitik zu befassen. Das Sondergutachten des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen "Umweltprobleme der Landwirtschaft" von 1985 gibt die wohl beste Bestandsaufnahme der derzeitigen ökologischen Situation wieder. Aber auch das "Aktionsprogramm Ökologie" von 1983, das von einer Expertengruppe im Auftrage der damaligen (FDP-) Bundesminister für Landwirtschaft bzw. Inneres (damals noch für den Umweltschutz zuständig) in Auftrag gegeben wurde, bietet eine Fülle von kritischen Analysen und Handlungshinweisen.

In dieser BUND-Position sollen die dort geführten Argumentationen nicht wiederholt werden; hinsichtlich der wissenschaftlichen Ergebnisse wird deshalb auf diese und andere Papiere, aber auch auf diverse BUND Publikationen verwiesen (1).

Wichtig erscheint allerdings der Hinweis, daß sich die Diskussion auf seiten der Naturschützer in den letzten Jahren entscheidend verändert hat. Wurden früher nahezu ausschließlich die Bauern wegen ihrer Produktionstechniken für die negativen ökologischen Folgen in der Feldflur verantwortlich gemacht, so richten sich die Forderungen der Umweltschützer heute mehr an die Agrarpolitiker und an die Verbraucher, die den Landwirten den Rahmen vorgeben, in dem diese sich mit ihren Betrieben wirtschaftlich behaupten müssen.

In der öffentlichen Diskussion existieren zum Thema "Landwirtschaft und Umweltschutz" zwei Extrempositionen:

1. "Der Landwirt ist der geborene Naturschützer, dies steht sogar im Bundesnaturschutzgesetz geschrieben"
2. "Landwirtschaft zerstört Natur und Umwelt"

Beide Positionen sind in ihrem Absolutheitsanspruch falsch, aber: An beiden ist auch etwas dran. Denn Landwirtschaft, so betrieben wie derzeit, schafft vielfältige Probleme, die im folgenden behandelt werden sollen.

1.1 Artenrückgang durch Landwirtschaft

In der Bundesrepublik ist seit vielen Jahren ein extremer Rückgang an Tier- und Pflanzenarten zu beobachten.

"Durch menschliche Aktivitäten werden Pflanzen- und Tierarten in einem Ausmaß vernichtet, das die derzeitigen naturbedingten Vernichtungsraten um ein vielfaches übersteigt", stellt die Expertengruppe des Bundesinnenministeriums fest (2).

Von den 2667 Arten einheimischer und eingebürgerter Farn- und Blütenpflanzen der Bundesrepublik sind 30,8% ausgestorben oder gefährdet.

Hinsichtlich der Gefährdung der Fauna ist davon auszugehen, daß mit dem Aussterben einer einzigen Pflanzenart etwa 10 bis 20 Tierarten wegen ihrer ökologischen Abhängigkeit von bestimmten Pflanzen ihre Lebensgrundlage entzogen wird. Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht über den Gefährdungsgrad der Tierarten in der Bundesrepublik Deutschland. (s. Tab.2)

Und es gibt keine Aussichten auf eine baldige Besserung der Situation. Im Gegenteil: In den letzten 10 Jahren hat in Bayern die Zahl der auf der Roten Liste der gefährdeten Pflanzen stehenden Arten von 28 % auf fast 40 % zugenommen; die gleiche Entwicklung findet bei Tierarten statt. Das Artensterben ist noch längst nicht gestoppt, es schreitet mit unverminderter Geschwindigkeit voran.

Die Landwirtschaft - Hauptursache des Artensterbens

Die Gründe dafür liegen im wesentlichen in zwei Problemerkisen: Zum einen in verstärkten und teilweise naturfremden Stoffeinträgen, zum anderen in der Umgestaltung von Landschaft nach den Erfordernissen der agrar-industriellen Produktion. Dazu einige Beispiele:

Zwar gab es auch schon vor der landwirtschaftlichen Intensivierungswelle (3), die etwa 1950 einsetzte, landwirtschaftliche Maßnahmen, die negative Einflüsse auf die Artenvielfalt

Tabelle 1: In der Bundesrepublik Deutschland ausgestorbene und gefährdete Farn- und Blütenpflanzen

Gefährdungsgrad	Zahl der Arten	Prozent der Gesamtartenzahl
1.1 ausgestorben (seit ca. 150 Jahren) oder verschollen	58	2,1
2.1 vom Aussterben bedroht	161	6,0
2 stark gefährdet	175	6,6
3 gefährdet	213	8,0
4 potentiell gefährdet	215	8,1
Insgesamt	822	30,8

Quelle: Sukopp, Trautmann & Korneck 1978; verändert.

Tabelle 1: In der Bundesrepublik Deutschland ausgestorbene und gefährdete Farn- und Blütenpflanzen (Sukopp, Trautmann & Korneck 1978; verändert).



Tabelle 2: Gefährdung der Tierwelt in der Bundesrepublik Deutschland

Organismen- gruppe	Zahl der einheimischen Arten ca	Ausgestorbene Arten		gefährdete Arten	
		Anzahl	%	Anzahl	%
Wirbeltiere	486	28	6	188	39
Säugetiere	87	7	8	41	47
Vögel	238	19	8	86	36
Kriechtiere	12	-	-	8	67
Lurche	19	-	-	11	58
Fische	130	2	2	42	32
Wirbellose	38.000	?	?	?	?
Insekten*	(3715*)	39	1	1184	32
Weichtiere	479	1	0,2	66	14

*) Bei den angegebenen Zahlen handelt es sich nur um einige Insektengruppen aus der Gesamtzahl von 29 000 Arten, die auf ihre Gefährdung besonders untersucht wurden.

Quelle: BUNDposition 18

hatten, etwa die stärkere Bodenbearbeitung durch Wegfall der Schwarzbearbeitung, eine vermehrte Unkrautbekämpfung (mechanisch oder mit Düngemitteln wie Kalkstickstoff), verbesserte Saatgutreinigung, veränderte Fruchtfolgen und vieles andere mehr. Doch die Folgen dieser Eingriffe stehen in keinem Verhältnis zu der im Augenblick stattfindenden Artenverarmung. Die Landwirtschaft ist heute der wichtigste Verursacher des Artensterbens bei Pflanzen. Während sie 1978 für den Rückgang von "lediglich" 397 Pflanzenarten verantwortlich war, sind es 10 Jahre später schon 513 Arten, die

durch die Landwirtschaft gefährdet sind. (4). Auch für den Rückgang von Vogel- und Schmetterlingsarten ist an erster Stelle die Landwirtschaft verantwortlich. (s. Tab. 3)

Neben der direkten Existenzgefährdung einzelner Arten - die wegen ihrer speziellen Standortansprüche bzw. ihrer engen Bindung an sehr extensive Nutzungsformen mitunter auch schon vor Einsetzen der Intensivierungswelle selten waren - hat die Landwirtschaft eine, für die ökologische Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes noch wesentlich gravierendere Folge: Den in

den Roten Listen nicht dokumentierten dramatischen Rückgang früherer Alerweltsarten. Wie u.a. in verschiedenen Studien bei Grünlandgesellschaften exemplarisch dokumentiert wird (5), hat sich das Gras-Kräuterverhältnis von 70:30 in 1950 auf inzwischen 85:15 deutlich verschoben. Darüber hinaus haben Arten wie Quecke, kriechender Hahnfuß, breitblättriger und krauser Ampfer sowie andere Arten der sogenannten Flutrasen durch die intensiven Stickstoffgaben deutlich auf Kosten der meisten Wiesen- und Weidenarten zugenommen.



Das wird auch dem Laien deutlich:

Bunt blühende Wiesen im Frühjahr sind kaum noch zu sehen. Eine einzige Farbe dominiert eindeutig das Landschaftsbild: Das Gelb des Löwenzahns, sichtbares Ergebnis einer zu hohen Grünlanddüngung.

Aber längst sind nicht nur wildlebende Arten betroffen: 50 Prozent der bei uns einmal vorhandenen Kulturpflanzen sind bereits ausgestorben. Der Naturschutz befindet sich auf dem Rückzug: In der Bundesrepublik existieren ca. 130 verschiedene Ökosystemtypen, 110 davon nehmen zusammen ca. drei bis vier Prozent der Gesamtfläche der Bundesrepublik Deutschland in Anspruch, die 20 anderen den übrigen Rest.

Da die Pflanzen die grundlegenden funktionellen Glieder der Ökosysteme darstellen und die Tiere direkt oder indirekt von ihnen als Nahrungsquelle abhängen, hat der Artenrückgang bei Pflanzen einen noch höheren Anteil existenzgefährdeter Tierarten zur Folge. So kann es nicht verwundern, wenn inzwischen z.B. 44% der Netzflügler, 38% der Großschmetterlinge, 37% der

Geradflügler und 34% der Wildbienen vom Aussterben bedroht sind. Allein bei den Großschmetterlingen ist die Intensivierung der Grünlandnutzung etwa zur Hälfte für die Existenzgefährdung ursächlich verantwortlich (4). Daß solche Bestandsverschiebungen u.a. durch die teilweise enge Bindung der Insektenfauna an einzelnen Arten sich negativ auf die gesamte Fauna auswirken, beweist die Tatsache, daß heute nur noch zwei typische Feldvögel (Feldlerche und Goldammer) noch nicht in die Rote Liste aufgenommen wurden; bei der Erstellung der 1. Fassung der Roten Listen für Vogelarten (1971) wurde dagegen die Mehrzahl der Feldvogelarten noch nicht als bestandsgefährdet angesehen (5)

Die Ursachen des Artensterbens

Geeignete Lebensräume werden zerstört

Die Ursachen für diesen dramatischen Artenrückgang liegen nur zum geringen Teil in der unmittelbaren Beseitigung der Pflanzen; die bei weitem

häufigeren Ursachen sind die Veränderungen oder die Beseitigung geeigneter Lebensräume:

- Beseitigung von Biotopen durch direkte Zerstörung: Ein besonders drastisches Beispiel bilden hier die Moore, die früher 4,7 % der Landesfläche Deutschlands einnahmen; heute liegt ihr Anteil weit unter 1 %.
- Zerstörung von Biotopen durch Ausräumen der Landschaft: Diese Form nimmt immer bedrohlichere Ausmaße an. In Bayern wurden im Regierungsbezirk Oberfranken in den letzten 25 Jahren 40 bis 60 % der Heckenbestände gerodet. In noch größerem Stil geschah dies in Schleswig-Holstein und dem nördlichen Niedersachsen. Dies führte zu dem Ergebnis, daß einige Regionen jetzt durch Winderosion bedroht sind.

Neben ihrer Funktion als "Windschutz" dienen Hecken als Holzlieferant, Ablagestätte von Steinen, zur Einfriedung von Grundstücken usw. Gleichzeitig schuf man Platz für Nützlinge. Doch diese Nutzungen scheinen keine Rolle mehr zu spielen, vielmehr stören Hecken bei der maschinengerechten Gestaltung der Agrarlandschaft. Und der Schattenwurf am Heckenrand kann leicht geringere Erträge zur Folge haben, was für die Bauern nicht hinnehmbar zu sein scheint. Daß Hecken aufgrund ihrer vielfältigen Funktionen insgesamt auch wirtschaftlich sein können, das paßt scheinbar nicht in die Gedankenwelt von Agrarökonomen.

- In diesem Gesamtzusammenhang ist die Frage nach der Größe der Ackerschläge zu stellen: Kann Naturschutz, kann umweltverträgliche Landwirtschaft betrieben werden, wenn es 20, 50 oder gar 230 ha große Schläge gibt?

- Biotop-Zerstörung durch die Aufgabe extensiv genutzter Sonderstandorte wie Raine oder Trockenrasen; unterstützt wird dieser Prozeß durch die Flächenstillegungen.

- Besonders der Verlust an trockenen bzw. nassen Standorten sowie an nährstoffarmen Standorten muß von seiten der Naturschützer beklagt wer-

Tabelle 3: Verursacher des Rückgangs der Pflanzenarten.
Vergleich der Roten Liste 1978 und 1988

	1978	1988
Landwirtschaft	397	513
Tourismus und Erholung	112	161
Forstwirtschaft und Jagd	84	338
Rohstoffgewinnung, Kleintagebau	106	158
Städtisch industrielle Nutzung	99	-
Wasserwirtschaft	92	112
Abfall- und Wasserbeseitigung	67	71
Teichwirtschaft	37	79
Militär	32	53
Verkehr und Transport	19	71
Wissenschaft, Bildung, Kultus	7	40
Gewerbe, Siedlung und Industrie	-	155
Lebensmittel- und pharmazeutische Industrie	-	8

Quelle: Urlaub und Freizeit mit der Natur; BUNDkampagne S. 77



Typ	Anzahl Pflanzenarten (maximal)
saures Kleinseggenried	37
Großseggenried	45
Pfeifengraswiese	73
Traubentrespenwiese	79
Kohldistelwiese	75
trockene Glatthaferwiese	67
feuchte Glatthaferwiese	65
Wiesenfuchsschwanzwiese	41
feuchte Weidelgras-Weißklee-Weide	65
Berg-Glatthaferwiese	75
frische Weidelgrasweide	56
trockene Weidelgrasweide	52
<p>Insgesamt können in den verschiedenen Grünlandtypen Mitteleuropas über 100 Arten höherer Pflanzen vorkommen. In Norddeutschland waren noch vor wenigen Jahren gut 135 Arten ziemlich weit verbreitet. Heute stehen 24 Arten auf der niedersächsischen Roten Liste. Mittel- bis langfristig dürften aufgrund der Nivellierung der Standorte durch Entwässerung bzw. Bewässerung und durch erhöhte Stickstoffdüngung kaum 20 Arten übrig. Quelle:(6)</p>	

Artenverarmung und Vereinheitlichung im Grünland

Die sich aus den modernen Bewirtschaftungsformen ergebende aktuelle Situation des Agrarökosystems Grünland brachte der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen 1985 in seinem Sondergutachten "Umweltprobleme der Landwirtschaft" (SRU 1985) auf den Punkt:

"..Die früher so vielseitige Grünlandnutzung (wurde) mit Hilfe von Entwässerung, Drainierung, Düngung und Nutzungsänderung vereinheitlicht. Mehr und mehr wird Dauergrünland durch Ansaatgrünland ersetzt, für das nur sechs Arten, für Weidenutzung sogar nur 4, als uneingeschränkt ansaatwürdig empfohlen werden.."

Das Problem der Artenverarmung sei zunächst anhand einer Übersicht über die Artenzahlen verschiedener Grünlandtypen deutlich gemacht. Den Artenzahlen liegen Vegetationsaufnahmen bei MEISEL 1969 und 1970 sowie unveröffentlichte Vegetationsaufnahmen von K. DÖRFER (Hannover) zugrunde.

den. Die Nutzflächen wurden nach und nach hinsichtlich des Wasserangebots und der Nährstoffsituation einander angeglichen. Der Trend zur Vereinheitlichung der Böden ist klar zu erkennen. Naturschützer beklagen den daraus resultierenden Verlust der traditionellen Landwirtschaftskultur, man spricht von der "Nivellierung der Landschaft".

- Überhaupt ist die Eutrophierung, die Anreicherung von Standorten mit Nährstoffen, eines der größten Probleme des Artenschutzes. Nicht nur durch die Düngung seitens der Landwirte, auch durch die Immissionsbelastungen aus der Luft, haben nährstoffarme Biotope keine Existenzchance mehr. Im Durchschnitt "regnen" heute bereits 30 kg Stickstoff pro Jahr auf einen Hektar nieder, regional werden bis zu 80 kg Stickstoff gemessen. Auch hier stammt

ein großer Teil aus der Landwirtschaft, z.B. aus der Massentierhaltung (s.u.); ein anderer gewichtiger Teil kommt aus den Auspufftöpfen der Autos. Die Landwirtschaftlichen Untersuchungs- und Forschungsanstalten Hameln veröffentlichten 1988 die Stickstoff-, Phosphor- und Kalibilanzen landwirtschaftlich genutzter Böden in der Bundesrepublik Deutschland von 1950 bis 1986. Während z.B. in Niedersachsen im Jahr 1950 der Bilanz-



überschuß pro ha Nutzfläche bei Stickstoff 13 kg betrug (Zufuhr Futtermittel 3 kg/ha, Zufuhr Mineraldünger 30 kg/ha, Abfuhr durch Ackerfrüchte 20 ha), hatte er sich 1986 auf 127 kg fast verzehnfacht. (Zufuhr Futtermittel 43 kg, Zufuhr Mineraldünger 129 kg, Abfuhr Ackerfrucht 45 kg). Damit entspricht der Bilanzüberschuß fast der über Mineraldünger zugeführten Menge!

Neben der vielfältigen Zerstörung geeigneter Lebensräume sind folgende Ursachen des Artenrückgangs auszumachen:

- die Verengung der Fruchtfolgen, möglich geworden durch Mineraldünger und Entkoppelung von Ackerbau und Viehhaltung
- die Intensivierung der Bodenbearbeitung,
- die Intensivierung des Pflanzenschutzes
- die Entwicklung neuer Techniken zur Saatgutreinigung:

Dadurch, daß durch Reinigungsmaßnahmen die Samen sogenannter "Un"-Kräuter aus dem Saatgut heraus-

gezogen werden, ist die Verbreitung und Entwicklung vor allem einjähriger Wild-Pflanzen stark eingeschränkt worden.

- die geänderte Nutzung von Grünland-Flächen:

entweder werden die Flächen so lange melioriert, bis der Umbruch zu Ackerland erfolgen kann, oder die Grünland-Nutzung wird intensiviert, wie beispielsweise in Niedersachsen, wo von den 135 höheren Grünlandpflanzenarten kaum mehr als 20 übrig bleiben dürften.

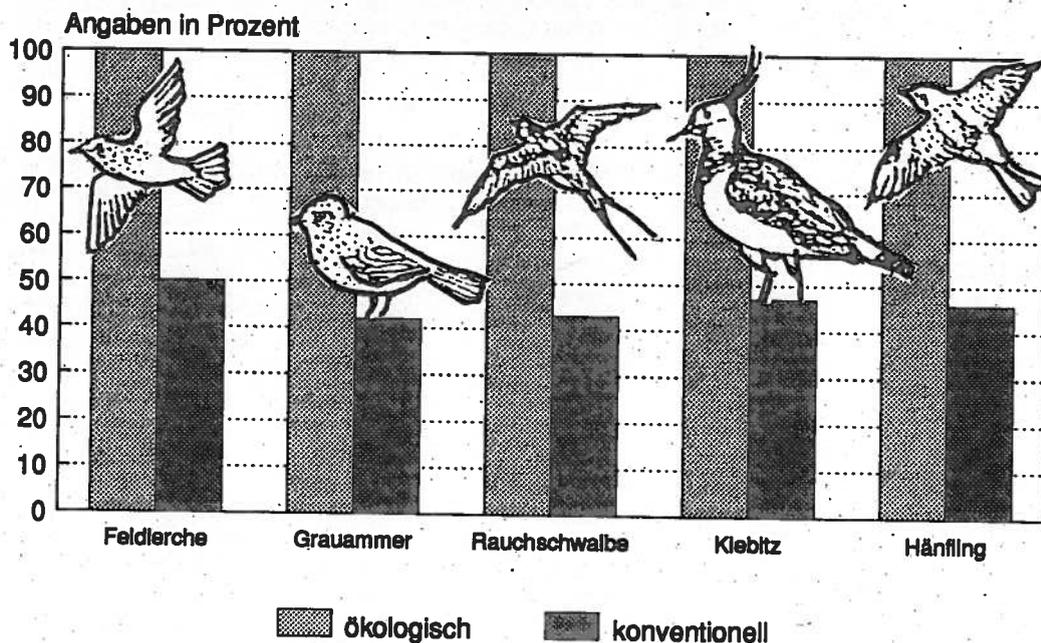
Mit der Grünlandveränderung einher geht eine Veränderung der Tierwelt. Mit Ausnahme von Stockente, Fasan, Feldlerche, Rohrammer und Goldammer sind alle im binnenländischen Grünland vorkommenden Bodenbrüter seit 1987 auf der Roten Liste der in der Bundesrepublik gefährdeten Vogelarten. Auch der bekannte Weißstorch leidet hierunter:

- Veränderung in den Nutzungsformen: Die Obstplantage von heute, intensiv genutzt, war die Streuobstwiese von früher, höchst extensiv bewirtschaftet. Diese Ver-

änderung hat natürlich auch etwas mit den betrieblich notwendigen Umstrukturierungsprozessen (s.u.) zu tun, gemeint ist die Entwicklung vom Mischbetrieb zum spezialisierten Betrieb. Der hohe Arbeitsaufwand bei Pflege(schnitt) und Ernte von Hochstämmen macht bei gestiegenen Lohnkosten die Streuwiesennutzung gegenüber Obstplantagen unwirtschaftlich.

Es geht natürlich nicht nur um das "direkte" Aussterben von Pflanzengesellschaften oder Tierarten, um das ständige Ansteigen der Roten Liste, sondern auch um einen drastischen Rückgang der Individuendichte; auch bei Arten, die so unbedeutend zu sein scheinen, daß für sie noch nicht einmal Rote Listen existieren, z.B. viele Insektenarten. Viele Arten sind (noch) nicht bestandsbedroht, aber in ihrer Zahl stark rückläufig, was durchaus gravierende Konsequenzen für Agrarökosysteme haben kann. So geht beispielsweise die Menge der Regenwürmer auf intensiv genutzten Flächen stark zurück, ebenso ist die Zahl der nützlichen Laufkäfer dramatisch gesunken.

Vogelhäufigkeit: Vergleich zwischen ökologisch u. konventionell bewirtschafteten Feldern





Die Nützlinge verschwinden

“Dreißigjährige Untersuchungen in Schleswig Holstein bei Rendsburg-Ekernförde (Universität Hohenschulen, Gut Marntendorf, Gut Blockshagen) haben eine Reduzierung der Artenzahl und -dichte von 50 % im günstigsten Fall, bis 85 % im ungünstigsten ergeben; die Biomasse der Nützlinge wurde auf 1 % reduziert. Und das bei ordnungsgemäßer Landwirtschaft mit genauen Spritz- und Düngeplänen. In den 30 Jahren wurden keine Standortveränderungen durch Flurbereinigungen, Wegfall der Saumbiotope oder Hecken, Schlagveränderungen, Entwässerungen gemacht, so daß Veränderungen auf die landwirtschaftliche Bewirtschaftung zurückzuführen sind”. (7)

Diese eklatante Reduzierung der Biomasse der Nützlinge auf 1 % hat ihre Ursachen darin, daß fast alle großen Arten, die als Einzelindividuum über 100 mg wiegen (wie z.B. die großen räuberischen Laufkäfer der Gattung *Carabus*) unter dem Einfluß der verschiedenen Maßnahmen intensiver Landwirtschaft weitgehend ausgefallen sind. Dagegen konnten die Kleinformen der Fauna zwischen 3 mm und 10 mm Körperlänge den verschiedenen Einflüssen der landwirtschaftlichen Pflanzenproduktion besser widerstehen. Die zunehmende Intensität landwirtschaftlicher Bewirtschaftungsmaßnahmen hat also eine Miniaturisierung der Fauna zur Folge.

Aus den beschriebenen Veränderungen läßt sich eine “Rang-Liste” der gefährdeten Biotope aufstellen:

1. Feuchtbiotop aller Art
2. extensives Grünland
3. Heiden, Magerrasen, Dünenvegetation
4. extensive Äcker
5. Ruderalfluren
6. naturnahe Wälder

Quelle: (8)

Die intensive Landwirtschaft ist - wie beschrieben - unbestritten als Hauptverursacher des Artenrückgangs anzusehen. Dies hat selbst die Bundes-

regierung mehrfach, u.a. in ihrer Bodenschutzkonzeption, festgestellt. Dort schreibt sie:

“Mit intensiver landwirtschaftlicher Nutzung, insbesondere bei stark vereinfachten Fruchtfolgen und Sonderkulturen, ist ein erheblicher Rückgang von Pflanzen- und Tierarten verbunden. Extensiv landwirtschaftlich genutzte Flächen sind auch heute noch Regenerationszonen für wildlebende Pflanzen und Tiere.... Die Nutzungsintensivierung mit erhöhter Düngung ist die Hauptursache für den Rückgang natürlicher Pflanzengesellschaften wie Heiden, Borstgrasrasen, Sand- und Kalkmagerrasen, Streuwiesen ...”
Quelle: (9).

Dieser Umstand kann auch nicht verwundern. Denn:

- Die Landwirtschaft umfaßt mehr als die Hälfte der Landesfläche, und
- sie war es, die - durch Nutzung - viele dieser Biotope geschaffen hat; da diese Nutzung nun vielfach unwirtschaftlich ist, wird sie aufgegeben, die Standorte verschwinden und mit ihnen die Tiere und Pflanzen.

Zwar wäre es falsch, den Landwirten allein die Schuld zuzuschreiben, denn auch sie müssen im weitgehend vorgegebenen Rahmen ökonomisch wirtschaften. Doch ebenso falsch ist es, wenn diese ökologisch stark negative Rolle der konventionellen Landwirtschaft immer noch geleugnet bzw. verdrängt wird. Bis heute heißt es z.B. im Bundesnaturschutzgesetz, die “ordnungsgemäße” Landwirtschaft - so wie sie heute betrieben wird - diene den Zielen dieses Gesetzes, also dem Naturschutz. Nicht nur Naturschützer, auch die eigenen wissenschaftlichen Berater haben die Bundesregierung aufgefordert, diese Festschreibung zu ändern:

“Eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen Landwirtschaft und Umwelt setzt eine Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen voraus. Die Landwirtschaftsklauseln der Naturschutzgesetze des Bundes und der Länder sind aufzuheben”, schreibt der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen (10).

“Die Formulierungen des § 1 Abs. 3 und des § 8 Abs.7 des Bundesnaturschutzgesetzes und die entsprechenden Positionen in den Landesnaturschutzgesetzen, die besagen, daß die ordnungsgemäße Landwirtschaft keinen Eingriff im Sinne der Naturschutzgesetze darstellt (sog. “Landwirtschaftsklauseln”), sind ersatzlos zu streichen. Möglicherweise kann statt dessen eine Klausel im Gesetz verankert werden, die besagt, daß innerhalb der Agrarflächen ein Artenschutz nach den Artenschutzverordnungen nicht grundsätzlich gewährleistet werden kann” (11)

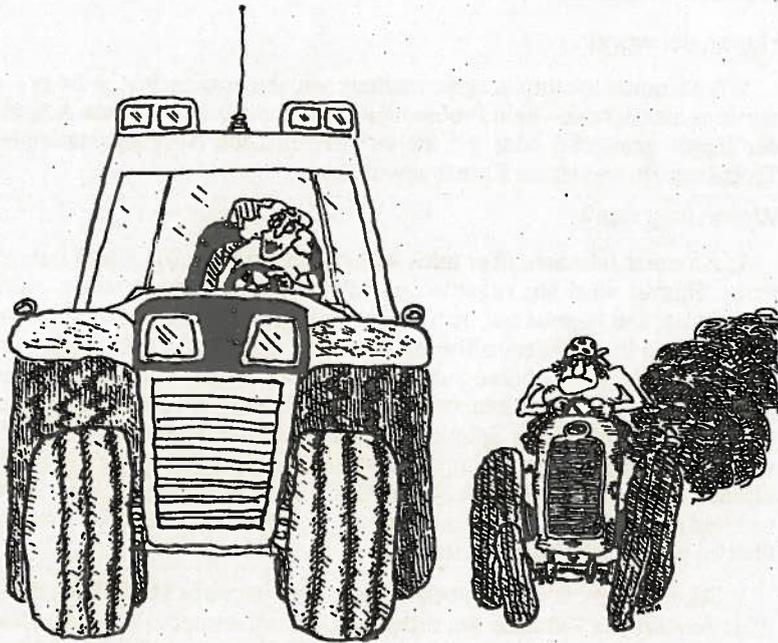
Die Flurbereinigung - staatlich geförderte Landschafts-Normierung

An den geschilderten Veränderungen in der Landschaft und Landwirtschaft hat eine staatliche Maßnahme einen entscheidenden Anteil gehabt: die Flurbereinigung. Zu diesem Planungsinstrument hat es vielfach Änderungsvorschläge von Bauern und Ökologen gegeben (12), leider bislang vergebens. Die Flurbereinigung stellt nach Bick (13) den wohl tiefgreifendsten Wandlungsprozeß im ländlichen Raum seit den großen Rodungen des frühen Mittelalters dar.

Rund zwei Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche der alten Bundesrepublik Deutschland wurden inzwischen bereinigt. Von 1973 bis 1988 investierten Bund und Länder rund 8,3 Milliarden DM in Flurbereinigungsverfahren.

Allein 1990 wurden wieder tausend neue Flurbereinigungsmaßnahmen in den Westländern auf insgesamt über 215.000 ha mit Gesamt-Kosten von mehr als einer halben Milliarde DM bewilligt. Die Förderung von Flurbereinigungsmaßnahmen durch Bund und Länder soll ab 1990 von bisher 389 Mio DM in den Folgejahren auf jeweils über 530 Mio DM allein für die alten Bundesländer steigen.

Diesem Prozeß fielen zahlreiche ökologisch wertvolle Strukturelemente der Landschaft einschließlich mäandrierender Bäche und Kleingewässer zum Opfer. So verringerte sich die



Knicklänge in Schleswig-Holstein von 1950 - 1980 um ein Drittel, wurden im gleichen Zeitraum ein Viertel der kleinen Bäche in Norddeutschland durch Verrohrung beseitigt, regional sogar bis zu drei Viertel. Im bayerischen Regierungsbezirk Oberfranken verschwanden rund die Hälfte (44 % bis 64 %) der Hecken (14). Durch umfassende Entwässerungsmaßnahmen wurde die Voraussetzung zum Grünlandumbruch geschaffen: Bis 1984 hat die Grünlandfläche um mehr als 15 % abgenommen (15). Der Rückgang feuchter Wiesen und Weiden in Schleswig-Holstein und Norddeutschland liegt sogar bei 70 bis 90 %. Auch viele früher nur extensiv genutzte Flächen wie Magerrasen, Feuchtwiesen oder Streuobstwiesen verschwanden. Allein im Regierungsbezirk Unterfranken wird der durch Flurbereinigungsmaßnahmen verursachte Rückgang der Streuobstbestände auf 40 % geschätzt.

Diese Maßnahmen gehen einher mit dem Verlust an Grenzstrukturen durch die Vergrößerung der Schläge, in der norddeutschen Tiefebene von 4 ha auf 7 ha, in süddeutschen Realteilungsgebieten von 0,4 ha auf 1,8 ha (16). Das Ergebnis sind ausgeräumte Landschaften und eine weitgehende Standortni-

vellierung mit der beschriebenen Folge des Lebensraumverlustes für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten. Die Flurbereinigungsmaßnahmen sind deshalb auch für 58 % der Artengefährdung in der BRD verantwortlich zu machen.

Doch die Folgen sind noch weitreichender. Denn die genannten Maßnahmen einschließlich des Wirtschaftswesens mit Hartdecken (ca. 1 km/qkm) führen nicht nur zur zusätzlichen Isolation der verbleibenden Lebensräume. Sie schaffen erst die Voraussetzungen für die Entwicklung industrieller Produktionsmethoden in den Betrieben: große Felder und befestigte Straßen für große Maschinen, einheitliche Standorte für Intensivfruchtanbau und entsprechende Möglichkeiten zur Spezialisierung etc.

Unter den gegebenen agrarpolitischen Rahmenbedingungen können auch die in einigen Regionen durchaus erkennbaren Bemühungen um eine stärker ökologisch orientierte Flurbereinigung und die zahlreichen Arten- und Biotopschutzprogramme die katastrophalen Lebensraumverluste nicht beenden, wie die neuesten Untersuchungen über die Verluste an Feuchtgebieten in Oberfranken (17) zeigen. Danach erfolgte im Zeitraum von 1984

- 1989 ein weiterer Rückgang von Feuchtgebieten um 23,4 %, obwohl diese nach dem Bayerischen Naturschutzgesetz seit 1982 besonders geschützt sind (Art. 6 d 1 BayNatSchG). Dabei beträgt der Anteil solcher Feuchtgebiete an der gesamten Regierungsbezirksfläche nur noch gerade 0,2 %. Ein Rückgang gegenüber der ursprünglichen Fläche von 97 %.

Resümee: Die Landwirtschaft, die früher entscheidend zur Erhöhung der Artenvielfalt beigetragen hat, ist zum Hauptverursacher des Artenrückgangs geworden.

Dabei soll an dieser Stelle einmal betont werden, daß die meisten der Tier- und Pflanzenarten, die geschützt werden sollen, kein Resultat natürlichpotentieller Vegetation, sondern Ergebnis bäuerlicher Produktion sind.

Naturschützer betrieben daher genau genommen keinen Natur-, sondern vielmehr Kulturschutz. "Natur pur" gibt es in der Bundesrepublik nur noch sehr selten: Etwa im hochalpinen Raum oder in Teilen des Wattenmeers. Die Schutzbemühungen von Umweltschützern konzentrieren sich somit auf die Resultate bäuerlicher Kulturen, die heute hochgradig bedroht sind!

1.2 Die Belastung von Boden, Luft und Wasser

Der Boden: Abgetragen, verdichtet, vergiftet.

Für das vorrangige Umweltproblem der Landwirtschaft hält der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen die Entwicklung der landwirtschaftlichen Böden. Diese Probleme seien bislang dramatisch unterbewertet worden. Probleme, die - im Gegensatz zum Verschwinden bestimmter Arten von einer Fläche - die Nutzungsmöglichkeit der Fläche elementar in Frage stellen, die also für die Bauern existentiell sind.

Folgende Problemfelder können unterschieden werden:

- **Erosion:** Besonders durch den verstärkten Anbau erosionsfördernder Kulturarten wie Mais sind in den letz-



ten Jahren die Erosionsprobleme gravierend gestiegen. Die Anbaufläche von Mais hat mittlerweile einen Umfang von weit über 1 Million ha angenommen. Kurz nach dem 2. Weltkrieg lag sie bei knapp 150.000 ha. Regional, etwa im Raum Vechta, werden mittlerweile bis zu 40 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche ständig mit Mais bestellt, Tendenz weiter steigend. Im Weser-Ems-Gebiet wurde 1950 auf 63 ha Mais angebaut, 1983 bereits auf 103.000 ha.

Eine Folge des hohen Maisanteils: Weil der Boden eine lange Zeit im Jahr unbedeckt und somit ungeschützt der Witterung ausgeliefert ist, wird die nährstoffreiche Oberschicht, also der beste Teil des Bodens, durch mechanische Bearbeitung und Wasser- und Windeinfluß abgetragen. Bei großflächigem Maisanbau sind jährliche Erosionsverluste von 50 bis 200 Tonnen, z.T. bis 420 Tonnen registriert worden (18). Das durchschnittliche Gewicht der Ackerkrume beträgt pro ha ca. 3.500 Tonnen, ein Zentimeter Ackerkrume auf einem ha wiegt ca. 150 Tonnen. Für den Aufbau einer solchen Schicht, die in nur einem Jahr verloren geht, braucht die Natur ca. 50 bis 150 Jahre.

Die Bodenerosion ist ein Problem größten Ausmaßes und nicht auf den Maisanbau, auf bestimmte Regionen oder besondere Flächen beschränkt. Nach dem Atlas des Bayerischen Geologischen Landesamtes wird in Bayern von 66 % der Ackerfläche mehr Boden abgetragen, als toleriert werden kann. Durch diesen Bodenabtrag werden die Fließgewässer mit Nährstoffen angereichert - ein weiteres ökologisches Problem -, das noch dadurch vergrößert wird, daß die Selbstreinigungskraft der Gewässer durch Abholzung der Begleitvegetation und durch Ausbaumaßnahmen stark verringert wird.

- **Bodenverdichtung:** Zu enge Fruchtfolgen, hoher Bodendruck der Maschinen, fehlende, bodenlockernde Zwischenfrüchte - all diese Faktoren führen zu einer zunehmenden Bodenverdichtung. Dies trägt mit dazu bei, daß z.B. Regenwasser nicht mehr so stark wie in der Vergangenheit versickert, sondern oberflächlich abfließt.

Humusschwund

Wäre Humus so einfach zu vermehren, wie ihn auszugeben, wäre er - wenigstens hierzulande - kein Problemgut. Denn wir führen unseren Äckern in der Regel genügend oder gar zu viel organisches Ausgangsmaterial zu. Trotzdem: Humus ist zur Rarität geworden.

Woran liegt das?

1. An einer falschen, aber auch so lieb gewordenen (da alten) Lehrmeinung: Humus wird aus organischer Substanz im Boden gebildet. Falsch! Richtig ist, daß Humus auf dem Boden gebildet wird. Die Humusaufbauer leben wegen ihres Sauerstoffbedarfs auf dem Boden oder unmittelbar unter der Oberfläche und gehören zum überwiegenden Teil zum sog. Makroedaphon: Enchytraeiden, Diplopoden (Tausendfüßler), Collembolen (Springschwänze), Hornmilben, Spinnen, andere Vielfüßer, Käfer, Zweiflüglerlarven. Dieses sichtbare Bodenleben produziert in seinem Darm aus dem organischen Fraßgut Humusstoffe. Im Boden ist der Arbeitsbereich der Mikroben und damit der Humusabbauer. Denn auch Humusabbau muß sein, sonst blieben ja die Stoffkreisläufe stehen.

2. An einer falschen Bodenbearbeitung. Das jährliche Umpflügen des Bodens zerstört das Zuhause des Edaphons, vor allem des erwähnten Makroedaphons oder der Humusaufbauer. Übrig bleiben die Mikroben oder Abbauer und von ihnen speziell sehr kosmopolitische Bakterien ("Allerweltsarten")...

3. An den "modernen" Anbauverfahren: dem Einsatz von Insektiziden, Fungiziden, Herbiziden u.s.f., an Dichtsaaten, die wenig Lichtenergie auf den Boden lassen, an großen Parzellen, die die Fluchtdistanzen der Bodenbewohner weit überschreiten, an mineralischer Düngung (unter Umständen), die die Hydraturwerte vieler empfindlicher Bodenbewohner beschneiden, an organischer Düngung, die auf Kosten pflanzenbezogener Organismen Saprophyten auf den Plan rufen - um nur die wichtigsten Aspekte zu nennen.

4. An einer falschen Tierernährung. Dazu ein Beispiel: Das Rind ist ein "Strohtier". Das heißt, Stroh kehrt auf richtige Weise in die Kreisläufe zurück über den Rinder-(und auch Pferde-)magen. Frißt das Rind Stroh, produziert es einen festen Kot. Nur ein solcher wird von Kotkäfern weiterverarbeitet. Ist hingegen Grünfutter seine überwiegende Nahrung, wird der Kot dünn und bleibt auf der Weide abgesetzt jahrelang liegen, allenfalls besiedelt von Humariaceae (Vertreter einer Pilzgruppe), durchlöchert von den Gängen des Dungkäfers *Aphodius merdarius* und umsiedelt von Ruderalpflanzen. Ebenso werden Schwein und Huhn unnatürlich ernährt, d.h. mit Futtermitteln versorgt, die sie in der Natur nicht aufnehmen. Infolgedessen ist der Kot, den sie ausscheiden, ebenso wenig ein Naturprodukt und für das Ökosystem schwer zu verdauen, erst recht nicht zu Humus aufzubauen. Zudem entziehen alle Stallhaltungen die Tiere der direkten Flora und bringen damit das Verhältnis Pflanze/Tier aus dem Trott.

- **Schadstoffbelastung:** Immer bedeutsamer wird auch die Schadstoffbelastung der Böden, z.B. mit Schwermetallen wie Cadmium aus Phosphatdünger oder mit Medikamenten, die z.T. aus der Gülle vornehmlich der Massentierhaltungsbetriebe auf die Äcker gebracht werden. Allerdings ist hier die Landwirtschaft auch häufig eher Opfer

denn Täter. Die außerlandwirtschaftliche Belastung ist z.T. extrem, und hierfür können natürlich die Landwirte nichts, egal ob konventionell oder alternativ wirtschaftend.

- **Humusschwund:** Das Bodenleben wird durch mechanische und chemische Maßnahmen nachhaltig beeinflusst bzw. verändert.



Dadurch wird beispielsweise auch die Speicher-Kapazität für Schadstoffe abgebaut. Die Folge ist ein zu beklagender Humusschwund. Und dadurch wird wiederum die Speicherkapazität für Schadstoffe abgebaut.

- Versiegelung des Bodens: Zugenommen hat auch die Versiegelung der Landschaft durch die Landwirtschaft. Immer mehr Feldwege werden asphaltiert oder betonierte, damit sie mit immer schwereren Geräten befahren werden können. Solche Wege stellen für bestimmte Tierarten bis hin zu Kleinsäugetieren unüberbrückbare Hindernisse dar, ein genetischer Austausch wird unmöglich, die Populationen drohen zusammenzubrechen (19). Die Länge der befestigten Feldwege beträgt mittlerweile über 400.000 km, das entspricht 2 km Weg pro 100 ha.

Das Wasser: Pestizide im Bach, Nitrat im Grundwasser

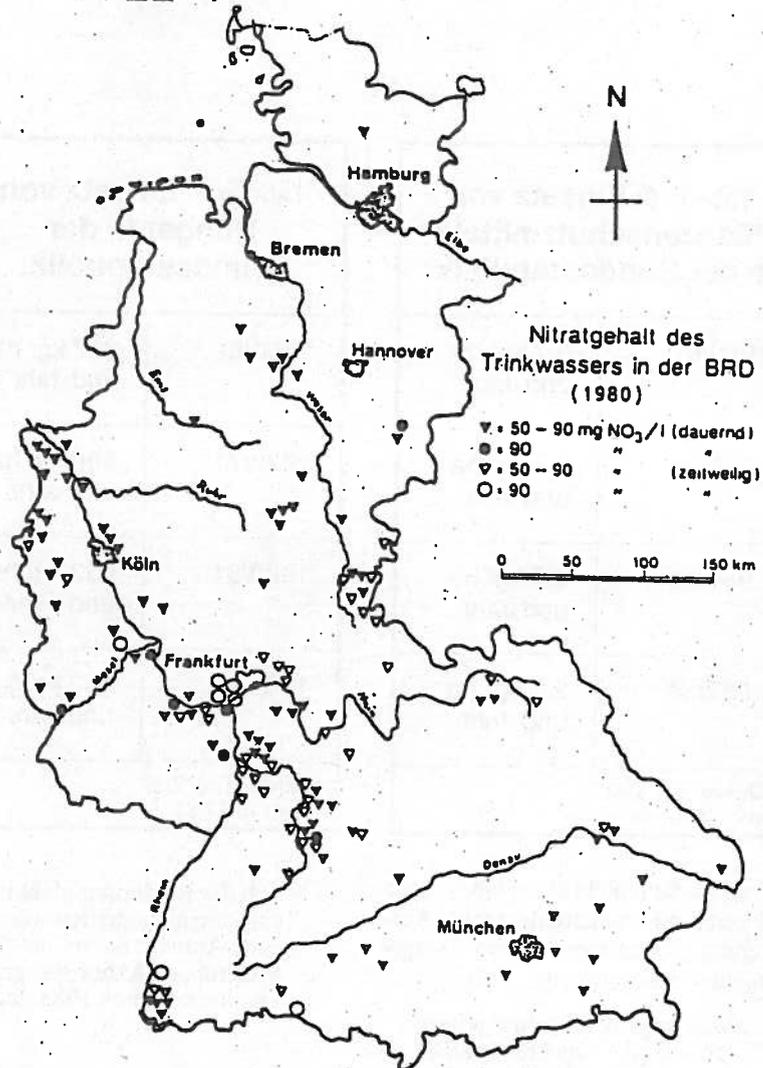
- Oberflächengewässer: Bäche, Flüsse und Seen werden u.a. durch die Erosionen, durch Abdrift von Pestiziden/Düngern/Gülle bei der Ausbringung der Stoffe, aber z.T. auch direkt durch unmittelbare Einleitungen von betrieblichen Abwässern, z.B. von Reinigungswasser, Maschinen, belastet.

- Nitrat im Grundwasser: besonders dramatisch ist die Belastung des Grundwassers mit Nitrat. Dieses kann sowohl aus der mineralischen als auch der organischen Düngung stammen. Hauptquellen für die Belastung durch Mineraldünger sind Sonderkulturen, wie z.B. Wein- oder Gemüsebaugebiete. Einem Winzer, der seinen Wein mit Trinkwasser gepanscht hatte, kam man

auf die Schliche, weil man Nitrat in seinem Rebensaft fand; es stammte aus dem zugesetzten Wasser, das durch die Winzer verschmutzt wurde. Im organischen Bereich ist speziell die Gülle anzusprechen, die nach Auffassung des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen insofern problematischer als Festmist ist, als mehr wasserlösliche Stickstoffverbindungen vorhanden sind. Und: Bei Gülle stellt sich eher das

Problem der großen Mengen als bei Festmist. Denn die Gülle stammt häufig aus großen Viehbeständen und ist in Regionen mit hoher Viehdichte (Massentierhaltung) eher anzutreffen als in anderen Regionen. Man versucht dieses Problem durch sogenannte Gülleverordnungen in den Griff zu bekommen, die regeln sollen, wieviele Tiere pro ha gehalten werden dürfen und wann Gülle ausgebracht werden darf; wohin allerdings die Gülle im Einzelfall gebracht wird, bleibt unreguliert. In den meisten Gülleverordnungen, aber auch im sogenannten Strukturgesetz (Gesetz zur Förderung bäuerlicher Landwirtschaft) wurde die Obergrenze bei 3 Dungeinheiten festgelegt. Dies gilt als "bäuerlich und umweltfreundlich" und für die Bundesregierung auch als förderungswürdig. Doch auch hier geht die Wissenschaft nicht mit der Politik konform:

„Die (...) festgesetzte Obergrenze von 3 Dungeinheiten (DE) je Hektar ist nach Auffassung des Rates zu hoch



Oft wird behauptet, das Nitratproblem könne man am besten mit wasserlöslichen Mineraldüngern lösen, denn diese seien genauer dosierbar als organische Dünger. Doch: Nach langjährigen Untersuchungen des Rostocker Professors Rauhe und seinen Mitarbeitern, nimmt die Pflanze selbst bei 120 kg mineralischem Stickstoff (N) pro ha noch bis 80 % ihres Stickstoffs aus der Mineralisierung der organischen Substanz des Bodens auf. Im Durchschnitt gingen nur 30 %, maximal 50 % des Mineraldüngerstickstoffs in die Pflanze, ein Teil wird in die organische Substanz des Bodens eingebaut, ein Teil geht verloren. Der Mineraldüngerstickstoff löst in fast allen untersuchten Fällen einen verstärkten Abbau des Bodenstickstoffs aus, was als Priming-Effekt bezeichnet wird. Ein Vorteil wasserlöslicher Mineraldünger ist demnach nicht darstellbar.



Tabelle 6: Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in der Bundesrepublik:

1960/61.	0,7 kg/ ha und Jahr
1970/71	1,4 kg/ ha und Jahr
1980/81	2,7 kg/ ha und Jahr
1987/88	2,7 kg/ ha und Jahr
Quelle: Die "Zeit" vom 15.12.89	

Tabelle 7: Einsatz von Dünger in der Bundesrepublik:

1960/61	367 kg/ ha und Jahr
1970/71	506 kg/ ha und Jahr
1980/81	633 kg/ ha und Jahr
1987/88	642 kg/ ha und Jahr
Quelle: Die "Zeit" vom 15.12.89	

Tabelle 8: Produktion in der Bundesrepublik:

1960/61	37,1 dz Getreideeinheiten pro ha
1970/71	39,2 dz Getreideeinheiten pro ha
1980/81	48,8 dz Getreideeinheiten pro ha
1987/88	54,1 dz Getreideeinheiten pro ha
Quelle: Quelle: Die "Zeit" vom 15.12.89	

und selbst dann nicht akzeptabel, wenn eine zeit- und fruchtartengerechte Ausbringung der entsprechenden Düngemengen gewährleistet ist...."(20)

Man fragt sich, warum wissenschaftliche Gutachten bestellt werden, wenn ihre Ergebnisse

von der Regierung nicht im geringsten aufgegriffen werden. Eine Antwort darauf hat die Projektgruppe "Aktionsprogramm Ökologie" schon 1983 gegeben:

"... Es ist uns unverständlich, warum seitens der Politik immer neue Beweise von Ökologen für eindeutig sich abzeichnende Fehlentwicklungen gefordert werden; weshalb längst überfällige Entscheidungen wieder und wieder wissenschaftlich

durch immer neue Sachverständigen-gutachten abgesichert werden müssen. Der Verdacht ist unabweisbar, daß von nicht wenigen einflußreichen Politikern die Arbeit der Wissenschaftler für eine Strategie des Nichtstuns mißbraucht wird...."(21)

Derzeit wird an einer neuen EG-Verordnung gearbeitet, in der festgelegt werden soll, daß in be-

Tabelle 5: Abgegebene Wirkstoffmenge in der Bundesrepublik Deutschland In Tonnen (Mitgliedsfirmen des Industrieverband Agrar (IVA))

	1985	1986	1987	1988	1989*
Herbizide	17 390	18 630	16 880	17 232	16 539
Fungizide	8 491	8 689	9 355	11 473	10 241
Insektizide	1 566	1 456	1 351	1 281	1 575
Andere	2 606	2 609	2 365	2 514	2 329
Summe	30 053	31 384	29 951	32 500	30 684
* etwas andere Erhebungsgrundlage Quelle: Industrieverband Agrar					



stimmten Gebieten nur noch 2 Dungeinheiten (DE) je ha zulässig sind.

Das Gesamtproblem dürfte sich in den nächsten Jahren noch entscheidend verschärfen, denn das Nitrat wandert durch die Bodenschichten in das Grundwasser. In der Region Vechta sind schon heute zwei Drittel aller Brunnen (nämlich 4.700) mit Werten von über 50 mg Nitrat pro Liter belastet, liegen also über dem EG Grenzwert für Trinkwasser. 3415 Brunnen

weisen gar Werte von über 90 mg/l auf, doch auch mehr als 300 mg Nitrat pro Liter wurden bereits gemessen.

Angesichts dieser Wasser-Belastungen setzen viele politisch Verantwortliche auf eine rein technische Lösung: Die Zentralisierung der Brunnen. Doch das schafft durch das Abpumpen des Grundwassers neue ökologische Probleme, wie die Schäden im hessischen Ried, im Loosachtal oder am Oberrhein zeigen. Aber auch die Talsperren in den Mittelgebirgen müssen vom ökologischen Standpunkt aus höchst kritische betrachtet werden. Grundsätzlich ist zu betonen, daß mit der Zentralisierung der Wasserversorgung die Ursachen der Wasserverschmutzung nicht beseitigt werden. Vielmehr ist zu befürchten, daß die Regionen, in denen kein Trinkwasser gewonnen wird, quasi zur Verschmutzung freigegeben werden.

Pestizide: Pflanzen"behandlungs"mittel (nicht Pflanzen"schutz"mittel) finden sich bereits in unserem Trinkwasser, aber auch in Fließgewässern und in der Luft. Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen hat festgestellt, daß sich diese Mittel selbst bei sachgerechter und bestimmungsgemäßer Anwendung (die allerdings nicht vorausgesetzt werden kann!) im Wasser in einer Konzentration finden, die über dem Wert der EG-Trinkwasser-Richtlinie liegt.

(Die EG-Grenzwerte liegen bei 0,1 Mikrogramm/l pro Einzelstoff oder 0,5 Mikrogramm/l für die Summe aller Stoffe).

In Bayern wurden beispielsweise bei 43 % der untersuchten Trinkwasserproben Pestizidrückstände nachgewiesen. Zwar existieren für fast alle Wirkstoffe Analysemethoden, aber die einzelnen Abbauprodukte sind oft chemisch nicht einmal bekannt, geschweige denn meßbar. Für einzelne Stoffe sind die Nachweismethoden zudem noch viel zu aufwendig, als daß sie zur Routineanwendung taugen würden.

"Von der Notwendigkeit (die Grenzwerte im Wasser stark zu reduzieren, Anm. BUND) einmal ganz abgesehen, ist zweifelhaft, ob es überhaupt möglich sein wird, für alle (ca. 310) Wirkstoffe, die in den in der BRD zugelassenen Pflanzen-

schutzmitteln vorkommen können, mit vertretbarem Aufwand Analysemethoden mit entsprechend niedrigen Bestimmungsgrenzen zu entwickeln" (22)

Gerade die aktuelle Diskussion der zunehmenden Belastung des Grundwassers mit Pestiziden wie z.B. dem u.a. im Maisanbau eingesetzten Atrazin (Atrazin ist seit dem 1.4.91 in der Bundesrepublik verboten), von dem in ca. 20 % der bundesdeutschen Trinkwassergewinnungsanlagen Rückstände oberhalb des geltenden Grenzwertes von 0,1 Mikrogramm/l gefunden werden, zeigt, daß allzu lange die Puffer- und Abbaufähigkeit der Böden überschätzt wurde. Offensichtlich sind Pestizidrückstände, die nicht mehr nachgewiesen werden konnten und deshalb fälschlicherweise für abgebaut gehalten wurden, in Wirklichkeit durch zeitweisen chemischen Einbau in Ton- und Humuspartikel als "verborgene Rückstände" im Boden verblieben. Sie dürften im Laufe der Jahre wieder freigesetzt werden. Inzwischen wurden bereits rund 50 von 150 untersuchten Pestizidwirkstoffen in einzelnen Trinkwassergewinnungsanlagen nachgewiesen, und zwar in Konzentrationen oberhalb der geltenden Grenzwerte.(23).

Dabei steht fest, daß bislang nur ein kleiner Teil der ökologischen Gesamtproblematik der Pestizidbelastung bekannt ist.

So gibt es beispielsweise kaum Erkenntnisse über Interreaktionen zwischen Wirkstoffen und anderen Schadstoffen. Und viele Aussagen haben sich später als nicht haltbar erwiesen. So weiß man z.B. inzwischen, daß von 60 Wirkstoffen, die getestet und mit dem Prädikat "unbedenklich" versehen wurden, 36 toxisch für Flurfliegen waren. Man weiß, daß das Prädikat "bienenverträglich" keineswegs für alle Wildbienen, sondern allein für die Hausbiene gilt. Man weiß, daß bereits ein zehntausendstel der zulässigen Konzentration eines Stoffes bei Bachflohkrebsen zur Einstellung jeglicher Fortpflanzungsaktivität führt. Doch entscheidende Änderungen in der Einstellung zu Agrochemikalien sind bislang nicht erkennbar.

**Tabelle 9:
Durchschnittlicher
Pestizidverbrauch
(Kilogramm Wirkstoff
pro Hektar Ackerland)**

Japan	6,1 kg/ha
Nordeuropa	5,4 kg/ha
Südeuropa	4,5 kg/ha
Osteuropa	2,5 kg/ha
Nordamerika	2,1 kg/ha
übriges Asien	1,4 kg/ha
übrige Industrieländer	1,4 kg/ha
Ost-Asien	1,1 kg/ha
Lateinamerika	1,0 kg/ha
Trop. Afrika	0,9 kg/ha
Südostasien	0,8 kg/ha
Westasien	0,5 kg/ha
Nordafrika	0,4 kg/ha
Mittel- / Südasi	0,3 kg/ha
Industrieländer	2,7 kg/ha
Entwicklungsländer	0,7 kg/ha

Quelle: PAN Pestizidbrief 7/89



So bleibt die Menge der in der Bundesrepublik ausgebrachten Pestizidwirkstoffe seit Jahren weitgehend konstant bei ca. 30.000 Tonnen pro Jahr. Pro ha und Jahr sind das 3 kg Pestizide. In Polen liegt dieser Wert bei ca. 1 kg, in den Niederlanden im Schnitt bei 5,5 kg. Anzumerken ist, daß diese Zahlen natürlich noch nichts über die Toxizität aussagen, aber doch eine Tendenz hinsichtlich der Intensität des Einsatzes solcher chemischer Stoffe in der Landwirtschaft veranschaulicht.

Landwirtschaft hat mit Lebendigem zu tun. Egal wie hoch der Druck der Schädlinge war, historisch wurden niemals Tier- oder Pflanzenarten z.B. durch die Pflege der Kulturen ausgerottet. Doch dies ist jetzt gänzlich anders: Chemie manipuliert nicht nur, Chemie tötet auch. Insofern stellen Agrochemikalien eine ganz neue Dimension ökologischer Bedrohung dar.

Auch in der Luft: Gift und Gülle

- **Ammoniak:** In der letzten Zeit häufen sich die Diskussionen um die Ammoniakemissionen, die speziell aus der Gülle in die Umwelt gelangen. Es müssen nicht immer so drastische Beispiele wie z.B. die bekannt gewordene Schweinemastanlage von Neustadt/Orla sein, mit denen bewiesen werden kann, daß lokal bzw. regional die Landwirtschaft direkt am Waldsterben beteiligt ist. Flächenmäßig gesehen viel gravierender sind die aus den Emissionen resultierenden Aufdüngungseffekte der Biotope. Hieran beteiligt sind nicht nur die Emissionen aus der Tierhaltung, sondern auch die Belastung durch die verstärkte Inanspruchnahme fossiler Brennstoffe.

- **Pestizide:** Lange wurden hinsichtlich der Verteilung der Pestizide in der Umwelt kaum Untersuchungen vorgelegt - dabei finden sich Pestizide inzwischen bereits im Regenwasser. Erst als das Umweltbundesamt verstärkt dieser Frage nachging, spürten die Wissenschaftler der eigentlich zuständigen (Zulassungs)Behörde, der Biologischen Bundesanstalt (BBA), zumindest einigen Chemikalien in Labor- und Freilandversuchen nach: Kurz nach dem Versprühen analysierte man die Wirkstoffmengen auf den Pflanzen.

Tabelle 10: Entwicklung der Sojaproduktion in Brasilien

Jahr	Anbaufläche (in Hektar)	Produktion (Tonnen)	Ertrag (kg/ha)
1965	432.000		
1970	2139.474	1844227	862
1980	8775.798	15155804	1727
1985	10154.769	18278585	1800
1990	11470.400	19910500	1736

Quelle: BUKO-Info 1/91

Das Ergebnis überraschte Wissenschaftler, Pestizidproduzenten, Politiker und Umweltschützer: Ein großer Teil der Wirkstoffe blieb nicht auf der Pflanze, sondern verdunstete in die Luft. Sechs Stunden nach der Behandlung mit dem Insektizid Mevinphos fand man beispielsweise nur noch 15,6% des ursprünglich auf den Kopfsalat aufgetragenen Wirkstoffs. Auf Buschbohnen ließen sich nach 6 Stunden gerade noch 7,5% des Pflanzenschutzmittels nachweisen, im selben Zeitraum verschwanden von dem mit Lindan behandelten Sommerweizen rund 70% des Wirkstoffes (26). Die Tageszeitung die "Welt" zitiert BBA-Mitarbeiter mit folgenden Worten: "Obwohl die Mehrzahl der zugelassenen Pflanzenschutzmittelwirkstoffe aufgrund ihres niedrigen Dampfdruckes zu den schwer flüchtigen Substanzen zu zählen ist, konnte gezeigt werden, daß unter Feldversuchen ein beträchtlicher Anteil dieser Mittel in die Luft übergeht". Auf diese Weise könnten "auch naturbelassene Gebiete mit Pflanzenschutzmittel kontaminiert werden". Mittlerweile hat die Biologische Bundesanstalt das Zulassungsverfahren geändert und verlangt nun von den Produzenten Angaben über das Verdunstungsverhalten. Es bleibt abzuwarten, wie sich dieses auswirkt. Bereits zugelassene Mittel sind von dieser Änderung nicht betroffen.

Doch nicht nur für die Umwelt, auch für die Menschen direkt sind Pestizide höchst gefährlich. Nach den Zahlen der Welt-Gesundheits-Organisation WHO werden jährlich 1,5 Milliarden Menschen durch Pestizide vergiftet, für 28.000 Opfer endet der Kontakt tödlich (27).

- **Methan:** Intensiver wird derzeit über die Methanbelastung unserer Atmosphäre diskutiert; Methan trägt sowohl zum Treibhauseffekt als auch zum Abbau der Ozonschicht bei. Doch der Beitrag der bundesdeutschen Landwirtschaft an der Zusatzbelastung der Atmosphäre mit Methan ist nicht bedeutsam:

"Bei den natürlichen Quellen des Methans stehen an erster Stelle die Feuchtgebiete der Erde. Nicht von ungefähr ist CH₄ seit jeher als sogenanntes Sumpfgas bekannt, das sich auf entsprechenden Flächen mit kleinen Feuern bemerkbar macht. Methan entsteht bei der Gärung von Cellulose unter Luftabschluß in verdichteten Böden und in Reisfeldern. Aus dem Reisanbau stammt der Löwenanteil an Methan. Weil Reis vornehmlich in sumpfigen Feldern angebaut wird, bildet sich dort das Methan durch mikrobielle Aktivität.

In zahlreichen Ländern, vor allem in Ost- und Südasiens, wird der Nahrungs-



mittelbedarf hauptsächlich durch Reis gedeckt. Um die ständig steigende Zahl der Erdbewohner satt zu bekommen, wurde die Fläche der Reisfelder permanent ausgeweitet. Gleichzeitig hat sich die Zahl der Rinder- und damit die zweite große Methanquelle - ständig erhöht. Das Gas entsteht in den Mägen der Wiederkäuer bei Zersetzungs Vorgängen organischer Stoffe und verläßt den Körper über die beiden Ausgänge. Auf "natürliche Weise" gelangen somit die Abgase von insgesamt 1,2 Milliarden Rindern auf der Erde in die Atmosphäre." (28)

1.3 Das Problem der Massentierhaltung

Natur- und Umweltschützer befassen sich natürlich auch mit der Frage, wie mit den "Nutztier"-Arten umgegangen wird, ob sie z.B. artgerecht gehalten werden, aber auch, ob die Haltung negative Umweltauswirkungen - welcher Art auch immer - mit sich bringt. Dabei steht die Massentierhaltung im Zentrum der Kritik: Sie fügt den Tieren oftmals unglaubliche Qualen zu, die ethisch-moralisch durch nichts zu rechtfertigen sind.

Die Massentierhaltung ist eine Folge des schon mehrfach beschriebenen sogenannten Strukturwandels in der Landwirtschaft, der nicht nur aus öko-

logischen Gründen von Umweltschützern abgelehnt wird. Dieser Prozeß hat dazu geführt, daß es Regionen gibt, in denen sich die Tierhaltung konzentriert (mit der Folge des ökologisch schädlichen Gülle-Überschusses), und andere, die quasi viehlos sind, in denen dann die Nährstoffe, die dem Boden zuzuführen sind, hauptsächlich über chemische Mineraldünger aufgebracht werden müssen.

Auch wenn bei der Frage der Tiergerechtigkeit der Nutztierhaltung nicht nur die (neuen) Großstallungen, sondern auch viele der alten Ställe kritisiert werden müssen, gibt es eine Reihe von Problemen, die speziell von der Massentierhaltung ausgehen. Zu nennen sind das Gülleproblem (Ammoniak, Geruch, s.o.), soziale Fragen wie Bauernsterben durch Konzentration der Tierhaltung, der illegale Einsatz von verbotenen "Masthilfsstoffen" (Hormonskandal), Medikamenten, der Transport von Futtermitteln, aber auch von Tieren bzw. Fleisch. Hinzu kommt, daß die Massentierhaltung entscheidend auf dem Import von Futtermitteln beruht. So hat die EG (ohne Spanien und Portugal) 1986/87 ihren Bedarf an Viehfutter - bezogen auf den energetischen Nährwert - zu 11,2 % und hinsichtlich des Eiweißgehaltes zu 17 % durch Drittlandimporte gedeckt. Nach den Niederlanden nimmt die Bundesrepublik hinsichtlich der abso-

luten Einfuhrmenge den zweiten Platz in der EG ein. 27 % des eingesetzten Eiweißes stammen bereits aus Drittlandimporten (22). Wollte man all die Einfuhren durch einheimische Futtermittel ersetzen, würde dies weit mehr als 10 % unserer landwirtschaftlichen Nutzfläche in Anspruch nehmen.

1.4 Auswirkungen auf die "Dritte"-Welt

Die bei uns betriebene Landwirtschaft trägt zu vielen Problemen in der Dritten Welt entscheidend bei. Ein Beispiel ist der Import von Futtermitteln.

In den Ländern, aus denen wir diese Futtermittel beziehen (und hierunter befinden sich zum großen Teil Dritte Welt Länder) entstehen vielfältige Probleme. Flächen, die früher zur Nahrungsmittelproduktion der einheimischen Bevölkerung verwendet wurden, dienen nun zum Anbau von Futtermitteln, für die Mägen unserer Nutztiere. Das Beispiel Brasilien - einer unserer wichtigsten Soja-Lieferanten - macht den Zusammenhang deutlich: Der Sojaanbau für den Export begann erst mit der Entwicklung der Massentierhaltung bei uns.

Bereits 1985 wurde somit auf 16 % des brasilianischen Ackerlandes Soja angebaut - mit der Folge einer verschlechterten Nahrungsmittelversorgung für die einheimische Bevölkerung. Der Sojaanbau verdrängte andere Bewirtschaftungsformen, die zur inländischen Ernährung dienten. Als Folge dieser Verdrängung muß heute das traditionelle Hauptnahrungsmittel "feijao" (Schwarze Bohnen) zu einem erheblichen Teil importiert werden und ist für die ärmeren Bevölkerungsschichten fast unerschwinglich geworden. Die Bauern wurden von ihren Flächen vertrieben. Einige versuchten in Bereichen des tropischen Regenwaldes Landwirtschaft zu betreiben, was nicht möglich ist. Aber die ökologischen Konsequenzen der erfolgten Urwaldrodung und -Nutzung sind bekanntlich globaler Natur.





"Für uns heißt Soja, daß der Landarbeiter vom Land in die Stadt vertrieben wird. Soja bedeutet, daß die Kleinen ihr Land verlieren, sie bedeutet auch, daß ausländische Technologie ins Land kommt. Und mit ihr kommt das Geld, kommen die Düngemittel, Pestizide, Maschinen und die Landkonzentration ... Wer hat bis heute die Gewinne in Brasilien gemacht? Die Reichen in Brasilien, die multinationalen Konzerne und die Sojakonsumenten des Auslands. Ich möchte ganz klarstellen, daß die Kleinbauern bis heute von der Soja nichts gehabt haben und nichts gewonnen haben"

Daniel Meurer, Mitarbeiter der brasilianischen Kleinbauernvereinigung Assesoar

Ein weiteres Beispiel: Thailand. Die westlichen Industrieländer importieren von dort ein Produkt der Manjokwurzel. Der Manjokanbau stieg von 1965 von 1.020 Quadratkilometer auf 9.500

Quadratkilometer in 1980. Fast das gesamte Tapioka wird in die EG exportiert, allerdings sind derzeit feste Einfuhrkontingente festgelegt, nämlich jährlich maximal 5,25 Mio. Tonnen. Aufgrund dieser Selbstbeschränkung Thailands erhält das Land sog. Kompensationszahlungen, die für die Entwicklung der Landwirtschaft und die Diversifizierung der Agrarproduktion eingesetzt werden sollen. Im Nordosten Thailands, dem Hauptanbauggebiet für Manjok, hat der Nachfragesog aus der EG schwerwiegende Auswirkungen gehabt. Zugunsten des Manjok-Anbaus wurde der Urwald zerstört. Der Anteil der Waldfläche sank von 82 % im Jahr 1950 auf heute nur noch 27%. Folgeerscheinungen sind Bodenerosionen, Erdbeben und Überschwemmungen. Die geringen Mittel der Kompensationszahlungen durch die EG reichen nicht einmal aus, um die aktuellen Schäden zu beheben, geschweige denn, um die Versäumnisse der Vergangenheit aufzuarbeiten.

Doch nicht nur die Importe aus den Dritte-Welt-Ländern schaffen dort sozial- und umweltpolitische Probleme. Zu nennen sind auch unsere Exporte in diese Länder. Sie verhindern oft aus unterschiedlichen Gründen eine eigenständige Landwirtschaftsentwicklung. Besonders aber ist es die Orientierung durch die Agrarberater, die aus der Ersten in die Zweite und Dritte Welt geschickt werden, und die diesen Bauern und Regierungen dort die industrialisierte High-Tech-Landwirtschaft schmackhaft machen wollen. Eine Landwirtschaft, die an den Notwendigkeiten der Länder weit vorbeigeht, die eher die Wünsche derer befriedigt, die heute an der Landwirtschaft verdienen,

1.5 Energiefrage in der Landwirtschaft

Die Landwirtschaft ist sicher nicht der Bereich mit den zentralen Energieproblemen in der Bundesrepublik Deutschland bzw. in den westlichen Industrienationen. Dennoch muß die Frage gestellt werden, mit welchem Energie-Einsatz Landwirtschaft betrieben wird und ob diese Form der Produktion als Weltmaßstab erhalten kann bzw. soll.

Energiebilanzen bei tierischen und pflanzlichen Produkten

Die Energiebilanzen können sehr unterschiedlich sein: Das Verhältnis von Input zu Output im ökologischen Getreideanbau liegt bei weniger als 0,2:1. Das bedeutet, daß bis zu 0,2 Energieeinheiten aufgewendet werden müssen, um eine Einheit an Energie in dem Produkt zu erhalten. Bei der Tierproduktion z.B. fallen die Werte wesentlich schlechter aus. Für die industrielle Rinderzucht müssen bis zu 35 Energieeinheiten aufgewendet werden, um eine Einheit im Fleisch zu erhalten.

Den immensen Energieverbrauch in der Fleischproduktion veranschaulicht das folgende Exempel:

Für die Herstellung eines 200 Gramm schweren Steaks ist eine Energiemenge notwendig, mit der man sich über eine Stunde lang waschen oder sich 21 500mal rasieren könnte.

Tabelle 11:
Energiebilanz einer Süßmalkonserve (USA):

	Input an fossiler Energie (MJ)
Landwirtschaftliche Produktion	1,9
Verarbeitung und Büchsenherstellung	7,4
Transport vom Supermarkt nach Hause	3,3
Sonstiger Verteil-, Transportaufwand und Zubereitung	4,6
Gesamtinput	17,2
Energiegehalt einer 455-g-Mais-Büchse (= Output)	1,6
Input: Output-Verhältnis (17,2 : 1,6 = 10,8 : 1)	10,8
QUELLE: Vogtmann : Ökol. Landwirtschaft"	



Tabelle 12: Nitratgehalte in Gemüse

Hoher Nitratgehalt ca. 1000-4000 mg/kg	Mittlerer Nitratgehalt ca. 500-1000 mg/kg	Niedriger Nitratgehalt unter 500 mg/kg
Endivie Feldsalat Fenchel Kohlrabi Kopfsalat Mangold Radieschen Rettich Rhabarber Rote Bete Spinat	Blumenkohl Chinakohl Grünkohl Sellerie Möhren Kartoffeln Wirsing Weißkohl Zucchini	Auberginen Bohnen Brokkoli Chikorée Erbsen Gurken Paprika, Lauch Rosenkohl Rotkohl Schwarzwurzeln Spargel, Tomaten Zwiebeln

Quelle: Faltblatt "Nitrat..." der Verbraucher-Initiative; Bonn

Die landwirtschaftliche Produktion, die Nahrungsmittelindustrie, der Handel (einschließlich Transport) und die Kühlung und Zubereitung im Haushalt benötigen jeweils eine Viertel des gesamten Energieeinsatzes. Zusätzlich muß jedoch noch Energie für die Abfall- und Abwasserbeseitigung, den Straßenunterhalt und die Beseitigung von Umweltschäden aufgewendet werden. Hierdurch ergibt sich insgesamt eine Input:Output-Relation von etwa zehn zu eins (für USA, 1970). Diese Werte dürften inzwischen auch in Westdeutschland fast erreicht worden sein.

Energiesparende Alternativen zeigen MÜLLER - REISSMANN / SCHAFFNER (1990) auf. Zunächst weisen sie nach, daß ökologisches Vollkornbrot (Öko-Landbau, regionaler Markt) nur die Primärenergie benötigt, die heute für die gleiche Menge Weißbrot (konventioneller Landbau, großräumiger Markt) eingesetzt wird.

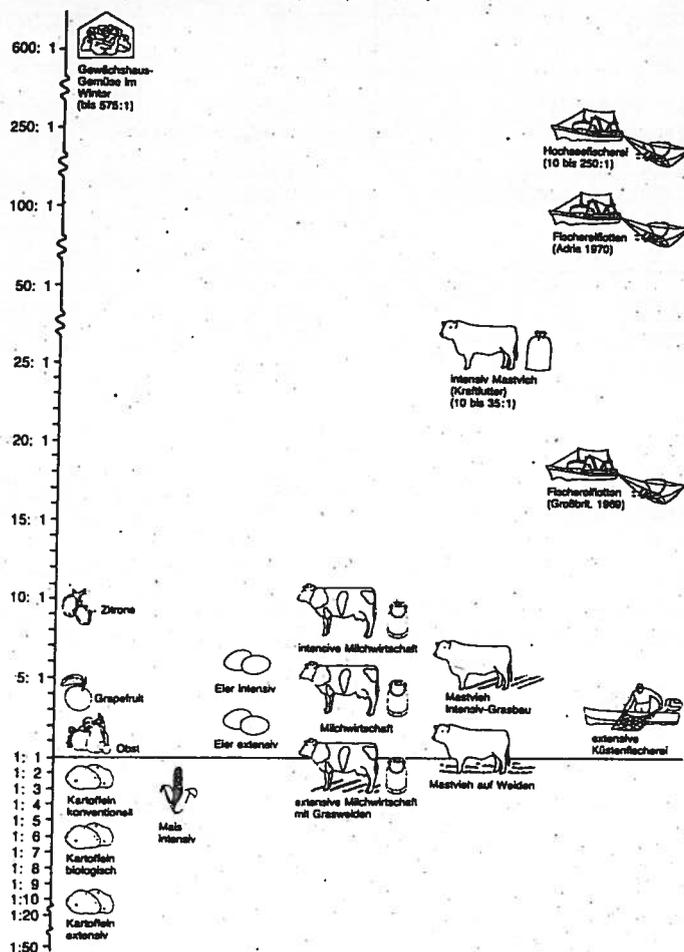
Diese äußerst negativen Bilanzwerte sind eigentlich um so erstaunlicher, als ja gerade die Land- und die Forstwirtschaft - neben der Fischerei - die einzigen Wirtschaftszweige sind, welche die praktisch unbegrenzt vorhandene Sonnenenergie in wertvolle Agrarprodukte umwandeln können.

Energieaufwand zwischen "Bauernhof und Speiseteller"

Bis das landwirtschaftliche Produkt auf den Teller des Verbrauchers gelangt ist, muß noch viel Energie aufgewendet werden. Ein Paradebeispiel hierzu ist die Herstellung und Zubereitung einer Dose Mais: die Energiemenge, die insgesamt aufgewendet werden muß, ist etwa elfmal so groß wie die, die in der Speise enthalten ist.

In der amerikanischen Nahrungsmittelproduktion mußten im Jahre 1970 durchschnittlich etwa 8,6 Energieeinheiten aufgewendet werden (1950 waren es sechs Einheiten), um eine Einheit in Form von Nahrungsmitteln auf dem Speiseteller bereitzustellen.

Verhältnis Energie-Aufwand zu -Ertrag (Input:Output-Relation)



Pflanzliche Erzeugnisse Tierische Erzeugnisse (Eier - Milch - Fleisch - Fisch)

Quelle: Lönner, 1979



In einem alternativen Vollwert-Brotmodell (mit höherem Vollkorn-Verzehr bei reduziertem Fleischkonsum, 29 kg statt 54 kg) wird gezeigt, daß sich pro Person etwa 1 000 kWh (= 3,6 MJ) Primärenergie einsparen ließen.

1.6 Die Situation des ländlichen Raumes

Die Landwirtschaft hat nicht nur unsere Kulturlandschaft geprägt, sondern auch das Bild unserer Dörfer. Sie hat dort zur Wirtschaftskraft und zum Sozialleben entscheidend beigetragen. Es

ist schon bemerkenswert, wie in einer Industriegesellschaft mit dieser Tatsache umgegangen wird. Einerseits wird zwar Bauernbrauchtum, das "Heimatgefühl", die "Romantik" des Landes quasi museal aufrechterhalten, doch längst hat der ländliche Raum andere Funktionen und andere Aufgaben. Mit den Veränderungen im landwirtschaftlichen Bereich (Stichwort: Strukturwandel, s. Kapitel 2) gehen viele der erhaltenswerten Strukturen verloren, die durch die bäuerliche Kulturform entstanden sind. Längst erfährt der ländliche Raum nicht mehr aus sich

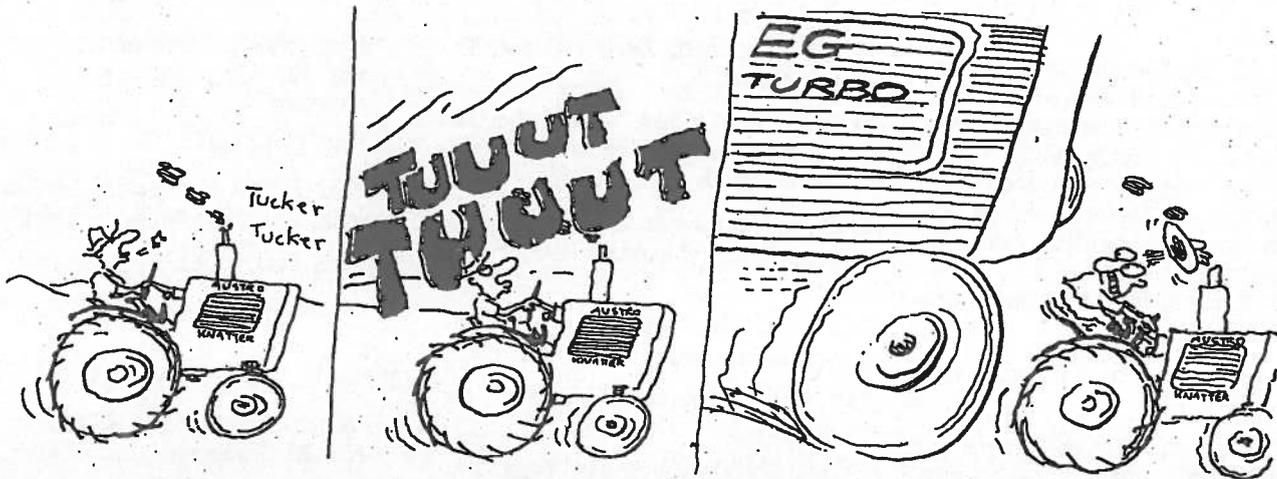
selbst heraus, also von der Landwirtschaft her, seine (wirtschaftliche) Entwicklung: Der ländliche Raum wird heute eindeutig den Interessen der Ballungszentren untergeordnet, und diese wiederum sind eindeutig industriell bzw. von Dienstleistungsangeboten geprägt. So muß der ländliche Raum billige Nahrungsmittel bzw. Rohstoffe liefern, den Schutt und Schrott der Nation aufnehmen, muß dulden, daß die ökonomische Grundlage der Waldbesitzer durch Luftschadstoffe vernichtet wird, muß Platz für Straßen und Neubaustrecken oder Kanäle schaffen, muß die Großtechnologien aufnehmen, die die Städte nicht wollen (AKWs, WAA), soll aber auch gleichzeitig Ausgleichsraum, d.h. Naturparadies, Erholungsfläche etc. sein und sauberes Wasser liefern. Der ländliche Raum soll mit Straßen und Infrastrukturmaßnahmen "entwickelt" werden, obwohl scheinbar keiner der "Entwickler" weiß, wohin der "Fortschritt" schreitet. Als "entwickelt" werden heute die Räume bezeichnet, die durch große ökologische und sozialen Defizite charakterisiert sind, z.B. die Ballungsräume. Gleichzeitig wird die ursprüngliche bäuerliche Produktion als rück-schrittlich, unmodern und minderwertig, als nicht leistungsfähig oder markt-konform, kurz: als überholt, abgestempelt.

Die Zeiten sind vorbei, in denen die Bauern viele negative Entwicklungen mit ihrem politischen Gewicht aufhalten konnten. Die gesellschaftliche Bedeutung der Bauern sinkt in rasantem Tempo. Der Bauernverband - scheinbar die weltweit einzige Organisation, die das Ziel verfolgt, die Zahl ihrer Mitglieder zu reduzieren - hat mit dazu beigetragen, daß in den Regionen, in denen sich auch im landwirtschaftlichen Bereich nahezu industrielle Produktionsmethoden etabliert haben und in denen nur noch wenige Landwirte wirtschaften (z.B. Schleswig-Holstein), Bauernprotest selbst von der CDU nicht mehr ernst genommen wird. Die Krise der Landwirtschaft ist die Krise des ländlichen Raumes und umgekehrt.

Die Landwirtschaft muß zukünftig nach Auffassung des BUND wieder verstärkt unter arbeitsmarktpolitischen Aspekten gesehen werden. Jeder Ar-

Tabelle 13: Primärenergiebedarf für ein kg Brot im gegenwärtigen und im alternativen Brotmodell

	Primärenergiebedarf in kWh	
	1 kg Weißbrot (konventionelle Landwirtschaft großräumiger Markt)	1 kg Vollkornbrot (ökologischer Landbau, regionaler Markt)
Landwirtschaft	1,1	0,6
Dünger	0,46	
Pflanzenschutz	0,08	
Maschinen/Gebäude etc.	0,23	0,23
Treibstoff	0,33	0,33
Mühle	0,7	0,5
Antrieb	0,41	
Sonstiges	0,11	
Verpackung, Transport	0,18	
Bäckerel	3,7	3,1
Verarbeitung u. Backen	1,0	1,9
Backen	1,0	
Verarbeiten	0,7	
Sonstiges (Licht, Heizung, Kühlung, Reinigung etc.)	1,0	1,0
Verpackung	0,5	0,1
Transport	0,5	0,1
Verkauf	0,2	0,2
Gesamter Primärenergiebedarf	5,7 100,00 %	4,4 77,00 %



beitsplatz, der in der Landwirtschaft vernichtet wird, muß woanders geschaffen werden. Dies mag in einem Industriestaat kurzfristig funktionieren, aber ob ein System, das im großen Stil Landwirtschafts Arbeitsplätze zugunsten von Industriepätzen opfert, auch sozial- bzw. ökologieverträglich ist, muß bezweifelt werden. Vergleicht man die Umweltrelevanz bzw. -verträglichkeit verschiedener Arbeitsplätze und Arbeitsbereiche allein bei uns, so wird man sehr schnell erkennen, daß der, der von der Schaffung umweltverträglicher Arbeitsplätze spricht und gleichzeitig bäuerliche Existenzen vernichtet, entweder nichts verstanden hat oder mit gespaltener Zunge spricht.

Die Landwirtschaft muß von Natur- und Umweltschützern auch noch vor einem ganz anderen Hintergrund gesehen werden: Die Bauern waren die tragenden Säulen des Widerstandes beispielsweise gegen das AKW Whyll, gegen Gorleben oder die Daimler-Benz-Teststrecke in Boxberg. Viele Bauern können als kritische, positiv-konservative Bevölkerungsschicht und auch als Partner des Natur- und Umweltschutzes angesehen werden. Natürlich kann, darf und soll hier nichts pauschalisiert werden: Natürlich gibt es auch genau gegenteilige Strömungen, "positive" wie "negative" aus der Sicht des Umweltschutzes. Es gilt aber, Verständnis

zu wecken für die Lage der Bauern, auch wenn dabei die eigenen, ökologischen Positionen nicht aufgegeben werden dürfen. Es gilt den Versuch weiter zu entwickeln, die Schnittstellen der Interessen von Naturschützern und Bauern zu definieren und dort gemeinsame Zielvorstellungen zu formulieren. Dabei gilt es den Bauern klar zu machen, daß der Ansatz des BUND anders als der staatliche Naturschutz nicht zwischen Produktion und Naturschutz trennt, sondern darauf abzielt, mit einer umweltverträglichen Produktion auf der gesamten Nutzfläche möglichst viele Existenzen zu sichern.

1.7 Verbraucherfragen

Natur- und Umweltschützer sind auch Verbraucher, als solche nicht nur an einwandfreier Nahrung interessiert, sondern über ihr Konsumverhalten an Umweltproblemen z.T. aktiv, z.T. passiv beteiligt. Die Umweltprobleme sind die Probleme aller Verbraucher, denn eine Verschlechterung der Lebensbedingungen betrifft uns alle. Als Verbraucher hat man die Wahl. Skandale am laufenden Band in der Tierhaltung und erschreckende Meldungen über Belastungen auch pflanzlicher Nahrung sollten Anlaß dafür sein, sich als Verbraucher ebenfalls mit der Landwirtschaft zu befassen. Es soll in diesem Papier keine Diskussion um die

Nahrungsmittelbelastung geführt werden. Hier wird auf diverse BUNDpublikationen zum Thema verwiesen (31). Festzuhalten ist aber, daß strenge Begrenzungen des Gehalts an unerwünschten Stoffen in landwirtschaftlichen Produkten die ökologische und bäuerliche Landwirtschaft begünstigen können.

"Umweltbeeinträchtigungen werden auch von der Absatzseite her ausgelöst. Ein wichtiger Fall sind die durch die Handelsklassen-Festlegung veranlaßten zusätzlichen Anwendungen von Pflanzenschutzmitteln bei Obst und Gemüse. Der Rat fordert daher, die Maßstäbe für die Einteilung in Handelsklassen entsprechend zu ändern" (32)

Es ist deshalb ein Bewußtseinswandel, nicht nur bei der Politik, sondern auch beim Verbraucher anzustreben. Dabei stellt sich automatisch die Frage, welchen Stellenwert wir - sowohl qualitativ als auch finanziell - unserer Nahrung einräumen. Der Anteil für Nahrungsmittel an den Gesamtausgaben eines Durchschnittshaushaltes sinkt ständig und beträgt derzeit noch ca. 17 %. Mit den Preisen, die Bauern derzeit erhalten, ist eine umweltverträgliche Produktion kaum zu bezahlen.



- (1) Rat von Sachverständigen für Umweltfragen: "Umweltprobleme der Landwirtschaft", Sondergutachten, Kohlhammer Verlag, 1985.
"Aktionsprogramm Ökologie", erschienen als Umweltbrief Nr. 26, herausgegeben vom Bundesministerium des Innern
BUNDpositionen 18 "Naturschutzpolitik"
- (2) Aktionsprogramm Ökologie, aaO, Textziffer 15
- (3) Wenn im folgenden des öfteren von "intensiver" bzw. "extensiver" Landwirtschaft die Rede ist, so versteht der BUND unter "intensiv" eine Landwirtschaft, die hohe Kapitaleinsätze und weniger Arbeitskräfteeinsatz aufweist, unter "extensiv" eine Landwirtschaft, die mit weniger Kapitaleinsatz und höherer Arbeitsintensität arbeitet)
- (4) Blab, 1986, "Grundlagen des Biotopschutzes für Tiere", Kilda-Verlag, Greven
- (5) Blab et al 1989, "10 Jahre Rote Liste", Kilda-Verlag, Greven
- (6) BUND-Berichte 8 Ökologische Probleme der Grünlandnutzung, 1990 (Nds)
- (7) "Naturschutz - durch staatliche Pflege oder bäuerliche Landwirtschaft" in: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Buch gleichen Titels, Rheda
- (8) Barth, Dahl, Fleer: "Naturnahe Gestaltung von Fließgewässern", unveröffentlichtes Manuskript.
- (9) Bodenschutzkonzeption der Bundesregierung, Kohlhammer 1985, Stuttgart
- (10) Rat von Sachverständigen für Umweltfragen, aaO
- (11) "Aktionsprogramm Ökologie", Tz. 159, 1983
- (12) s. BUND Positionen 16 "Neue Wege in der Flurbereinigung"
- (13) Bick, 1986: "Im März der Bauer" in: WWF-Journal, 1/86
- (14) Reif et al 1982, "Der Einfluß des biologischen Untergrundes, der Hangneigung, der Feldgröße und der Flurbereinigung auf die Heckenichte in Oberfranken." in: Berichte der ANL, 6. Laufen
- (15) Meisel, 1984: Landwirtschaft und Rote Liste Arten" in: Natur und Landschaft Heft 7/8 301 ff.
- (16) Kaule, 1984, "Einfluß bodenverändernder und bodenordnender Maßnahmen auf die Umwelt" in: Informationen zur Raumentwicklung Heft 6, Bonn
- (17) Reichel (1989): "Bestand und Verluste an Feuchtgebieten in Oberfranken" in: Beiträge zum Artenschutz, Schriftenreihe Bayerisches Landesamt für Umweltschutz, Heft 95 München
- (18) FAZ 17.10.84
- (19) Mader: "Die Verinselung der Landschaft aus tierökologischer Sicht"
- (20) SRU, aaO, Tz. 813
- (21) Aktionsprogramm Ökologie, aaO, Tz. 178
- (22) ips Jahresbericht 1984/85
- (23) Spickschen, 1988: Trinkwasser in Not, BUND argumente, Bonn
- (24) Die Zeit, 15.12.89
- (25) PAN Pestizidbrief 7/1989
- (26) Die Welt, 29.1.91
- (27) Frankfurter Rundschau, Dez. 90
- (28) aus "Ökologie und Landbau" 77/91 S. 27
- (29) IGBE, Brasilianisches Institut für Geographie und Statistik, in: BUKO Info 1/91
- (30) Vogtmann (Hrsg.) 1991 "Ökologische Landwirtschaft" C.F.Müller-Verlag, Karlsruhe
- (31) Informationen in der Bundesgeschäftsstelle des BUND erhältlich
- (32) Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen in Textziffer 17 der Kurzfassung des Landwirtschaftsgutachtens



2. DIE SITUATION DER LANDWIRTSCHAFT HEUTE

Die aufgeworfenen Fragen des Natur- und Umweltschutzes sind nicht nur Fragen des technischen Standards bzw. der technischen Ausrüstung der Betriebe. Es geht um die Struktur der Höfe. Über Tausende von Jahren hinweg war Landwirtschaft in der Regel im Einklang mit der Natur betrieben worden, schuf Landwirtschaft Artenvielfalt. Doch seit einigen (wenigen) Jahrzehnten, mit dem Einsetzen des sog. Strukturwandels, ist dies - wie beschrieben - genau umgekehrt. So stellt sich die Frage, ob das Höfesterben auch etwas mit dem Sterben unserer Umwelt zu tun hat. Wichtig ist aber auch zu klären, nach welchen Kriterien, mit welcher Motivation Agrarpolitik gestaltet wurde und wird.

Seit dem Vertrag von Rom (1957) betreibt die Europäische Gemeinschaft eine gemeinsame Agrarpolitik, die in einer Zeit konzipiert wurde, in der die damalige EWG noch ein Zuschußgebiet an Agrarprodukten war und sowohl Industrie wie Gewerbe eine erhebliche Nachfrage nach Arbeitskräften hatten. Die in Art. 39 des Vertrages zur Gründung der EWG von 1957 formulierten fünf gleichberechtigten Ziele der Agrarpolitik waren

- die Steigerung der Produktivität,
- angemessene Einkommen für die in der Landwirtschaft Tätigen,
- Stabilisierung der Märkte,
- Versorgungssicherheit der Bevölkerung und
- angemessene Verbraucherpreise.

Diese Ziele, 1962 durch die ersten gemeinsamen Marktordnungen mit einheitlichen Preisen und einem System politisch bestimmter Abnahme- und Freigarantien für sog. Marktordnungsprodukte wie z.B. Getreide ergänzt, gelten nach wie vor. Die vereinbarten Absatzgarantien und die gemeinsame Finanzierung der Überschüsse waren die agrarpolitischen Auslöser der bis heute nicht wirkungsvoll gebremsten Überschußproduktion

der EG. Neben den Preis- und Absatzgarantien wurden zum Erreichen der agrarpolitischen Ziele auch Maßnahmen des Außenschutzes, wie z.B. Zölle, Abschöpfungen, Kontingentierungen, ergänzt durch Maßnahmen zur "Verbesserung der Agrarstruktur", gefördert. Damit sollte die Landwirtschaft verstärkt in die übrige wachstumsorientierte Wirtschaft integriert bzw. ihr untergeordnet werden; die Produktion sollte gesteigert und betriebliches Wachstum ermöglicht werden. Der Bonner Agrarpolitiker Henrichsmeyer formuliert dies so:

"Die Landwirtschaft übernimmt die Organisationsprinzipien der gewerblichen und industriellen Güterproduktion: Spezialisierung auf wenige Betriebszweige, verstärkte Arbeitsteilung durch Auslagerung von Be- und Verarbeitungsprozessen, Erhöhung des Anteils zugekaufter Produktionsmittel und regionale Schwerpunktbildung der

Produktion gewinnen an Bedeutung. Die dadurch mögliche Senkung der Stückkosten erweitert den Gewinn- und Investitionsspielraum der in der Produktion verbleibenden landwirtschaftlichen Unternehmen." (1)

Unterschiedliche regionale und betriebliche Ausgangsbedingungen vergrößerten dabei die bereits bestehenden innerlandwirtschaftlichen Einkommensdisparitäten, verstärkten den Druck auf die ökonomisch weniger leistungsfähigen Betriebe und erschweren ihnen den Zugang zu den Produktionsmitteln Boden und Kapital. Der einzelbetriebliche Zwang zur Produktionssteigerung verstärkte sich, wachsende Produktionsüberschüsse engten gleichzeitig den agrarpolitischen Handlungsspielraum ein. Diese seit 1957 einseitig auf Produktivitätssteigerung ausgerichtete Agrarpolitik hat zu einem beispiellosen Prozeß der Kon-

Tabelle 14: Einkommensunterschiede in den Vollerwerbsbetrieben

	Oberstes Viertel	Durchschnitt	Unterstes Viertel
1972/73	40155	19577	7547
1973/74	40937	19485	6755
1974/75	42808	21010	7033
1975/76	56687	25263	9860
1976/77	53179	21842	6097
1977/78	55062	24084	8307
1978/79	58120	24780	9243
1979/80	57873	24309	7586
1980/81	49740	21245	-638
1981/82	52839	22890	1196
1982/83	56988	26282	2810
1983/84	49104	2108	-567
1984/85	54948	24828	2226
1985/86	49692	25503	2168
1986/87	51117	26753	4792
1987/88	47774	24015	1850
1988/89	43811	21320	-890
1989/90	54740	26844	2507

Anmerkungen: Der Einkommenswert des obersten bzw. untersten Viertels ist der Durchschnitt aus 25 % der Unternehmen der jeweiligen Gruppe mit dem höchsten bzw. niedrigsten Gewinn je Familienarbeitskraft.

Quelle: Agrarbericht 1984; Bundestagsdrucksache 10/980, Seite 23 und Ergänzungen aus neueren Agrarberichten



zentration und Intensivierung der Produktion geführt:

- Die Produktion pro Hektar (ha) stieg seit den fünfziger Jahren im Durchschnitt um mehr als das Doppelte, bei Zuckerrüben um 90 %, bei Getreide und Rindfleisch um 89 %. Bezogen auf die Arbeitskraft wuchs die Produktion nahezu um das Achtfache.
- In der gleichen Zeit nahm die Zahl der ständigen Arbeitskräfte um 84 %, die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe um 65 % ab.

Allein seit 1970 gaben 390.000 Bauern ihre Betriebe auf, durchschnittlich 24.000 pro Jahr.

- Seit 1949 ist die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe (bis 1989) um fast eine Million zurückgegangen. Aufgegeben wurden überwiegend kleine Höfe. Die Wachstumsschwelle, d.h. die Schwelle, von der ab eine Zunahme der Zahl der Betriebe festzustellen ist, liegt heute bei 35 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche (LF).
- Mehr als 34 % der landwirtschaftlichen Betriebsleiter sind über 55 Jahre alt. In den meisten Fällen ist die Weiterbewirtschaftung ungewiß. Von den heute noch vorhandenen rund 650.000 Betrieben werden bereits weniger als 50 % im Vollerwerb, die übrigen im Zu- oder Nebenerwerb bewirtschaftet.
- U.a. durch diesen Strukturwandel nach dem Motto: "Wachse oder weiche" konnte die durchschnittliche Einkommensentwicklung der Landwirte bis Mitte der siebziger Jahre mit den gewerblichen Einkommen einigermaßen Schritt halten, obwohl die landwirtschaftlichen Einkommen im Vergleich zu anderen Erwerbssparten immer vergleichsweise gering waren. In den letzten Jahren hat sich die Situation noch einmal dramatisch verschärft: die Einkommen sind real um ca. 30 % gesunken.

Hinter diesen Durchschnittswerten verbergen sich jedoch krasse Unterschiede in der Einkommensverteilung. Laut Agrarbericht '91 war der durchschnittliche Gewinn je Familienarbeitskraft in den Vollerwerbsbetrieben

des oberen Drittels mehr als doppelt so groß wie in den kleineren Betrieben des unteren Drittels. Etwa ein Drittel der Betriebe hat trotz Einkommenssteigerungen kein zusätzliches Eigenkapital bilden können, wie es zur längerfristigen Existenzsicherung erforderlich wäre (so BMELF-Kiechle). (s. Tab. 14 S.21)

Die großen Betriebe mit günstigen Standortbedingungen (Norddeutschland) wurden durch die Agrarpolitik gegenüber kleinen, bäuerlichen Betrieben mit ungünstigen Standortbedingungen hauptsächlich in Süddeutschland bevorzugt. So lebt heute bereits schon über ein Viertel der landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetriebe von der Substanz.

- Der Einsatz von Handelsdünger und Pestiziden ist stark gestiegen. Während beispielsweise 1950 knapp 26 kg Stickstoff pro ha ausgebracht wurden, waren es 1988 bereits 129 kg. Der Einsatz chemischer Pflanzenbehandlungsmittel verharrt in den letzten Jahren bei ca. 30.000 t pro Jahr relativ konstant auf hohem Niveau. Wichtig in diesem Zusammenhang ist, daß die Sortenwahl den Pestizideinsatz beeinflusst. Hier ist besonders

auf die Abkehr von alten, robusten und angepaßten Sorten hin zu ertragsreichen, aber anfälligeren Sorten hinzuweisen. So kennt man z.B. beim Weizenanbau mit der Sorte "Fuka" keine Fußkrankheiten und keine Mehлтаuprobleme. Die Wahl neuer Sorten macht hingegen den Einsatz von Fungiziden nötig.

- Deutlich zugenommen hat auch die Tendenz zur Spezialisierung der Betriebe und die Konzentration der Produktion in einzelnen Agrarräumen. So stieg der Anteil der ohne Rindvieh wirtschaftenden Betriebe von 20 % auf 50 %.

Den Konzentrationsprozeß illustrieren folgende Zahlen:

1,8 % aller Legehennenhalter besitzen 87 % des Gesamtbestandes, der größte Betrieb hat allein ca. 5 Millionen Tiere. 3 % aller Schweinemastbetriebe produzieren bereits 33 % aller Schweine. Allein im Landkreis Vechta (Niedersachsen), der 0,5 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche der alten Bundesländer einnimmt, werden 20 % der bundesdeutschen Legehennen, 14 % der Masthühner u. 5 % der Mast Schweine gehalten. Nicht umsonst

Bestandsgrößen Masthühnerhaltung

BR Deutschland-Dezember 1988

Bestand von ... bis ... Masthühnern	Zahl der Masthühner in 1000	Zahl der Masthühnerhalter	Anteil an Gesamtproduktion in Prozent
1 - 99	126,1	57029	0,5
100 - 499	68,4	330	0,3
500 - 999	43,4	70	0,2
1000 - 9999	763,2	171	3,3
10000 u. m.	22196,7	485	95,7
Insgesamt	23197,8	58085	100

Quelle: Deutscher Bauernverband nach Angaben des StBA



heißt dieser Landkreis inzwischen das Land der Gülle und Jauche.

- Die Preis- und Absatzgarantien der EG-Agrarmarktordnung haben zur Produktion von Überschüssen geführt, deren Verwaltung, Export bzw. Vernichtung nicht mehr tragbare finanzielle Belastungen zur Folge haben. Dem EG-Agrarmarkt immanent ist eine Tendenz zur Produktionssteigerung durch Intensivierung, losgelöst von korrigierenden Marktkräften.

So erhöhen sich die EG-Ausgaben für den Agrarmarkt ständig. 1981 kosteten uns die EG-Agrarmarktordnungen ca. 27 Milliarden DM, zwei Jahre später schon 36 Milliarden DM, noch zwei Jahre später bereits 45 Milliarden DM. 1989 beliefen sich die Ausgaben für die EG-Agrarpolitik auf ca. 62 Milliarden DM.

Dabei erreicht allerdings nur ein Bruchteil dieser Gelder auch die Landwirte.

Der Europäische Rechnungshof hat bereits 1983 festgestellt, daß von diesen Beträgen nur knapp ein Drittel auf den Höfen ankommt. Hinzu kommt, daß nicht alle Bauern gleichmäßig von diesen Summen profitieren: Nur wenige Großbauern haben einen - dann allerdings oft auch großen Nutzen. Anlässlich der ersten Diskussionen um die angeblich "radikale" Reform der EG-Agrarpolitik Ende Januar 1991 erklärte der zuständige EG-Kommissar MacSharry, daß 20 % der Betriebe den Löwenanteil von 80 % der Subventionen erhalten. Der Großbetrieb werde bevorteilt.

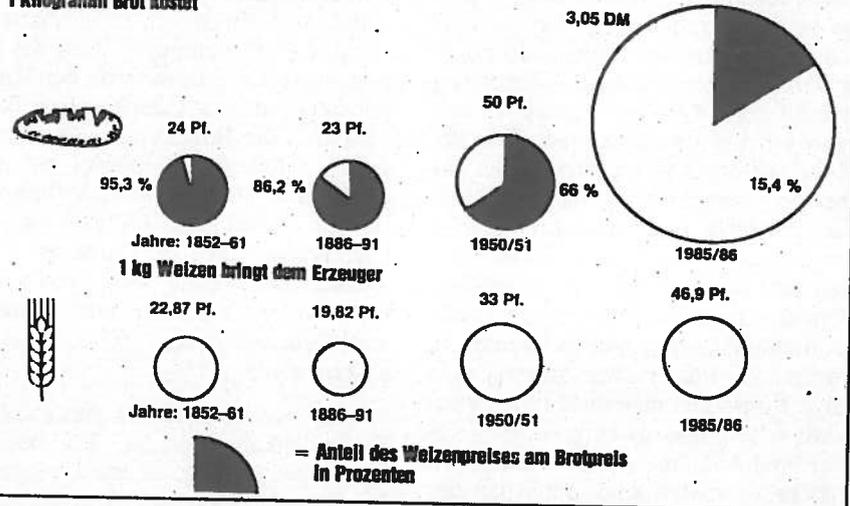
Rund ein Drittel (34,1 %) der EG-Subventionen wurde 1985 für Exporterstattungen ausgegeben. Es profitieren die Exporteure von Agrargütern und Transportunternehmen.

- Mehr als ein Fünftel (22,4 %) der Subventionen wurde für Lagerhaltung ausgegeben. Die Beträge gehen an die Besitzer von Kühlhäusern und Lagerhallen

- 38,5 % der Subventionen wurden für preisausgleichende Maßnahmen gezahlt. Diese Beihilfen werden nur zum geringen Teil direkt an den Erzeuger gezahlt. Es profitiert vor allem die Nahrungsmittelindustrie, z.B. durch die Verbilligung von Butter und

Brotpreis und Weizenpreis

1 Kilogramm Brot kostet



Milchpulver für die Speiseeisherstellung.

- Für die Bundesrepublik betragen die Agrarsubventionen (1987) 23,5 Milliarden DM (Nettowertschöpfung der Landwirtschaft: 20,5 Milliarden DM). Dies entspricht rein rechnerisch einer durchschnittlichen Subvention von 32.000,— DM pro landwirtschaftlichem Betrieb.

- Mit der Einführung der Quotenregelung für Milch 1984 und der 1988 in Kraft getretenen Regelung, wonach bei Überschreiten bestimmter Produktionsquoten die Marktordnungspreise für zentrale Agrarprodukte wie Getreide gesenkt werden, ist der Strukturwandel in der Landwirtschaft noch verstärkt worden; die Umweltprobleme (z.B. Grünlandumbruch als Folge der Aufgabe der Milchviehhaltung und Umstellung auf Rindermast, Schweineproduktion und Ackerbau) haben sich dadurch weiter verschärft.

Zusammenfassend sind folgende Auswirkungen der EG-Agrarpolitik festzuhalten:

Auswirkungen auf die Landwirtschaft

Die EG-Agrarpolitik hat zu einer bewußt gewollten Vernichtung kleiner und mittlerer bäuerlicher Betriebe geführt. Trotz der alljährlich spektakulären Agrarpreisverhandlungen sind seit 1970 die realen Erzeugerpreise in der Bundesrepublik um 25 % gesunken. Der größte Teil der klein- und mittel-

bäuerlichen Betriebe erreicht kein ausreichendes Einkommen mehr. Die Verschuldung der Betriebe nimmt daher von Jahr zu Jahr zu. So mußten allein in der Bundesrepublik von 1970 bis 1989 über 435.000 Bauern ihre Höfe aufgeben. Durchschnittlich geht alle zwei Minuten in der EG ein landwirtschaftlicher Arbeitsplatz verloren. Die verantwortlichen Politiker setzen weiter auf ein "Gesundshrumpfen". Der Strukturwandel soll durch Preissenkungen, Quotenkürzungen, Mitverantwortungsabgaben und Ruhestandsprogramme drastisch beschleunigt werden. Bis zum Jahr 2000 soll noch jeder zweite Bauernhof aus der Produktion verschwinden. Wenn sich die Agrarpolitik in den nächsten Jahren nicht grundlegend ändert, wird es Ende der neunziger Jahre keine klein- und mittelbäuerlich strukturierte Landwirtschaft mehr geben. Nahrungsmittel werden dann größtenteils in Agrarfabriken industriell erzeugt werden.

Folgen für die Verbraucher: Lebensmittelqualität sinkt

Für die Entwicklung unserer Lebensmittelversorgung ist kennzeichnend, daß immer weniger Erzeugnisse den Verbraucher direkt erreichen. In den letzten Jahrzehnten haben sich die Nahrungsmittelindustrie und der Lebensmittelgroßhandel immer stärker zwischen Bauern und Verbraucher geschoben. Die Erzeugnisse der Landwirtschaft sind zunehmend zu bloßen Rohstoffen für Industrie und Handel geworden. Während der Anteil der



Landwirtschaft an der Bruttowertschöpfung noch bei 1,3 % liegt, brachte es das Agrobusiness, also die vor- und nachgelagerten Wirtschaftsstufen auf 6,3 % der gesamten Bruttowertschöpfung. An der Landwirtschaft wird erheblich mehr verdient als in der Landwirtschaft selbst. Der Anteil der be- und verarbeiteten Nahrungsmittel hat erheblich zugenommen. Wichtige ernährungsphysiologische Eigenschaften sind dabei vernachlässigt worden. Um eine lange Haltbarkeit und Transportfähigkeit zu erreichen, werden in einigen EG-Ländern verstärkt fragwürdige Konservierungsmittel (wie radioaktive Bestrahlung) eingesetzt - auch bei Produkten, die auf dem deutschen Markt zu kaufen sind, ohne daß der

Verbraucher dies erkennt. Hinzu kommen Rückstände von Pflanzenschutzmitteln und leistungsfördernde Arzneimittel in den Nahrungsmitteln, die zu gesundheitlichen Risiken für den Konsumenten führen. Gleichzeitig findet sowohl in der Ernährungsindustrie als auch im Lebensmittelhandel ein aggressiver Verdrängungswettbewerb statt, an dessen Ende nur noch wenige Unternehmen den Markt bestimmen werden. Der Kunde wird dann nicht mehr "König", sondern von wenigen marktbeherrschenden Unternehmen abhängig sein.

1989 erzielten die 10 größten Lebensmittelkonzerne der EG bereits zwei Drittel des gesamten Umsatzes. Die Konzentration der Abnehmer führt

dazu, daß ab 1992 (gemeinsamer Binnenmarkt) jeder Bauer an jedem Standort mit dem jeweils billigsten Produkt in ganz Europa konkurrieren muß. Dabei profitiert der Verbraucher nur scheinbar. Zwar sind seine Ausgaben für Nahrungsmittel bezogen auf das durchschnittliche Monatseinkommen (Berechnungsgrundlage ist ein 4-Personen-Haushalt), auf 17 % gesunken, aber zu jeder Mark für Nahrungsmittel muß er als Steuerzahler noch 1,70 DM bezahlen, um die direkten Folgen dieser Politik zu finanzieren; dabei sind die ökologischen Folgeschäden noch nicht einberechnet.

Industrialisierung der Landwirtschaft: Vernichtung der Bauern - Vernichtung der Umwelt

Daß die im Kapitel 1 beschriebene Umweltsituation etwas mit dem Strukturwandel zu tun hat, wird von seiten der Politiker oft bestritten. Vielfach wird die Argumentation sogar umgedreht: Größere Betriebe hätten nicht den Zwang, alles intensiv zu nutzen, könnten also einmal ein Fleckchen dem Naturschutz überlassen. Darüber hinaus hätten die Großbetriebe die angeblich notwendige Technik, um umweltverträglich zu wirtschaften. Im übrigen sei es so, daß kleine Betriebe viehstärker wären, also auch über diesen Pfad stärker zur Umweltbelastung beitragen würden. Derzeit ist eine regelrechte Diffamierungskampagne bäuerlicher Produktionsweisen erkennbar, die sogar so weit geht, den Stallmist zum großen Umweltproblem zu stilisieren.

Die These des BUND ist eine andere: Wir meinen, daß die Vernichtungspolitik der Bauern auch zur Vernichtung der Umwelt beiträgt. Bäuerliche Betriebe arbeiten in der Regel natur- und umweltkonformer. Ausführlich belegt ist dies in zwei Büchern, auf die hier zur Diskussion der Gesamtproblematik verwiesen werden muß (2).

An dieser Stelle können nur einige Fakten zur Unterlegung unserer These dargestellt werden.

Wie Brink und Baumgartner (3) in einer ausführlichen Studie dargelegt haben, gibt es deutliche Zusammen-





"In der einflußreichen Wochenzeitschrift "Die Zeit" vom 17.04.87 geht Dr. Schrader vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel auf die Frage nach Zusammenhängen zwischen Agrarstrukturen und Umweltwirkungen ein. Dabei kommt er zu dem Schluß:

"Möglichst viele bäuerliche Existenzen durch eine Fortsetzung der bisherigen Politik mit hohen Preisen oder durch pauschale Flächensubvention zu erhalten, ist volkswirtschaftlich sehr teuer und auch mit ökologischen oder sozialen Argumenten kaum zu rechtfertigen.

Es gibt weder theoretische noch empirische Belege dafür, daß Betriebsleiter kleiner Höfe bei der Verwen-

dung von Dünger oder Pflanzenschutzmitteln sachkundiger und damit umweltfreundlicher verfahren als Leiter großer Betriebe, eher kann man das Gegenteil vermuten."

Auf die schriftliche Nachfrage, welche empirischen Belege denn dieser Aussage zugrunde liegen, gab Schrader folgende Antwort:

"... Bezugnehmend auf Ihre Anfrage möchte ich Ihnen mitteilen, daß mir Veröffentlichungen, die meine These bestätigen, nicht vorliegen..." (5)

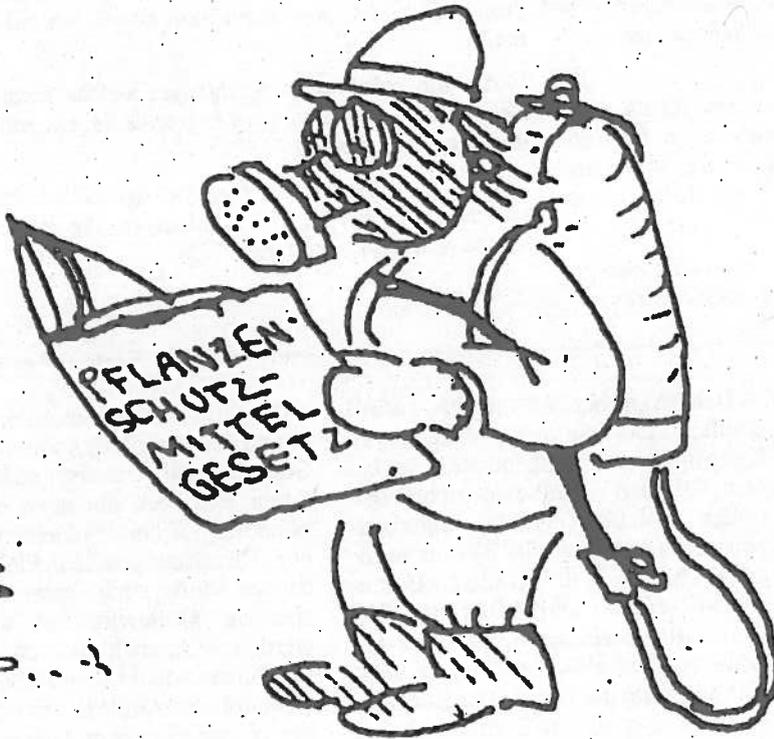
hänge zwischen Agrarstruktur und Umweltbelastung. Danach sind die von der Politik geforderten und - sei es über Förderprogramme, über Flurbereinigung oder über wissenschaftliche Forschung und Beratung - staatlicherseits massiv geförderten modernen, hochrationalisierten Betriebe sowohl für die Überschubproduktion als auch für die ökologischen Probleme vorrangig verantwortlich. So sinkt der ökologisch generell günstiger zu beurteilende Grünlandanteil mit steigender Flächenausstattung der Betriebe, wobei Marktfrucht- und Veredelungsbetriebe, also die am stärksten intensivierten Produktionsbetriebe, nicht nur den geringsten Grünlandanteil, sondern auch den geringsten Anteil an naturnahen Flächen haben.

Im Gegensatz zu den immer wieder aufgestellten Behauptungen, kleinere Betriebe wiesen wegen ihres höheren Viehbestandes größere Stickstoffüberschüsse auf als große Betriebe, beweist die Agrarstatistik genau das Gegenteil (4). Danach haben nämlich Neben- und Zuerwerbsbetriebe einen sehr niedrigen Viehbesatz mit 1,46 bzw. 1,56 Vieheinheiten (VE)/ha. Bei den Vollerwerbsbetrieben ist bis zur Betriebsgröße 65 - 80 Tsd DM Standardbetriebeinkommen (StBE) (durchschnittlich 41,2 ha) mit einem Viehbesatz von 2,14 VE/ha ein Anstieg festzustellen. Der durchschnittlich ermittelte Rückgang des Viehbesatzes bei größeren Betrieben dürfte ein statistischer Artefact sein, bedingt durch den besonders hohen Anteil von viehlosen Betrieben.

Der Agrarbericht macht zudem deutlich, daß die Milchleistung pro Kuh (in Kg und Jahr) mit 4238 kg bei den "kleinen" Vollerwerbsbetrieben (unter 40.000 DM Standardbetriebeinkommen (StBE) weit geringer ist, als die in den mittleren Betrieben (40.-60.000 DM StBE) mit 4593 kg, und diese wiederum weit unter den größeren Vollerwerbsbetrieben liegt (5185 kg). Da die Anzahl der Kühe pro ha bei den größeren Betrieben höher liegt als bei kleineren, und da gleichzeitig die Stickstoffausscheidung der Kühe auch mit der "Intensität" der Fütterung zu tun hat, ist bei Großbetrieben von einer höheren Nährstoffzufuhr durch organische Dünger pro Hektar

auszugehen. Poppinga zitiert Studien, die zu dem Ergebnis kommen, daß der Stickstoff-Bilanzüberschuß in den größeren Betrieben um etwa ein Drittel höher liegt als in den kleineren Betrieben. Da zudem gerade in kleineren Betrieben häufig noch Festmistverfahren statt der Güllewirtschaft angewandt werden, wird auch dadurch die Stickstoffbilanz positiv beeinflusst. Denn im Gegensatz zur Gülle liegen im Festmist die Nährstoffe nicht überwiegend in gelöster Form vor, fast 30 % besteht aus relativ stabilen Humussubstanzen. Dieser Anteil steigt durch Neubildung während der Umsetzung im Boden noch weiter, wodurch nicht nur die Belastung der Atmosphäre und des





Grundwassers mit Stickstoffverbindungen reduziert, sondern auch die Aggregatstabilität und Speicherfähigkeit der Böden verbessert wird.

Auch der Einsatz von mineralischem Stickstoff-Dünger und von Pflanzenschutzmitteln steigt mit der Betriebsgröße an. (Eine Ausnahme bilden intensive Marktfruchtbetriebe auf mittleren und guten Standorten). Insgesamt haben die Marktfruchtbetriebe den höchsten Aufwand an Dünger und Pflanzenschutzmitteln, wobei der Pflanzenbehandlungsmittelsatz um so höher ist, je einseitiger die Fruchtfolge ist.

Fazit: Mit den bisherigen Konzepten, die weiter nur auf technische und wirtschaftliche Entwicklung, d.h. auf Spezialisierung und Industrialisierung setzen und zum Ausgleich Flächen für naturbetonte Biotope zur Sicherung der Artenvielfalt fordern, können weder die Umwelt- noch die Agrarstrukturprobleme gelöst werden.

Die Profiteure!

Vor allem Großhandelsunternehmen und die Weiterverarbeitungsindustrie, also z.B. Molkereien, Schlachthöfe, Zuckerfabriken, aber auch solche Firmen und Unternehmen, die den Export der Überschüsse abwickeln bzw. deren Lagerung vollziehen, sind die Gewinner bei diesem Subventionspiel. Oder gar kriminelle Elemente: Die im Zusammenhang mit den von der ARD ausgestrahlten Dokumentation "Die Abkassierer" (15.09.85) durchgeführten Recherchen brachten an den Tag, daß nach Aussage von einschlägig erfahrenen Strafrechtsspezialisten 25 - 30 % der EG-Ausgaben allein auf illegale Handlungen entfallen. Unter den Unternehmen, die sich als "Abkassierer" betätigen, gilt folgende Einschätzung: Wenn man schnelles Geld machen will, gibt es drei Möglichkeiten - Waffen, Drogen, Nahrungsmittel!

Die derzeitige Agrarpolitik nützt der chemischen Industrie, der Landma-

schinenindustrie, dem Lebensmittelgroßhandel, insbesondere den Großen in der Ernährungsindustrie sowie den Im- und Exportfirmen. Sie schadet dagegen den Bauern und den Verbrauchern durch den von ihr ausgelösten Industrialisierungsprozeß der Landwirtschaft. Die Agrarpolitik ist folglich bauern-, umwelt-, verbraucher- und Dritte-Welt-feindlich!

Fast verständlich, daß diejenigen, die am System profitieren, ein großes Interesse haben, diese Strukturen nicht nur zu verteidigen, sondern gar auszubauen. Und: Sie haben auch die politische Macht, dieses zu tun, finden zudem teilweise Unterstützung auf der Seite derer, die sich zwar immer als Verteidiger bäuerlicher Interessen darstellen, aber das Gegenteil tun: Die (Agrar-)Politiker, die beispielsweise mit dem sog. Strukturgesetz einfach Großstrukturen als bäuerlich definieren.

Im Sommer 1984 hat der BUND die erste Fassung seines agrarpolitischen Grundsatzprogrammes vorgelegt. Darin hieß es u.a. in der Vorbemerkung, daß sich "unter dem Druck von technischem Fortschritt und übergeordneter gesamtwirtschaftlicher Zielsetzung ... ein schmerzhafter Strukturwandel vollzogen (hat) Die Entscheidungskriterien, nach denen sich die Agrarpolitik gestaltete, waren nicht landwirtschaftlicher Art. Nicht an den Leitlinien einer umweltverträglichen bäuerlichen Landwirtschaft, sondern an den Forderungen einer auf bloßes quantitatives Wachstum fixierten Wirtschaftspolitik richtete sich die Agrarpolitik aus. Oder verkürzt: Die bäuerlichen Interessen wurden den Interessen der Industrie untergeordnet... Es geht somit bei der Frage nach den agrarpolitischen Entscheidungen auch und vor allem um gesellschaftliche (ökonomische) Grundstrukturen."

Diese Sätze stimmen heute mehr denn je. Die Krise in der Landwirtschaft ist aus bäuerlicher und ökologischer Sicht keine rein agrarpolitische, sondern eine gesamtwirtschaftliche bzw. gesamtgesellschaftliche. Es kann nicht gelingen, eine bauern-, umwelt-, verbraucher- und Dritte-Welt-gerechte Agrarproduktion zu finden, wenn nicht auch in anderen Wirtschaftsbranchen grundlegende strukturelle Ände-



SONDERTEIL: DIE MILCH, DIE BAUERN UND DIE GENTECHNIK, TEIL 1

Ein Charakteristikum gerade kleinerer Milchviehbetriebe ist die Fütterung der Tiere mit Heu. Die Heuwirtschaft erfolgt auf den zum Teil noch bunten Wiesen, die sehr wertvolle Lebensräume für Tier- und Pflanzenarten darstellen. Je größer der Betrieb, desto größer ist die Tendenz, von der traditionellen Heuwirtschaft zur Silagewirtschaft überzugehen. Das bedeutet, daß das geschnittene Gras nicht mehr (zu Heu) getrocknet, sondern durch das Silieren konserviert wird. Die Wiesen, die zur Silagenutzung verwendet werden, werden intensiver mit Stickstoff gedüngt, was bereits die Artenzusammensetzung verändert. Zudem werden Flächen zur Silagenutzung früher gemäht, weit bevor die Gräser oder die Kräuter blühen. Auch dies hat Konsequenzen für den Naturhaushalt.

Die ökologisch verträglichste, aber betriebswirtschaftlich immer unrentabler werdende Milchviehhaltung ist sicherlich die mit Heuwirtschaft und Herdauftrieb, also weidende Kühe. Wer einmal durch Bayern fährt und die dort z.T. noch vorhandenen, kleinbäuerlich geprägten Landschaften mit denen Schleswig-Holsteins vergleicht, weiß, welchen landeskulturellen Beitrag eine kleinbäuerlich geprägte Landwirtschaft leistet. Doch solch verträgliche Nutzungsformen stehen genauso auf der Roten Liste wie viele bedrohte Tier- und Pflanzenarten. Biologisch wirtschaftende Bauern, die wieder verstärkt zur Heuwirtschaft tendieren und auch darauf achten, daß ein hoher Kräuteranteil im Grünland vorhanden ist, wissen, daß z.B. ihre Tierarztkosten zurückgehen; intensive Düngung der Flächen mit Stickstoff verdrängt diese Kräuter. Das heißt konkret, daß die Fütterungs- und Haltungsformen der Tiere nicht nur eine Relevanz für die Naturausstattung haben, sondern auch für die Gesundheit der Tiere. Doch auch in solchen Fällen verspricht die Chemie Abhilfe: Die Spritze oder das Gen ersetzt das Kraut. Eine durchaus realistische Vision, denn die Medizin und Chemie sind bekanntlich in den Ställen auf dem Vormarsch.

Und nicht nur dort: Man hat festgestellt, daß die Herstellung von Hartkäse (z.B. Emmentaler) immer problematischer wird, weil während der Reifephase plötzlich Nachgärungsprozesse einsetzen. Ursache: Silagefutter. Über das Futter selbst, aber auch z.B. über die Stallluft (wenn Silage im Stall gelagert wird) gelangt ein bestimmtes Bakterium in die Milch, welches diese Nachgärung verursacht. In "Silagemilch" gibt es davon bis zu 35 Sporen pro Milliliter, in "Heumilch" nur eine. Der

Käse wird mit bis zu zwei Sporen fertig, aber mit 35 nicht mehr. Nun besteht in Großmolkereien die Möglichkeit, dieses Problem technisch zu lösen, u.a. mit Bakteriofugen, mit hohem Nitrateinsatz etc. Aber: Es gibt auch die Möglichkeit, den Bauern für das "bessere Produkt", für die Heumilch, einen besseren, sprich höheren Preis zu zahlen. So etwas geschieht z.B. in einigen Bereichen des Allgäus, wo man den Bauern bis zu sechs Pfennig mehr pro Kilogramm für die Heumilch zahlt, die für die Produktion des bekannten Emmentaler Käses verwendet wird.

Oder besser zahlt. Denn die Emmentaler Produzenten geraten durch niederländische Konkurrenz mehr und mehr unter Druck. Die holländischen Methoden beim Leerdamer (folienreife) ist billiger, der "Allgäuer" zieht nach, die Milchpreise sinken.

Längst ist erwiesen, daß die Milch von Kühen, die sehr hohe Milchleistung haben, d.h. die durch Zucht, Fütterung und ggf. in Zukunft auch durch das Hormon BST, hohe Erträge abwerfen, qualitativ nicht so hoch einzuschätzen ist, wie von extensiv gemolkenen Tieren. In der Zeitschrift "Deutsche Milchwirtschaft" Nr. 24/1985 wird von der Preisverleihung des "Wilhelm-Stepp-Preises 1984" an den Münchener Wissenschaftler Dr. Winfried Tiemeyer berichtet. Tiemeyer hatte bislang unbekannte Milchbestandteile nachgewiesen und festgestellt, daß deren Gehalt mit zunehmender Milchleistung der Kühe zurückgeht. Die Abschlußfrage des Berichtes lautet: "Es stellt sich hierbei die Frage, ob eine Züchtung von Milchkühen nur auf hohe Milchleistung sinnvoll erscheint, wenn davon Beeinträchtigungen der Milchqualität ausgehen".

Dabei stellt sich die Frage: Was wird heute bei der Milch eigentlich als Qualität bezeichnet?

Als qualitativ hochwertig gilt eine Milch, die geringe Keimzahlen aufweist. Für den Verbraucher hat diese Keimzahl keine hohe Relevanz, wohl aber für die weiterverarbeitende Industrie: Sie will eine Keimzahl von 100.000 Keimen pro Milliliter (heute liegt man bei 300.000 bis 700.000) anstreben, um die Transportwege der Milch und ihre Lagerfähigkeit weiter verlängern bzw. erhöhen. Die Motivation hat mit Qualität im Positiven nichts zu tun, dahinter steckt vielmehr geschäftliches Interesse.

Aber: Die rechtlich fixierten Qualitätsnormen werden auch in vielen anderen Bereichen nicht am Verbraucherinteresse orientiert: Aussehen und Unversehrtheit, nicht Schadstofffreiheit oder Inhaltsstoffe bestimmen die Handels- und Güteklassen, das ist bei der Milch nicht anders als bei anderen Produkten. (Fortsetzung Seite 39)



rungen vollzogen werden D.h.: Es muß einerseits diskutiert werden über die Verknüpfung von Industrie und (Land)wirtschaft. Es muß zum anderen neu aufgearbeitet werden, welche Probleme der Wechsel unserer Gesellschaft hin zur Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft mit sich gebracht hat und noch mit sich bringen wird. Zu diesem Zweck wäre es durchaus ratsam, einige grundlegende Werke der 70iger Jahre (6) aus den Bücherregalen hervorzuholen. Die "Grenzen des Wachstums" werden, dies zeigt die Gegenwart, zu allererst in der Landwirtschaft sichtbar. Industrielle Methoden sind nun einmal nicht auf die Natur zu übertragen, denn die Natur basiert nicht auf linear steigenden Verbräuchen, auf ständigem Wachstum, sondern kennt ausschließlich geschlossene Kreisläufe.

Exkurs: Die Landwirtschaft als Teil des Wirtschaftssystems

Die heutige Abhängigkeit der Bauern von den vor- und nachgelagerten Agrarbereichen, aber auch von der Industrie insgesamt sind in vielen Publikationen beschrieben worden, selbst in den Agrarberichten. Aber selten wird deutlich gemacht, welche Rolle die Landwirtschaft für die Profitinteressen derer spielt, die am Gesamtwirtschaftssystem verdienen, besser: dieses System stützen, erhalten und entwickeln. Eine hervorragende historische Analyse zur Rolle der Landwirtschaft hat Niek Koning (7) geliefert. Koning beschreibt und beweist, daß aus den bäuerlichen Familienbetrieben heraus der Industrialisierungsprozeß der Landwirtschaft in der abgelaufenen Form nie hätte ausgelöst werden können. Das Kapital zog sich sehr früh aus der Landwirtschaft zurück und wanderte in die Industrie ab. "Der Proletarisierungsprozeß wurde wieder umgekehrt - Landarbeiter wurden wieder Bauern, der Familienbetrieb wurde nicht nur erhalten: er kam nun viel allgemeiner vor als vorher". Diese Familienbetriebe hatten aber viel zu wenig Mittel, um zu investieren und zu intensivieren, um also "Produktivitätsfortschritte" zu machen. Die Betriebe konnten auch keine Forschung betreiben, hatten keine Mittel für Flurbereinigungen, konn-

ten von sich aus also mehr oder weniger nichts anderes machen als in unserem heutigen Sinne "extensiv" und somit relativ naturschonend zu produzieren. Außerdem gab es nicht die Motivationen, ständig Erneuerungen in Form von "Fortschritten" einzuführen. Koning stellt fest, daß die freie Marktentwicklung in der Industrie für die Landwirtschaft zuerst sogar zur Folge hatte, daß dort die Produktivitätsentwicklungen gebremst bzw. gering gehalten wurden. Denn: das Kapital hatte sich ja aus der Landwirtschaft zurückgezogen. Aber: Die Wirtschaft - so wie sie derzeit ausgerichtet ist - war und ist abhängig von Investitionen, von Wachstum.

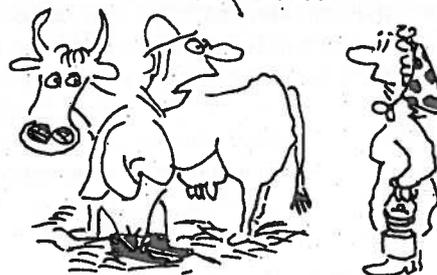
Geldflüsse steigern sollten und konnten z.B. die Arbeiter, die verstärkt von der Industrie auch auf dem Lande gesucht wurden (VW fuhr beispielsweise mit Lautsprecherwagen durch die Dörfer, um Arbeiter anzuwerben!). Die Arbeiter in der Industrie hatten das Interesse, höhere Löhne zu fordern, die Unternehmungen das Interesse, diese gering (und den Profit hoch) zu halten. Die Lösung: Die Preise für Nahrungs-

mittel mußten runter, um dadurch indirekt die Kaufkraft zu erhöhen. Die Landwirtschaft mußte auch ein höheres Potential an Arbeitskräften liefern, um die Industriearbeitsplätze besetzen zu können und um die neuen Industriearbeiter gegen die alten hinsichtlich ihrer Rechte und Forderungen ausspielen zu können.

Aus diesen Gründen hat der Staat quasi bis heute in die Produktivitätsentwicklung der Landwirtschaft massiv eingegriffen, zum Beispiel durch Flurbereinigungen, durch Preispolitik, durch einzelbetriebliche Förderung u.v.a.m. Auch heute noch gilt die Devise geringer Nahrungsmittelpreise zur Konjunkturbelebung bzw. -aufrechterhaltung im konventionellen Sinne, und nicht nur dazu sind Überschüsse vonnöten.

Gleichzeitig wurde aber die Landwirtschaft auch als Absatzmarkt der Industrie entdeckt, zum Beispiel für Traktoren, Landmaschinen, Melkanlagen, Boxenlaufställe, Düngemittel, Pestizide. Daß demnächst auch patentiertes Saatgut oder patentierte Tiere den

Tut mir leid, Milch kann ich Ihnen nicht verkaufen, weil die holt der Tankwagen der fährt sie aufn Bahnhof, von dort fährt sie mitn Zug in die Molkerei, dann holt sie der Lastwagen ab und führt sie in den Supermarkt und sie steigt dann ins Auto und fährt zum Supermarkt und dort kriegen S die Milch, weil dös is nämlich viel oanfacher





Landwirten angeboten werden, paßt in die Entwicklungen. Die Vorleistungen, die ein Landwirt tätigen muß, ehe er seine Ernte einbringen kann, d.h. die Aufwendungen für einzusetzende Betriebsmittel, steigen ständig, aber selbst die z.T. erzielten höheren Erntemengen bringen ihm keine höheren Einnahmen, da die erlösten Preise ständig zurückgehen.

Das Problem der Vorleistungen soll hier mit einigen Zahlen illustriert werden, sie zeigen, welch massives Interesse die Industrie an der Aufrechterhaltung der jetzigen Produktionsstrukturen hat. (Nicht ohne Grund wurde z.B. der "Industrieverband Agrar e.V." oder aber die "Fördergemeinschaft Integrierter Pflanzenbau" gegründet.)

Pflanzenbehandlungsmittelmarkt:

Der Weltmarkt für Pflanzenbehandlungsmittel hatte 1989 einen geschätzten Wert von 36,2 Mrd DM, bundesdeutsche Firmen sind daran maßgeblich beteiligt. (s. Abb.1 auf S.29)

Die in der Bundesrepublik abgegebene Wirkstoffmenge ist bereits oben dargestellt, rund die vierfache Menge (nämlich ca. 120.000 Tonnen Wirkstoffe) wird exportiert.

Die Chemie-Manager wollen weitere Märkte erschließen - wie es in der Wirtschaftssprache heißt. Die Politiker unterstützen dies z.T. kräftig, die EG hat 1990 beispielsweise 100 Mio. DM

für Pestizidlieferungen nach Polen bereitgestellt. Dort war, u.a. durch den Zusammenbruch der bisherigen großen staatlichen Betriebe, der Pestizidabsatz stark rückläufig. Ob in diesen Ländern, sowohl in Osteuropa, als auch in der Dritten Welt, eine Agrarproduktion unseres Stils aus Sicht z.B. auch der Arbeitsplatzhaltung einen Sinn macht, wird dabei anscheinend nicht bedacht.

Düngemittel:

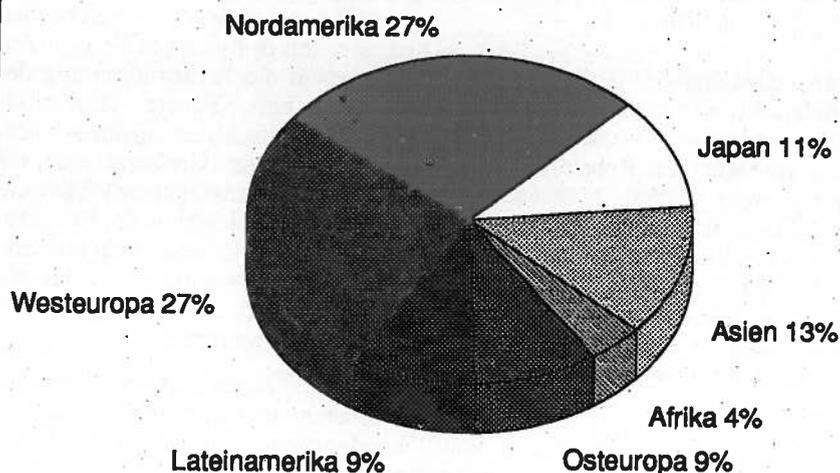
Nachholbedarf wurde auch bei Düngemitteln ausfindig gemacht. Die westdeutschen Bauern (ohne die fünf neuen Länder) verbrauchen mit 1,60 Mio t Stickstoffdünger (1987/88) fast genauso viel wie in ganz Afrika verstreut wird (1,885 Mio t) (8).

"Düngemittel sind eine wesentliche Voraussetzung für eine notwendige Steigerung der Nahrungsmittelproduktion, um die wachsende Weltbevölkerung zu ernähren", schreibt der Industrieverband Agrar. Daß in vielen Ländern aufgrund der unterschiedlichen Bevölkerungsdichte - als Beispiel sei abermals Polen genannt - die Erträge gar nicht so hoch sein müssen wie in der Bundesrepublik, um die Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu versorgen, verraten die Chemie-Vertreter

Zuerst düngen
dann diskutieren



Aufteilung des Weltpflanzenchutzmarktes nach Regionen (wertmäßig)





Düngemittel - Begrenzte Rohstoffe

Die Bodenvorräte sind um ein Vielfaches größer als die Lagerstättenvorräte

Die meisten Böden enthalten zwischen 0,2 bis 4,8 % Kalium (K) und 0,02 bis 0,15 % Phosphor (P). Das sind bei einer 20 cm dicken Ackerkrume 6000 bis 173000 kg K₂O/ha und 1400 bis 10 400 kg P₂O₅/ha. Böden mit 0,2 % K₂O sind sehr selten. Selbst Kieselschiefer und Muschelkalkverwitterungsböden haben noch 0,6 % und ein untersuchter Flugsand z.B. bei Celle noch 1,1 % Gesamtkalium, entsprechend 18.000 bzw. 33.000 kg K₂O/ha auf 20 cm Bodentiefe. Die meisten Böden liegen aber bei 1,5 bis 2,0 % Gesamtkaliumgehalt. Die bekannten Lagerstättenvorräte reichen laut der Studie "Global 2000" bei Kalium 84 bis 430 Jahre, je nach prognostizierter Zuwachsrate des Verbrauchs. Würden alle Landwirte der Erde die gleichen Düngeransprüche haben wie wir in den industrialisierten Ländern, so würden die Vorräte vermutlich kaum noch 80 Jahre reichen.

Kalium bildet in diesem Sinne kein Problem, da die Vorräte der Ackerkrume sehr groß sind. Die Pflanzen durchwurzeln nicht nur die Ackerkrume, sondern auch noch den Unterboden - auf tiefgründigeren Böden bis über 1 Meter. Die Vorräte im Einflußbereich der Wurzeln erhöhen sich dann um den Faktor 5, d.h. auf bis zu mehrere 100.000 kg pro ha für die meisten Böden.

Die Phosphatvorräte der Böden sind im Verhältnis zu Kalium eher als gering anzusehen. Trotzdem ist in den oberen 20 cm Ackerkrume der Erde noch 17- bis 50mal mehr Phosphat vorhanden als in allen Lagerstätten zusammen, wie eine globale Phosphatbilanz von Pierou, Schweden, nachweist. D.h., wir müssen mittelfristig ohnehin von den Bodenvorräten leben, da sie um ein Vielfaches größer sind als die Lagerstättenvorräte.

Das einfache Prinzip des Nährstoffersatzes aus Lagerstättenvorräten läßt sich nur eine kurze Zeit durchführen und stellt langfristig keine Lösung der Nährstofffrage dar. Wir müßten schon bald Phosphor und Kalium aus den Gesteinen extrahieren und anreichern. Etwas anderes tun die Pflanzen und Mikroorganismen durch die aktive Nährstoffmobilisierung aber auch nicht. Bezieht man eine nicht zu vermeidende Bodenerosion in diese Überlegungen mit ein, so wandern langsam die Minerale des Unterbodens in den Einflußbereich der Pflanzenwurzeln und stehen zu ihrer Ernährung zur Verfügung. Die verwitterten Minerale werden mit der Zeit abgeschwemmt. Unter der Annahme eines Nettoentzuges von 30 kg K₂O/ha und Jahr in einer Fruchtfolge und 30.000 kg K₂O in der Ackerkrume wäre eine Erosion von 0,1 mm pro Jahr ausreichend oder in 100 Jahren nur 1 cm. Leider wird dieser Wert in vielen Landschaften um ein Mehrfaches überschritten.

Quelle: (10)

nicht. Die Welt-Bevölkerung wäre durchaus mit biologischen Landbaumethoden zu ernähren - nur stimmen dann eben die Unternehmensbilanzen nicht.

Auch die Umsätze der Futtermittelwirtschaft können sich sehen lassen. Betrugen die Ausgaben für Futtermittel 1960 ca. 3,1 Mrd. DM (wobei die Hälfte über Futtermittelhändler verausgabte wurde), so lagen sie 1985 schon bei 11,5 Mrd. DM (10 Mrd. über Futtermittelhändler) und 1990 bei knapp 16 Milliarden DM. (9)

Problematische Tierzucht

Auch andere Zuchtprogramme in der Tierzucht verstärken durch ihre enge Auswahl und ihre Beschränkung auf wenige Elterntiere die Abhängigkeiten der Bauern. Weitere Folgen sind große Inzuchtprobleme und genetische Verarmung. In der Rotbund-Zucht stammen bereits 80 % der Tiere aus nur zwei Vaterlinien. Stellt sich hier nach Generationen ein Erbfehler ein, sind die Folgen für die Zucht nicht zu übersehen.

Bei dem sog. Basisybridzuchtprogramm in der Schweinezucht war ein wesentliches Kriterium, welche Vaterlinie sich besser für die computergestützte Klassifizierung eignet; tier-spezifische Gesichtspunkte waren wichtig.

Die industrialisierte Landwirtschaft: In der DDR bereits gescheitert

Aber der Landwirt ist nicht nur zum Abnehmer von Produkten einer wachsenden Industrie geworden, er soll auch verstärkt als Rohstofflieferant herangezogen werden. Maßgeschneidert - die Gentechnologie wird das ihre dazu beitragen - werden die "nachwachsenden Rohstoffe" sein, die der Bauer der Industrie zu liefern hat; genauso maßgeschneidert wie die Spritz-, Dünge- und Erntepläne, die vom Abnehmer bestimmt werden.

Die "Agrar"politiker wissen von dieser Entwicklung nur zu gut. Opfer dieser Entwicklung ist nicht nur der Landwirt selbst, der immer stärker un-

ter Druck gerät und entweder wächst oder weicht; Opfer sind auch - wie im ersten Teil gezeigt - die Umwelt und die Menschen in der Dritten Welt.

Diese für die Bundesrepublik und die EG zu beobachtende Entwicklung hat es, vielleicht sogar im stärkeren Maße, auch in der ehemaligen DDR gegeben; mit einer (ideologischen) Motivation, die sich zwar vor der unterschied, die in der EG auszumachen ist, aber mit den gleichen Folgen: Am Ende stand die Industrialisierung der Landwirtschaft, Bauern verschwanden, Umweltschäden mehrten sich. Am Ende standen Großstrukturen, die noch um eine Zehnerpotenz größer waren, als die, die derzeit in der EG anzutreffen sind. Es ist wohl nicht übertrieben, wenn festgestellt wird, daß die Ausrichtung der DDR Agrarpolitik mit der der EG übereinstimmte.

Beide Agrar-Systeme bejahen Wachstum und Industrialisierung der Landwirtschaft. Der Unterschied zwischen der BRD und der ehemaligen DDR liegt lediglich darin, daß diese Entwicklung in der ehemaligen DDR



brutaler durchgesetzt wurde und weiter fortgeschritten war.

Wer aus den agrarpolitischen Aussagen der SED einmal die ideologisch gefärbten Phrasen streicht und den Parteinamen schwärzt, wird Schwierigkeiten haben festzustellen, aus wessen Feder diese Aussagen geflossen sind. (s. Kasten unten)

Daß die DDR "gescheitert" ist, davon hatte nicht zuletzt das in vielen Bereichen kollabierende Agrarsystem seinen Anteil. Ein solcher ökologischer und ökonomischer Kollaps steht der in-

dustrialisierten Landwirtschaft im Westen noch bevor, er kündigt sich aber bereits (z.B. in den USA oder den Niederlanden).

In der BRD gehen jeden Tag ca. 70 Betriebe in Konkurs, in der EG schließt alle zwei Minuten ein landwirtschaftlicher Betrieb. In der ehemaligen DDR sollen von ca. 860.000 Arbeitskräften weit mehr als 500.000 die Landwirtschaft "verlassen".

Dieser Strukturwandel - wie dieser Prozeß harmlos umschrieben wird - soll auch in anderen Ländern stattfinden.

den, z.B. in Polen (wo nach wie vor kleinbäuerliche (Privat)betriebe existieren). Die Landwirtschaft Polens auf die Größenstruktur der (alten) Bundesrepublik gebracht - das würde für mehr als 1,6 Millionen Betriebe das "Aus" bedeuten.

"Strukturwandel" ist nicht einfach gleichzusetzen mit dem so häufig polemisch gebrauchten Schlagwort "Bauernsterben". Zum Strukturwandel gehört das Wachstum in größere Produktionseinheiten, die Spezialisierung auf bestimmte Betriebszweige, das Aufspüren und Be-

Das SED Agrarprogramm:

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands verfolgt in ihrer Agrarpolitik zwei eng miteinander verknüpfte Ziele:

In der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft die Produktion und deren Effektivität systematisch zu erhöhen, um eine stabile, sich stetig verbessernde Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Nahrungsmitteln und der Industrie mit Rohstoffen zu sichern; die Lebensbedingungen des Dorfes denen der Stadt anzunähern, um die wesentlichen Unterschiede zwischen Stadt und Land allmählich zu überwinden. Das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus, das bedeutende Wachstum der Produktivkräfte, insbesondere die Fortschritte in Wissenschaft und Technik, sowie die Weiterentwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse auf dem Lande verlangen objektiv, die landwirtschaftliche Produktion weiter zu intensivieren und industriemäßige Produktionsmethoden anzuwenden. Die Arbeit in der Landwirtschaft wandelt sich aufgrund der Anwendungen industrieller Produktionsmethoden: Sie verlangt eine hohe allgemeine und fachlich spezialisierte Bildung.

Die gesunde Ernährung des Volkes mit hochwertigen Nahrungsmitteln und die Versorgung der Industrie mit Rohstoffen erfordern ein stetiges Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion, zugleich auch eine Verbesserung der Qualität der Produkte und der Produktionsstruktur. Das ist auf die Dauer nur durch die weitere Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit und die Herausbildung großer Produktionseinheiten auf der weiteren Festigung des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Genossenschaftsbauern zu gewährleisten. Diese Produktionseinheiten zeichnen sich durch ein hohes Niveau der Konzentration, der Spezialisierung, der horizontalen und vertikalen kooperativen Beziehungen aus. Deshalb ist die Agrarpolitik der SED darauf gerichtet, Schritt für Schritt die Erzeugung pflanzlicher und tierischer Produkte nach dem Prinzip industrieller Produktion umzugestalten und den planmäßigen Übergang zu

industriemäßigen Produktionsmethoden mit dem höchstem Nutzen für die gesamte Gesellschaft zu vollziehen. Auf diesem Wege wird in der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft die wissenschaftlich-technische Revolution am besten mit den Vorzügen der sozialistischen Gesellschaftsordnung verbunden.

Die SED ist bestrebt, dabei die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und die volkseigenen Betriebe der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft weiter zu festigen und die Zusammenarbeit der sozialistischen Landwirtschaftsbetriebe, der Verarbeitungsbetriebe und des Handels ständig zu entwickeln. Die Vertiefung der Kooperationsbeziehungen ist ein Wesenszug der Agrarpolitik der Partei. Die Kooperation eröffnet ständig die Möglichkeit, um mehr, besser und billiger landwirtschaftliche Erzeugnisse zu produzieren, zu verarbeiten und dadurch das Niveau der Versorgung der Bevölkerung stetig zu verbessern....

Die weitere Umgestaltung der Landwirtschaft nach dem Beispiel und den Methoden der industriellen Produktion ist gesetzmäßig von einer immer engeren Verflechtung mit anderen Zweigen der Volkswirtschaft begleitet, die direkt oder indirekt an der Nahrungsgüterproduktion teilnehmen. Das gilt vor allem für solche Bereiche, die landwirtschaftliche Produktionsmittel herstellen oder landwirtschaftliche Erzeugnisse verarbeiten, lagern oder verkaufen. So vollzieht sich die bereits von Karl Marx vorausgesagte "neue, höhere Synthese, des Vereins von Agrikultur und Industrie".

Auf diesem Wege bildet sich schrittweise der volkswirtschaftliche Agrar-Industrie-Komplex heraus, der auf effektivste Weise landwirtschaftliche Erzeugnisse, vor allem Nahrungsmittel, produziert. Dabei entstehen einheitliche technologische Ketten von der Produktion über die Verarbeitung bis zum Absatz. Es ist notwendig, die Herausbildung des volkswirtschaftlichen Agrar-Industrie-Komplexes im Interesse des ganzen Volkes immer besser zu leiten und zu planen"

QUELLE: (11)



setzen von Marktnischen, das Erschließen neuer Einkommensquellen, sei es innerbetrieblich durch das Angebot landwirtschaftsnaher Dienstleistungen, sei es außerbetrieblich durch die Aufnahme einer außerlandwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit und natürlich die Aufgabe von Betrieben in der Generationenfolge“.

Bundeslandwirtschaftsminister
Kiechle, (12)

Viele Hofbesitzer, die noch vor 10 Jahren glaubten, eine dauerhafte Existenz zu haben, mußten aufgeben bzw. stehen am Existenzminimum, leben von der Substanz ihrer Höfe. Und dieser wahnwitzige, von der Politik bewußt gewollte Prozeß - geht weiter. Weil nämlich Politik und Gesellschaft der Landwirtschaft heute nur noch eine Funktion zuschreiben: nämlich möglichst billig Rohstoffe zu produzieren. Rohstoffe, die von der Lebensmittelindustrie oder - im Fall der nachwachsenden Rohstoffe - von der chemischen und pharmazeutischen Industrie zu Billigpreisen verlangt werden, deren Weiterverarbeitung mit minimalem Aufwand geschehen soll: So gibt es in Italien schon Ketchup-Tomaten, die einen Druck von mehr als 11 Kilogramm standhalten, damit sie per Mähdrösch geerntet werden können. Der Absatz der Produkte der Lebensmittelindustrie wird vielfach subventioniert, und dies wird fälschlicherweise als Agrarsubvention bezeichnet.

Ein Beispiel dafür, daß als Landwirtschaftssubventionen bezeichnete Gelder häufig in ganz andere Kanäle fließen, bietet derzeit der Bereich der nachwachsenden Rohstoffe, die den Bauern neue Absatzmärkte versprechen sollen. Um das Überschußprodukt Zucker (Selbstversorgungsgrad in 1985 147 %) der chemischen und pharmazeutischen Industrie als "Rohstoff" schmackhaft zu machen, hat die EG-Kommission sich auf Druck der genannten Industriezweige etwas einfal- len lassen:

Sie bietet ihnen Zucker statt zu EG-Preisen zu deutlich niedrigeren Weltmarktpreisen an. Die deutsche chemische Industrie hat sich daraufhin bereit erklärt, statt wie bisher 60.000 Tonnen künftig ca. 500.000 Tonnen Zucker abzunehmen, ein Mehr von 440.000 Tonnen. Aber: Der EG-Interventionspreis

von Zucker (1387,70 DM pro Tonne, Stand Juni 1988) muß auf Weltmarktpreisniveau (ca. 400,— DM pro Tonne) heruntersubventioniert werden - eine Differenz von rund 434 Millionen DM pro Jahr: Eine Subvention, die der chemischen Industrie und nicht den Bauern zugute kommt, die aber als Agrarsubvention tituliert wird.

Beispiel Milchpulver:

Daß Mitte der 70iger Jahre die Magermilchpulverproduktion einen enormen Schub erfahren hat, lag nicht daran, daß die Milchproduktion plötzlich in die Höhe geschneit ist oder daß sich der Absatzmarkt verändert hatte. Die Ursache war die staatliche Förderung beim Bau von Anlagen für die Magermilchpulverherstellung (Sprühtürme). Gleichzeitig wurde die Intervention bei Magermilchpulver eingeführt, d.h., es wurden Garantiepreise für Magermilchpulver etabliert. Doch die angekündigten Einkommensverbesserungen für die Landwirte blieben aus. Die großen Molkereien, die z.B. Sprühtürme gebaut haben und speziell für die Intervention arbeiten, zahlen keineswegs den Landwirten die besten Auszahlungspreise, wie es immer wieder dargestellt wird. Das Versprechen der Politiker und der Industrie, diese Investitionspolitik werden Nutzen für die Bauern bringen, erweist sich im nachhinein als Lüge.

Beispiel Zuckermarkt:

Auf dem Zuckermarkt gibt es mit dem Instrument des Quotensystems die Möglichkeit, die Produktion relativ wirkungsvoll an der Nachfrage zu orientieren, und so Überschüsse gar nicht erst entstehen zu lassen. Dennoch stieg der sogenannte Selbstversorgungsgrad bei Zucker von 10 % im Jahr 1973 auf 147 % im Jahr 1982. Poppinga/Schmidt (13) zitieren einen Bericht des hessischen Landwirtschaftsministers über das Zuckerwirtschaftsjahr 1984/85:

"Trotz der weltweiten Überschußsituation, die niedrige Preise bei schlechten Absatzmöglichkeiten ... erwarten ließ, trotz der hohen Lagerbestände in der EG und trotz des rückläufigen innergemeinschaftlichen Verbrauchs wurden 1984 sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch in der Gemeinschaft die Anbauflächen

für Zuckerrüben nach der 1982 und 1983 vorgenommenen Reduzierung wieder erweitert. Von wesentlichem Einfluß hierauf waren die niedrigen Rüben- und Zuckererträge der Ernte 1983, die zu ungünstigen Betriebsergebnissen in der Zuckerindustrie führten, so daß zwecks möglichst rationaler Kapazitätsauslastung der Zuckerfabriken eine weitere Verringerung der Anbaufläche für nicht ratsam gehalten wurde."

Poppinga und Schmidt kommen zu dem Ergebnis, daß es für die Lösung der Überschüsse auf dem Zuckermarkt keiner neuen Vorschläge und keiner neuen Reformmodelle bedarf, sondern einer stringenten Analyse der Gründe, warum trotz der vorhandenen Interventionsmöglichkeiten diese enorme Überschüßentwicklung eingetreten ist. Ihre Schlußfolgerung: Über die Interessen der Agrarwirtschaft muß man reden.

Der Großteil der Bauern ist von der Entwicklung genauso betroffen wie die Umwelt und die Verbraucher auch. Auf ihrem Rücken wird diese Politik ausgetragen. Oftmals hört man, daß die betriebene Politik im Agrarsektor den Landwirten "Anreiz" zu mehr Produktion geliefert hat. Reizen mag man sich entziehen können, Zwängen nicht. Es mag Anreiz für die Betriebe, die mehr oder weniger direkt von dem System profitieren, gewesen sein, weiter zu intensivieren und zu investieren, jene Betriebe also, die auch heute in der Landwirtschaft 100.000 und mehr DM pro Jahr verdienen können. Für die Mehrzahl der landwirtschaftlichen Betriebe aber bedeutet die Agrarpolitik den Zwang, auf Massenproduktion zu setzen, um bei niedrigen Preisen überhaupt noch ein Einkommen erwirtschaften zu können.

Ziel der Landwirtschaft ist es, wie das jedes anderen Wirtschaftszweiges auch, Geld zu verdienen. Von sich aus, quasi als Selbstverpflichtung, werden weder soziale noch ökologische Belange in dem Maße berücksichtigt, wie es erforderlich wäre. Wichtige soziale Fragen sind dank der Gewerkschaftsbewegung schon weit mehr berücksichtigt, als dies bei ökologischen Fragen der Fall ist. So wie soziale Regelungen (z.B. Verbot der Kinderarbeit, 40-Stunden-Woche o.ä.) erkämpft



wurden, sind jetzt Regelungen für den ökologischen Rahmen erforderlich. Und diesen Rahmen muß die Politik, muß die Gesellschaft setzen und definieren. Das Preisdiktat, dem die Landwirtschaft heute ausgesetzt ist, macht es den Bauern unmöglich, ökologische (oder soziale) Belange aufzugreifen. So wie sich die Bauern mit 70 oder 80 Wochen-Stunden selbst ausbeuten (müssen), sind sie zudem gezwungen, die Umwelt auszubeuten.

Die Agrarberichte machen jedes Jahr auf neue deutlich, daß viele Betriebe mit einem Jahres-Einkommen von 8.000 bis 10.000 DM auskommen müssen. Viele Bauern leben von der Substanz ihrer verschuldeten Betriebe, sie leben oft unter dem Sozialhilfesatz und müssen - wenn es denn gar nicht mehr geht - aufgeben. Dabei sind gerade diese Betriebe nicht verantwortlich für die Überschußproduktion. Denn, so stellt der EG Agrarkommissar MacSharry fest: nur 6% der Getreidebetriebe bewirtschaften 50% der Getreidefläche und produzieren 60% des anfallenden Getreides. 15% der Milchbetriebe produzieren die Hälfte der EG Milchmenge, 10% der Rindfleischbetriebe erzeugen die Hälfte des EG Rindfleisches. Für diese angeblich "leistungsfähigen" Betriebe wird bislang die Politik gemacht. Die anderen müssen sich eine außerlandwirtschaftliche Alternative suchen. Doch die Politiker, die auch heute noch den Strukturwandel als Gesundenschumpungsprozeß der Landwirtschaft bezeichnen, können den Betroffenen nicht mehr sagen,

wo angesichts von ca. 2 Millionen Arbeitslosen die Alternativen zu suchen sind. Und noch weniger können sie sagen, wie sich unser westliches Wirtschaftssystem auf der ganzen Welt etablieren soll, ohne daß dies zum ökologischen bzw. sozialen Kollaps führen würde. Das Dilemma ist, daß das betriebene Wirtschaftssystem von Wohlstand und Fortschritt erfolgreich ist - kurzfristig betrachtet; existenzgefährdende Schäden stellen sich erst später ein, wenn die heutigen Entscheidungsträger längst nicht mehr in der Verantwortung stehen. Es ist nicht leicht, die Überlegungen von Umweltschützern, die die Belange nachfolgender Generationen berücksichtigen, denen nahezubringen, deren Entscheidungshorizont durch Geschäftsbilanzen oder Legislaturperioden bestimmt wird.

Diese fatale Situation in der Landwirtschaft, hervorgerufen durch den ökonomischen Druck, würde sich durch die geplanten GATT-Vereinbarungen noch einmal verschärfen. Um es klar zu machen: Der BUND will nicht die derzeitige Agrarpolitik verteidigen. Der Wahnsinn, der per Exporterstattungen betrieben wird, muß ein Ende haben. Wir sind somit ganz eindeutig für die Streichung der Exporterstattungen, von denen ohnehin die Bauern am wenigsten profitiert haben. Wir sind dafür, daß die EG den "Weltmarkt" nicht belasten wird. Wir sind aber auch dafür, daß Nationen, die den Weltmarkt nicht belasten, für sich in Anspruch nehmen dürfen, ihre Landwirtschaft, die für die Kultur und Natur

des Landes unverzichtbar ist, vor solchen Agrarproduzenten zu schützen, die aus welchen Gründen auch immer ihre Ware billig auf dem Weltmarkt verschleudern. Sei es, weil dort Menschen oder Umwelt noch stärker ausgebeutet werden als bei uns (Stichwort: Öko-Dumping), sei es, weil dort klimatisch bessere Produktionsvoraussetzungen existieren, sei es, weil die Regierungen stark subventionierte Agrarexporte als machtpolitisches Instrument einsetzen. Wie sagte doch der ehemalige US-Landwirtschaftsminister Block: "Unsere Weizenexporte sind so wichtig wie die Atombombe".

Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle (CSU) hat die Zielsetzung der Verhandlungen zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen GATT als "falsch" bezeichnet.

Wenn der internationale Wettbewerb durch eine Senkung der EG Subventionspreise weiter gelockert werde, ändere das nichts an dem "Ur-Übel", daß am Weltmarkt zuviel Agrarprodukte unter den Entstehungskosten angeboten würden, sagte Kiechle in München. Auch bei verschärftem Wettbewerb werde die gleiche Menge oder sogar noch mehr produziert. Die weitere Liberalisierung des Agrarmarkts stehe im Gegensatz zu Interessen der Verbraucher, die immer mehr Wert auf möglichst chemiefreie Produktion und artgerechte Tierhaltung legten. Es beeinträchtige die Wettbewerbsfähigkeit der Bauern, wenn sie zunehmend auf den Schutz von Boden, Wasser und Luft achteten. "Ich fürchte, wir gehen den falschen Weg, aber ich kann es nicht ändern", sagte Kiechle zu den GATT Verhandlungen" (14)

Bei den GATT-Verhandlungen geht es der Bundesrepublik weniger um den Schutz der Landwirtschaft, die durch den sog. freien Welthandel noch weiter gefährdet wird, als um ganz andere Interessen. Ein Kommentar in der FAZ (15) bringt es auf den Punkt:

"Wenn die Gemeinschaft sich nicht zu einer wesentlichen Reform ihrer Agrarpolitik (Importschutz, Exportsubvention, inländische Stützungsmaßnahmen) bereit findet, setzt sie den freien Welthandel aufs Spiel und löst Handelskriege auf Märkten aus, auf denen sie ihre wichtigeren Industrieer-

Das Gerede vom EG Garantipreis, der den Bauern nützen soll

Es ist schon lange kein Geheimnis mehr, daß es so gut wie keine Garantipreise für die Produkte der Bauern gibt. Es gibt für die Rohmilch, die der Landwirt anliefert, lediglich einen unverbindlichen "Richtpreis", eine angestrebte Preisvorstellung. Dieser Richtpreis weicht von den Auszahlungen, die die Landwirte von den Molkereien erhalten, in der Regel erheblich ab. Für Butter und Magermilch dagegen, also für Verarbeitungsprodukte der Molkereien, existieren die garantierten Subventions- bzw. Interventionspreise. Nicht für Rüben, sondern für Zucker gibt es staatliche Garantipreise, und Zucker ist das Produkt der Weiterverarbeitungsindustrie, nicht der Landwirte. Für Fleisch in Dosen existieren Interventionspreise. Lediglich für Weizen werden Garantipreise gezahlt. Dieser Preis ist aber nur für relativ wenige Bauern von Bedeutung, weil nur wenige Betriebe - als sogenannte Marktfruchtbetriebe - Weizen auf dem Markt verkaufen. Der größte Teil der Bauern verfüttert Getreide und lebt vom Verkauf von Milch, Fleisch etc.



zeugnisse und Dienstleistungen zu verkaufen pflegt."

Es ist nicht das Bestreben der Agrarpolitik, die umweltverträgliche, auf Ressourcenschonung ausgerichtete bäuerlich-ökologische Landwirtschaft zu erhalten, ganz im Gegenteil. Ihr Kriterium ist "Leistungsfähigkeit", und als leistungsfähig wird das definiert, was ökonomisch im Sinne unserer heutigen Wirtschaftsform profitabel ist; auch wenn es hoch subventioniert wird. Dies wird auch aus der Koalitionsvereinbarung deutlich, die CDU/CSU und FPD zu Beginn der 12. Legislaturperiode des Bundestages Anfang Januar 1991 ausgehandelt haben.

Bundesarbeitsminister Blüm, aus dessen Haus das sog. "Vorruhestandsgesetz für Landwirte" kommt, schreibt in der Begründung dieses Gesetzes, daß die Beschlüsse des EG-Gipfels von Brüssel vom Februar 1988, auf dem z.B. Flächenstillegungsmaßnahmen beschlossen wurden, speziell für kleinere Betriebe und für Betriebe in "strukturschwachen" Regionen zu großen wirtschaftlichen Problemen führen werden. Dabei verließen die Verlautbarungen nach dem Sondergipfel das Gegenteil: gerade kleinbäuerliche Interessen würden berücksichtigt. Blüms Lösung: Die Bauern sollen sich nicht mehr quälen, sondern ihren Beruf früher an den Nagel hängen.

3. Welche Zukunft hat die Landwirtschaft unter den gegebenen Bedingungen?

Es ist Ziel der bundesdeutschen und der EG-Agrarpolitik, einige wenige (leistungsfähige) Betriebe für den EG- und Weltmarkt zu rüsten. Der Rest soll und wird sterben, einigen soll noch im Bereich der nachwachsenden Rohstoffe ein neuer Markt eröffnet werden. Aber: All das hat mit Landwirtschaft im bäuerlich-traditionellen Sinne nichts zu tun, die Entwicklung geht hin zur Agrarindustrie, Bauern stören da nur.

Im Rahmen der Arbeit der Enquete-Kommission "Gestaltung der technischen Entwicklung; Technologiefolgenabschätzung und -bewertung" des

Deutschen Bundestages befaßten sich Experten auch mit den Entwicklungen im landwirtschaftlichen Bereich. Sie malten für den Fall der Beibehaltung der derzeitigen Wachstumpolitik ein düsteres Bild für die deutschen Bauern, aber auch für unsere Landschaft. "Allein bei einer Umstellung auf ökologischen Landbau und einer Regionalisierung der Landwirtschaft beziehungsweise bei einem weiteren Ausbau der Subventionen sei zu erwarten, daß die Zahl der Beschäftigten auf dem heutigen Niveau gehalten werden könne", resumierte die "Woche im Bundestag" unter der Überschrift "Die Zukunft der Landwirtschaft ist nicht rosig" (16).

In zwei Studien im Rahmen der Enquete-Kommission (Prof. Henrichsmeyer/Prof. Bossel) werden vier mögliche Entwicklungspfade diskutiert. Für den Fall der Orientierung der Agrarpreise am Weltmarktniveau, und dieser Weg zeichnet sich derzeit - auch mit der Vorlage des (angeblichen) Reform-Papiers von EG-Kommissar Mac Sharry ab - würde die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten stark abnehmen. Soziale Härten würden für viele Landwirte nicht ausbleiben. In beiden Studien wird als Szenario eine Verringerung der landwirtschaftlichen Anbaufläche um rund ein Drittel (in der alten Bundesrepublik) erwartet; dagegen sei auf guten Ackerböden eine (weitere) Steigerung der Ausbeute zu erwarten. Die Studie von Prof. Bossel kommt zu dem Ergebnis, daß ein solcher Weg den Grad der Selbstversorgung soweit reduzieren könnte, daß die Versorgung der Bundesrepublik bei internationalen Krisen gefährdet sein könnte.

Die Auswirkungen der drei weiteren Wege wären:

Binnenmarktorientierte Agrarpolitik:

In diesem Modell gehen die Experten davon aus, daß die Senkung der Agrarpreise beziehungsweise der Abbau der Agrarprotektion und der Subventionen nur allmählich und langfristig erfolgt. Schutzmaßnahmen für die Landwirtschaft würden nur soweit abgebaut werden, bis das Angebot mit der Binnenmarktnachfrage übereinstimmt.

Wegen des Abbaus der EG-Überschüsse erwartet die Henrichsmeyer-Studie einen Anstieg der EG-Agrarpreise von 5 bis 15 Prozent. Aber auch bei diesem Szenario würden die Einkommen in der Landwirtschaft und die Zahl der Landwirte abnehmen. Die Bossel-Studie geht für diesen Weg von einem Rückgang der landwirtschaftlich genutzten Fläche um ein Drittel aus.

Quotenregelung und staatliche Protektion:

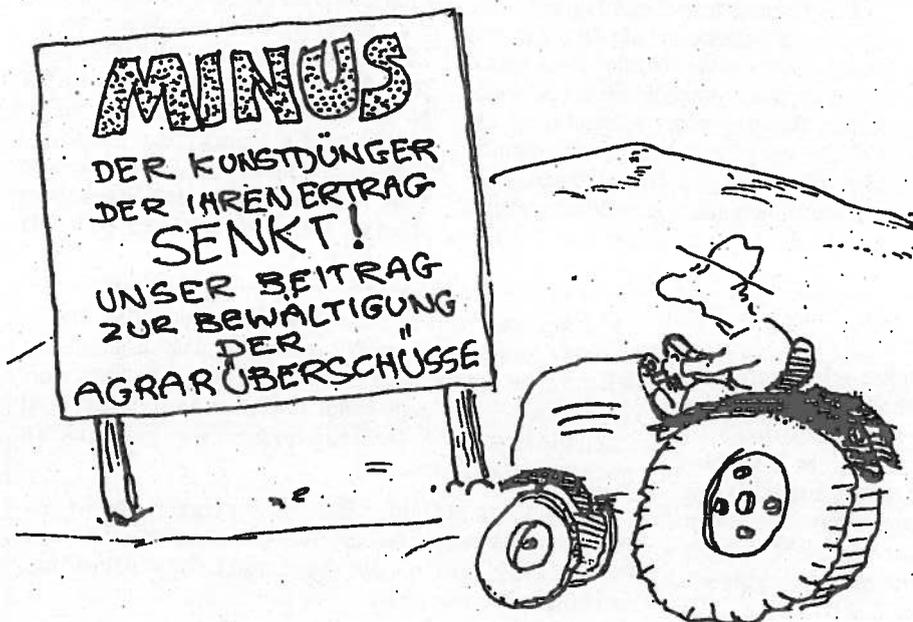
Dieser Entwicklungspfad schlägt vor, die Einkommen für landwirtschaftliche Familienbetriebe zu sichern und die derzeit bewirtschaftete Fläche größtenteils zu erhalten. Durch Quotenregelungen soll Überschußproduktion verhindert werden.

Für diesen Weg dürften vor allem unter den Landwirten Anhänger zu finden sein, schreiben die Sachverständigen. Damit würde die Landwirtschaft noch stärker von der Verwaltung abhängig gemacht. Diese Politik verhindere weitgehend den Strukturwandel in der Landwirtschaft, kritisiert Henrichsmeyer. Auch bei diesem Entwicklungspfad wäre kaum zu erwarten, daß auf Dauer ein geringeres Produktionswachstum durch Preissteigerungen aufgefangen werden könnte. Daher würden die durchschnittlichen Einkommen sinken.

Die Bossel-Studie ergänzt, daß auch die Zahl der Betriebe stark zurückgehen würde; die Zahl der Beschäftigten würde durch Verwaltungseingriffe auf einem mittleren Niveau gehalten werden.

Regionalisierung der Landwirtschaft:

Dieser Entwicklungspfad setzt auf eine regionale Differenzierung in der Agrarpolitik. Erzeuger und Verbraucher sollten nicht zu weit voneinander entfernt leben und arbeiten. Die heutige landwirtschaftliche Nutzfläche würde sich kaum verringern, so die Berechnungen der Wissenschaftler. Im Hinblick auf Umweltverträglichkeit sei dieser Weg am günstigsten zu beurteilen. Allerdings würde die Bundesrepublik dabei tendenziell aus dem internationalen Agrarhandel ausscheiden.



Atomkraft oder ohne Gentechnik kann eine Gesellschaft auf jeden Fall existieren, dies zeigt nicht nur die Vergangenheit.

Es gibt heftige Diskussionen um die Frage, was denn überhaupt "umweltverträgliche Landwirtschaft" sei. Eine unseres Erachtens sehr brauchbare Definition hat die Steuerungsgruppe "Aktionsprogramm Ökologie" erarbeitet:

Landwirtschaft kann als umweltverträglich bezeichnet werden, wenn sie folgende Anforderungen erfüllt:

- Pflanzliche und tierische Produkte sind frei von schädlichen Rückständen und Kontaminationen.

- Die Bewirtschaftung sichert nachhaltig die Bodenstruktur, die Bodenbiologie und die Bodenfruchtbarkeit; sie gewährleistet nachhaltig deren Regenerationsfähigkeit.

Sie verhindert die Bodenerosion und erhält typische Landschaftselemente.

- Es erfolgen keine Belastungen des Grundwassers und der Oberflächengewässer durch landwirtschaftliche Tätigkeiten.

- Es werden die Belästigungen durch Geruch und Lärm vermieden, und die Luft wird nicht mit Schadstoffen belastet.

- Es werden die wildlebenden Pflanzen- und Tierarten sowie die wertvollen Biotope und Landschaftselemente nach den Ansprüchen des Arten- und Biotopschutzes gesichert.

Quelle: (17)

Die Gesellschaft ist jetzt aufgerufen zu definieren, welche Funktion Landwirtschaft haben soll. Soll sie industriell betrieben werden, um möglichst billig Rohstoffe zu produzieren, wobei zwangsläufig ökologische und soziale Belange in den Hintergrund treten? Oder soll eine radikale Wende vollzogen werden, um zukünftig eine Landwirtschaft zu betreiben, deren Ziel es auch ist, Landschaften zu erhalten, gesunde, hochwertige Nahrungsmittel zu produzieren, ländliche Räume zu erhalten und zu stärken, Wasser, Boden und Luft zu schonen und Tiere nicht

Die Experten nehmen an, daß sich ein erhöhtes Preisniveau für Nahrungsmittel durchsetzen ließe, wenn diese zunehmend aus einer ökologischen Landwirtschaft stammten. Heinrichsmeyer kritisiert an diesem Szenario, es wäre ein Rückschritt für die europäische Integration und würde in Richtung Autarkie führen. Der deutsche Agrarmarkt würde aus dem europäischen Binnenmarkt herausgelöst. Von einer solchen "Stärkung der regionalen Selbstversorgung" wird erwartet, daß die derzeitige Fleischversorgung nicht aufrechtzuerhalten wäre: Lebensmittel würden teurer werden, dafür würde die Umwelt weniger strapaziert.

Soweit die Ergebnisse der Untersuchungen im Rahmen der genannten Enquete-Kommission.

Für den BUND ist klar: Für die Frage der Erhaltung unserer Kulturlandschaft hat die bäuerliche Landwirtschaft einen ganz zentralen Stellenwert. Die Lebensgrundlagen aller Menschen auf diesem Planeten sind nur zu erhalten, wenn die Landwirtschaft ökologisch ausgerichtet wird. Dies ist ohne gewisse Formen von politischer Steuerung (was im einzelnen darunter zu verstehen ist, s. Teil 4) nicht zu gewährleisten. Keine Gesell-

schaft, keine "Kultur" kann auf Landwirtschaft verzichten, will sie nicht in gefährliche Abhängigkeit geraten. Von dieser Warte her ist die gesamte Politik, auch und besonders die Wirtschaftspolitik, auf der Basis einer bäuerlich-ökologischen Landwirtschaft zu gründen. Doch derzeit vollzieht sich das Gegenteil: die Landwirtschaft wird zum Spielball von Industrieinteressen, weil mit bzw. an der billigen Agrarproduktion Geld verdient werden kann; und weil es keine Lobby gibt, die die bäuerlichen Interessen schützt.

Für den BUND ist es durchaus vorstellbar, daß zu Lasten anderer, weniger wichtiger Wirtschaftsbereiche, die Landwirtschaft gegenüber dem Weltmarkt geschützt wird.

Unseres Erachtens braucht jedes Land eine umweltverträgliche Landwirtschaft; zum einen zur eigenen Nahrungsmittelproduktion, - um soweit möglich - eine quantitative oder qualitative Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten zu vermeiden. Zum anderen brauchen die Länder die Landwirtschaft - bei uns in einer extensiveren Form als derzeit - zur Erhaltung der Kulturlandschaft. Unser Land ohne Landwirtschaft wäre in wenigen Jahren nicht wiederzuerkennen; ohne



als bloße Produktionsfaktoren, sondern als Lebewesen zu begreifen. Der BUND ist für den zweiten Weg, was allerdings auch bedeutet, daß wir uns verabschieden müssen von dem wahnwitzigen Wettlauf auf dem sog. Weltmarkt, auf dem allerdings weniger Produkte als vielmehr Haushaltspläne (für Exporterstattungen) konkurrieren.

Die EG-Agrarpolitik

Die bislang betriebene Agrarpolitik ist ohne Perspektive, sie führt in die ökologische und soziale Sackgasse. Bislang fehlen Ansätze für einen wirklichen Wandel in der Ausrichtung der Politik, es gibt lediglich unzulängliches Flickwerk bei Einzelfragen. Daß Konkurrenten nicht gewünscht waren und sind - s.u. - zeigt die Verabschie-

dung des angeblichen agrarpolitischen "Reform"paketes durch die Regierungschefs im Februar 1988. Grund für die Übereinkunft waren die immensen Überschüsse, die sich trotz großer Export-Anstrengungen angesammelt hatte. Sie drohten den Haushalt der EG zu sprengen. Es waren also fiskalische Fragen, und nicht soziale oder ökologische Aspekte, die zu den Ergebnissen führten. Den Überschüssen sollte da-

"Weltmarktpreise"

Eng verbunden mit dem Überschußproblem wird häufig das Argument verwendet, innerhalb der EG sei das Preisniveau zu hoch, gegenüber einer Versorgung zu Weltmarktpreisen bedeute das eine zusätzliche Belastung der Verbraucher. Zahlreiche agrarwissenschaftliche Untersuchungen haben diese Auffassung unterstützt, indem sie Weltmarktpreise als "Objektiven Maßstab" zur Errechnung der durch das EG-Agrarpreisniveau verursachten "Wohlfahrtsverluste" verwendet haben (z.B. Köster/Tangermann).

Dagegen ist einzuwenden:

1. Die Weltmarktpreise sind Ausdruck nicht so sehr der Produktivitäts- und Knappheitsverhältnisse, sondern der Überschuß-, der Lagerhaltungs- und der Außenpolitik der wirtschaftlich reichen Länder.

2. Die wenigen Untersuchungen, die es zum Vergleich der Produktionskosten innerhalb der EG und in den auf dem Weltmarkt mit der EG konkurrierenden Ländern gibt, zeigen, daß in der EG nicht generell teurer produziert wird (siehe als neues Beispiel für den Sektor Milch die Studie von Isermeyer u.a.).

Hinzu kommt, daß die Mengen in den wenigen Staaten, in denen die Produktionskosten unter dem Kostenniveau der EG liegen (bei Milch: vor allem Neuseeland), gering sind im Verhältnis zu den Verbrauchsmengen in der EG. Die Versorgung der EG mit Nahrungsmittelimporten aus Drittländern ist deshalb - zumindest mittelfristig - auch aus rein praktischen Gründen keine Alternative.

3. Die Weltmarktpreise sind nicht Ausdruck zahlreicher, miteinander gleichberechtigt konkurrierender Unternehmen. Alle wichtigen Agrarmärkte werden kontrolliert von wenigen multinational tätigen Unternehmen. "Weltmarktpreise" sind demnach ihrem Charakter nach auch konzerninterne Verrechnungspreise und nicht - wie es der ökonomischen Theorie entsprechen würde - objektiver Maßstab für unterschiedliche Produktivitätsniveaus.

Für die Bewertung des Weltmarkt-Argumentes ist ihre geschichtliche Entstehung interessant; sie diente - Anfang des 19. Jahrhunderts - dazu, abhängigen oder unterworfenen Ländern (Kolonien) "ökonomisch" nachzuweisen, daß es auch für das abhängige, wirtschaftlich schwache

Land das beste sei, sich auf landwirtschaftliche Exporte für das "Mutterland" zu konzentrieren. Das Ergebnis ist bekannt: Die Länder, die sich dieser Forderung unterwerfen mußten (z.T. heute noch unterwerfen müssen) sind durch die Exporte zu Weltmarktpreisen vor allem anderen eines geworden: Ärmere.

Es ist schon auffällig: Die Notwendigkeit der Anpassung der Inlandspreise an Weltmarktpreise (d.h. eine Preissenkung) wird nur dem zugemutet, der wirtschaftlich und politisch schwach ist:

- Käme jemand auf die Idee, Weltmarktpreise für die Phantasipreise der Pharma-Konzerne zu fordern? Würde - als AEG an einer durch Überproduktion verursachten Krise litt - nach Anpassung an Weltmarktpreise gerufen? Kommt jemand auf die Idee, die Überkapazitäten auf dem Wohnungsmarkt (also die zuviel gebauten Luxusmietwohnungen) dadurch abzubauen, daß man den Weltmarktpreis für Mieten einführt? Käme jemand - zur Senkung der Staatsausgaben - auf die Idee, Weltmarktpreise für Zahnärzte, Minister oder Professoren zu fordern ("Angebote" gibt es reichlich und preiswert!)?

4. Selbst wenn der Vergleich mit dem Weltmarktpreis ein durchgängig höheres Preisniveau in der EG nachweisen würde: Lebensmittel sind mehr als nur Kostenfaktoren. Nur der, dem die Internationalisierung von "Big Mac" und "Happy Burger" als Fortschritt erscheint, kann allein auf den Preis abheben. Die Form der Nahrung ist ein wichtiger Bestandteil der Kultur eines Landes....

5. Das Weltmarktargument verliert schließlich dann vollends seine Bedeutung, wenn vermehrt Forderungen nach umweltfreundlicher Produktion, nach naturbelassenen Lebensmitteln, nach energiesparender Lebensmittelversorgung Geltung erhalten sollen. Wo sollen solche Produkte herkommen, wenn nicht aus der Veränderung der eigenen Landwirtschaft?

Weltmarktpreise für Agrarprodukte sind nicht als alleinige Bezugspunkte für die Beurteilung agrarpolitischer Entscheidungen geeignet. Die Agrarpolitik eines Landes (bzw. der EG) ist aus den wirtschaftlichen, sozialen, politischen und ökologischen Gesamtinteressenlagen zu bestimmen; sie ist ebenso eine kulturelle wie eine finanzielle Entscheidung." (18)

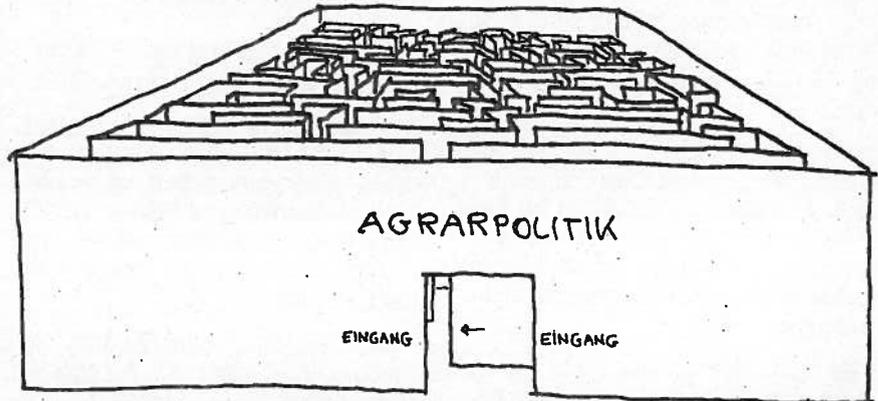


durch begegnet werden, daß Flächen stillgelegt und Bauern in den Ruhestand geschickt werden sollten. Obwohl die Stilllegungskonzepte hinsichtlich ihrer Marktentlastungseffekte als gering beurteilt wurden, wurden entsprechende Gesetze und Verordnungen erlassen. Wie wenig diese Maßnahmen bewirken können, illustrieren folgende Zahlen: Allein zum Ausgleich des Produktivitätsfortschrittes bei Getreide müßten EG-weit jährlich 1,75 Millionen Hektar stillgelegt werden. Nach den Vorschlägen des "Stilllegungsprogrammes" der EG werden aber maximal 1 Mio ha aufgegeben; 1988/89 waren es EG-weit gerade 440.000 ha. D.h. mit diesem Konzept ist nicht einmal die Hälfte des jährlichen Produktivitätsfortschrittes zu kompensieren. Dieses Ergebnis kann auch nicht überraschen, da das Problem nicht darin besteht, daß zu viel Fläche bewirtschaftet wird, sondern darin, daß die übrigen Produktionsfaktoren wie Kapital, insbesondere ertragssteigernde Produktionsmittel, zu stark eingesetzt werden. Flächenstilllegungen setzen deshalb grundsätzlich am falschen Produktionsfaktor an. Dies hat mittlerweile auch EG Kommissar MacSharry erkannt, der Anfang 1991 ausführte, die EG Agrarreform von 1988 sei kein Erfolg gewesen, die Stabilisatorenregelung habe nicht gegriffen. Die Flächenstilllegung in der EG berühre - so MacSharry - lediglich 2% der gesamten Getreidefläche der Gemeinschaft. Extensivierungsprogramme - vom BUND als richtiger Weg gepriesen - wären über Einzelprojekte nicht hinausgekommen, Vorruhestandsprogramme hätte es nur in einem Land (Bundesrepublik) gegeben.

Das Fazit kann daher nur lauten, daß eine Neuorientierung der Agrarpolitik am Produktivitätszuwachs angesetzt muß.

MacSharrys "Reform"-Pläne

EG-Agrarkommissar MacSharry fühlte sich - wohl auch im Hinblick auf die GATT-Verhandlungen, bei denen die Europäer genötigt wurden, ihre Agrarsubventionen über das gemachte Angebot von 30 % hinaus zu verringern - gedrängt, ein neues, eigenes Reformpapier vorzulegen, mit erstaunlichem Ergebnis: Denn MacSharry bestätigte in seinem ersten Teil Analysen



und Vorbehalte kritischer Bauerngruppen und Naturschützer, z.B. das Argument, daß nur wenige Bauern für die Überschußproduktion verantwortlich sind. (So bewirtschaften nur 6 % der Getreide-Bauern 50 % der Getreidefläche und erwirtschaften 60 % der Erträge. 15 % der Milchbetriebe sind für 50 % der Milchmengen verantwortlich, 10 % der Bullenmäster schaffen 50 % der Fleischmengen.) Da die EG-Gelder, die die Landwirte erhalten können, über die Preise gezahlt wurden, wundert es nicht, daß wenige Großproduzenten den Löwenanteil der Gelder einstreichen: Laut EG-Kommissar kassieren 20 % der Betriebe 80 % der Preisstützungen. So gehe es nicht weiter, Stützungsgelder sollten direkt bei den Betrieben ankommen.

MacSharrys Ideen gehen dahin, die Preise weiter zu senken und dafür den Bauern direkte Hilfe zu geben, speziell

jenen Betrieben, die aufgrund ihrer Größe (oder besser: Kleine) derzeit benachteiligt sind (vgl. die alternativen BUNDpositionen in Teil 4. Tendenziell sollen also die Einkommen der Bauern zukünftig noch weniger vom Preis und noch mehr vom Wohlwollen der Politiker, sprich von staatlichen Zahlungen bestimmt werden. Es geht MacSharry nicht darum, die ökologisch fragwürdige Produktion aus den Großbetrieben wieder in bäuerliche Hand zu geben. Im Gegenteil: Die (z.T. gestaffelten) Direktzahlungen werden so gering sein, daß die durch Preissenkungen verursachten Einkommensrückgänge in den meisten Fällen nicht einmal ausgeglichen werden; sie bieten somit auch keine langfristige Perspektive. Dies zeigt, daß es MacSharry im Kern seines Programmes nur darum geht, die EG-Landwirtschaft billiger zu machen, um Forderungen aus den GATT-Verhandlungen



nachzukommen. Es bleibt bei der Exportorientierung der EG, auch wenn die Exporterstattung billiger wird, weil die Spanne zwischen Weltmarktpreis und EG-Interventionspreis kleiner wird.

Der Bauer wird zum Kostgänger der öffentlichen Haushalte, an eine ökologisch verträgliche Produktion ist bei den Betrieben, die nicht oder nur unwesentlich in den fragwürdigen Genuß solcher Direktzahlungen geraten, nicht zu denken.

Es stellt sich natürlich die Frage, was die EG-Kommission derzeit bewegt, zumindest verbal die Stützung kleinerer Betriebe aufzugreifen. Da es MacSharry nicht darum geht, dort wieder Produktionspotentiale, die in die Agrarindustrie abgewandert sind, aufzubauen, da also der Anbau von Nahrungsmitteln keine Rolle spielt, handelt es sich bei diesem Programm quasi um eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für Bauern, die in der Landwirtschaft genau genommen nicht mehr gebraucht werden. Weshalb diese Menschen dann nicht - wie vergleichbaren Gesellschaftsschichten - Arbeitslosengeld gegeben wird, ist klar: es wäre teurer! Die von MacSharry initiierte Maßnahme hält die Bauern bis zum Generationswechsel aus der Arbeitslosenstatistik heraus, spart Geld, bietet aber für die Hofnachfolger keine Perspektive. Die Produktionsintensität als ein Hauptproblem des Umweltschutzes und des Strukturwandels wird nicht angegriffen, vermutlich sogar noch einmal verschärft. Denn für die Großbetriebe wird nicht die Direktzahlung, sondern der gesunkene Preis das Einkommen und somit auch die Art und Weise der Produktion bestimmen; und da gibt es keinen Spielraum für ökologische Maßnahmen.

Zukünftige Entwicklungen in der Landwirtschaft

Was ist nun zukünftig im Bereich der Landwirtschaft zu erwarten?

1. Das Prinzip "Wachse oder weiche" wird beibehalten, der Strukturwandel wird weitergehen, es werden weiterhin Betriebe und Flächen aus der Produktion ausscheiden, andere werden für den sich verschärfenden Weltmarkt gerüstet.

Nach wie vor will die EG die Überschußprobleme nicht mit Mengenbeschränkungen lösen. Man will diese weiter durch das Herausnehmen von Flächen und Betrieben angehen, verweist oder ignoriert aber dabei, daß durch den vielfachen Produktivitätsanstieg die Menge, die stillgelegt wird, sofort wieder (über)kompensiert wird; vermutlich auch bei den von der EG skizzierten Preissenkungen. Im übrigen ist eine "Reform", die darauf abzielt, Produzenten dafür Gelder zu bezahlen, daß sie nicht produzieren, falsch angelegt. Niemand käme auf die Idee, gewählten Volksvertretern Geld

dafür zu zahlen, daß sie nichts mehr oder zumindest weniger tun.

Ein zentraler Punkt im agrarpolitischen Ansatz des BUND ist die Feststellung, daß die Regulierung der Märkte notwendig ist, will man wieder Spielraum für Preisdiskussionen gewinnen. Und über den Preis, so jedenfalls die Auffassung des BUND, sollen die Bauern entlohnt werden, nicht über staatliche Fördertöpfe und Subventionszahlungen (s. Teil 4 "Forderungen des BUND")

Wenn die jetzige Entwicklung sich fortsetzt, wird es in 30 Jahren nur noch rund 100.000 Betriebe geben, die nach agrarindustriellen Methoden intensiv produzieren. Die bäuerliche Landwirtschaft hat unter diesen Umständen keine Zukunft. Es steht außer Zweifel, daß eine solche Menge an Bauern mit höchster Intensität an Kapital- und Produktionsmitteln die Flächen entsprechend bestellen können, doch ist der BUND nicht bereit, den viel zu hohen sozialen und ökologischen Preis dafür zu zahlen.

AGRARINDUSTRIE / Düngemittel-Umsatz sinkt - Kritik an staatlicher Reglementierung

Die Hersteller von Pflanzenschutzmitteln sehen Mißbrauch der Umweltschutz-Idee

HANDELSBLATT, Montag, 6.5.1991
sm BONN. Die Agrarpolitik mißbraucht als Umweltschutzmaßnahmen angelegte Düngemittel-Restriktionen, um das Agrarüberschußproblem zu lösen. Diesen Vorwurf erhob Klaus Deichner, Vorsitzender des Fachbereichs Düngung im Industrieverband Agrar (IVA), auf der Jahres-Pressekonferenz des Verbandes.

Der Versuch, durch eine Reglementierung des Düngemittelsatzes die Agrarproduktion zu begrenzen, helfe den Landwirten nicht, sondern heme über eine weiterhin unbefriedigende Einkommenssituation die Innovation in der Landwirtschaft, kritisierte Deichner, Leiter des Unternehmensbereichs Düngemittel der BASF AG. Die einzig logische Maßnahme sei eine konsequente Flächenstilllegung der Grenzlagen und Grenzböden bei Beibehaltung einer auf den besseren Böden intensiv wirtschaftenden Landwirtschaft, die ökonomisch ausgerichtet sei und ökologische Ziele beachte.

Die heute vielfach empfohlene suboptimale Stickstoffdüngung führe mittelfristig zu einem erheblichen Gewinnrückgang der betroffenen Betriebe, ohne daß damit für die Umwelt entsprechende Vorteile verbunden wären, erklärte Deichner. Als ertragssteigerndes Betriebsmittel seien Mineraldünger auch in Zukunft wirtschaftlich notwendig und für die Landwirtschaft unverzichtbar. Bei nach Menge und Anwendungszeit gezieltem Einsatz seien sie auch keine Umweltbelastung.

Während der Düngemittelverbrauch weltweit auf Grund des ungebrochenen Bevölkerungswachstums und der damit notwendigen Steigerung der Nahrungsmittelproduktion auch in Zukunft weiter ansteigen werde, zeichneten sich in Westeuropa, insbesondere in der Bundesrepublik, rückläufige Verbrauchstendenzen ab, beklagte Deichner. So sei der Verbrauch von Stickstoff im Düngjahr 1989/90 gegenüber dem Vorjahr in den alten Bundesländern um 3,4 %, von Phosphat um 7,8 % und von Kali um

10,8 % zurückgegangen. Auch im laufenden Düngjahr 1990/91 zeige sich anhand der bisherigen Verbrauchsmeldungen, daß der rückläufige Trend anhalte.

Walter Ernst, Vorsitzender des IVA und Leiter des Geschäftsbereiches Pflanzenschutz der Bayer AG, berichtete, daß der Umsatz an Pflanzenschutzmitteln in den alten Bundesländern 1990 gegenüber dem Vorjahr um 7,7 % auf 1,8 Mrd. DM gestiegen sei. Die Ausweitung des Marktvolumen in den 80er Jahren um 60 % sei zu etwa einem Drittel auf Preiserhöhungen und zu 20 % auf Produktsubstitution zurückzuführen.

Die in Deutschland ansässigen Hersteller erzielten nach den Angaben von Ernst 1990 zusammen mit ihren ausländischen Tochtergesellschaften einen Werturnsatz von neun Mrd. DM und hätten damit einen Anteil am Welt-Pflanzenschutzmittelmarkt von etwa 25 %. Die weltweit mit Pflanzenschutzmitteln behandelte Fläche werde voraussichtlich nicht weiter steigen.



SONDERTEIL: DIE MILCH, DIE BAUERN UND DIE GENTECHNIK, TEIL 2

Der Strukturwandel wird durch die zu erwartende Einführung der Gentechnologie in der Landwirtschaft (z.B. BST) einen weiteren, immensen Schub erfahren. Am Beispiel eines der wichtigsten Landwirtschaftsbereiche, der Milchproduktion, soll dargestellt werden, wie die Konsequenzen konkret aussehen können.

Die EG-Kommission hat vor Jahren das Milchquotensystem eingeführt, das von allen deutschen Bauern Beschränkungen verlangte. Alle Landwirte wurden an eine bestimmte, hofspezifische Produktionsobergrenze gebunden, wobei dies eine Besonderheit innerhalb der EG war. Nur in der Bundesrepublik erfolgte eine betriebliche Umsetzung der Milchquoten. Damit wurde von allen Betrieben der gleiche Beitrag zum Überschubabbau gefordert, obwohl nur wenige zur Überschubproduktion beigetragen haben. Ob Zufall oder nicht, die Härtefallregelung hat just jene Betriebe begünstigt, die über relativ große Viehbestände verfügen und große Milchmengen produzieren, die also primär für die Entstehung der Überschüsse verantwortlich sind.

Seit Einführung der Milchquotenregelung ist die Zahl der milchviehhaltenden Betriebe mit weniger als 25 Kühen um ein Viertel gesunken, die Zahl der Betriebe über 25 Kühe ist ebenfalls um ein Viertel gestiegen. Der Strukturwandel wurde beschleunigt, es fand, bewußt und gewollt, eine Umverteilung der Produktion von unten und oben statt. Nach Aussage von Bundeslandwirtschaftsminister Kiechle gab es aufgrund der ersten Milchkontingentierung eine Umverteilung von 80.000 Kühen aus Klein- in Großbetrieben. Ein Durchschnittsbetrieb in Norddeutschland hat mehr als 30 Kühe im Stall stehen, in Süddeutschland sind es weniger als die Hälfte. Dennoch haben noch 92 % aller landwirtschaftlichen milchviehhaltenden Betriebe weniger als 30 Kühe, 78 % aller Betriebe haben sogar weniger als 20 Kühe. In diesen 78 % der Betriebe wird lediglich 30 % der Milch produziert. 9 % der milcherzeugenden Betriebe liefern 40 % des Milchaufkommens in der EG. Der Agrarbericht der Bundesregierung macht jedes Jahr aufs Neue deutlich, daß die Milchleistung der Kühe in größeren Betrieben höher ist als in kleineren Betrieben, d.h. das Großbetriebe eher Überschüsse produzieren als Kleinbauern.

Anstatt nun die Milchleistung pro Kuh zu begrenzen, gleichzeitig damit die Lebenserwartung der Tiere zu erhöhen, die Tierhaltung an die Fläche zu binden sowie über die Einführung gestaffelter Erzeugerpreise ein ausreichendes Einkommen auch für die kleineren Landwirte zu ermöglichen, initiierte man genau das Gegenteil. Es steht zu befürchten, daß die Milchleistung der Kühe durch Einsatz des gentechnisch produzierten Rinderwachstumshormon (BST) noch um bis zu 30 % erhöht wird, obwohl diese Milchmenge gar nicht gebraucht wird.

Es werden schon jetzt in Betrieben, speziell aber bei den Betriebsberatern, die Bleistifte gespitzt. Lohnt es sich ökonomisch, aus der Kuh die gentechnisch manipulierte "Turbo-Kuh" zu machen? Da die Betriebsberatung ja auch von den Anbietern bestimmter Hilfsmittel, d.h. von den Konzernen, betrieben wird, dürfte die Antwort schon heute klar sein: Es lohnt sich - speziell für die Produzenten von BST.

Fest steht, daß der Organismus einer Kuh durch solche hohe Milchleistungen über Gebühr strapaziert wird. Für jeden Liter Milch, den eine Kuh liefert, müssen 450 Liter Blut durch das Euter gepumpt werden. Je höher die Milchproduktion, desto höher ist somit auch die Anforderung an den Organismus der Kuh. Daß viele Tiere immer krankheitsanfälliger werden und heute viel früher zum Schlachter geführt werden müssen, liegt nicht zuletzt auch an diesem Umstand.

Die Kühe, die mit BST gedopt zur reinen Produktionsmaschine degeneriert werden, brauchen spezielles Futter, das nicht immer auf den Betrieben selbst produziert werden kann. Futtermittelimporte werden notwendig.

Eine US-Studie hat festgestellt, daß das Milchpreisniveau in den ersten drei bis fünf Jahren nach Einführung des BST um 10 bis 15 % sinken wird. Die Folge wird sein, daß mehr als ein Viertel der Milchviehbetriebe aufgeben muß.

Europäische Berechnungen kommen zu ähnlichen Ergebnissen: Rund die Hälfte der heute noch vorhandenen Betriebe werde aus der Produktion ausscheiden müssen.

Das heißt im Klartext: BST würde den politisch gewollten Strukturwandel fördern, aber der Preis wird sowohl für die Bauern, als auch für Umwelt und den Verbraucher ein hoher sein. Der Grünlandanteil beispielsweise würde weiter sinken.



① Was stellen Sie sich unter der Landwirtschaftskammer vor?



② Na ja, das ist so eine Kammer mit einem Herrgottswinkel, einer Ofenbank und da leben die Bauern drin. Da isst es sehr gemütlich



Es scheint somit den Politikern bislang gar nicht um eine "Reform" der Agrarpolitik, auch nicht um einen prinzipiellen Überschubabbau zu gehen, denn Überschüsse sind auch Voraussetzung für Export, für den möglichen Anbau nachwachsender Rohstoffe, für Alibi-Biotop und um politischen Druck auszuüben und Macht zu zementieren. Den Bauern, die nicht mehr mithalten können (und sollen), werden wie bisher auch in Zukunft Ausstiegsprogramme als "Reform" der Agrarpolitik verkauft, obwohl nichts reformiert, sondern nur alles fest- und fortgeschrieben wird. Es geht bislang und absehbar auch zukünftig aufgrund des Verhandlungsabbruchs in der GATT-Runde lediglich um den Versuch, die enormen finanziellen Belastungen durch die Überschüsse abzubauen. Die Ausführungen führender Politiker, aber auch von Wirtschaftsvertretern, machen klar, daß man bereit ist, die Landwirtschaft im Interesse der Industrie zu opfern.

Die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte werden also weiter unter Druck bleiben, die Bauern, die auch zukünftig produzieren wollen, müssen weiter intensivieren und geradezu zwangsläufig dabei auf solch gefährliche Angebote wie gentechnisch manipulierte Sorten eingehen, um über Massenproduktion das Einkommen halbwegs zu sichern. Zwar sind die Umsätze vieler landwirtschaftlicher Betriebe in den letzten Jahren enorm gestiegen sind, bei niedrigen Preisen sind aber die Gewinnspannen gering. Trotz hohem Umlaufkapitals ist die ökonomische Anfälligkeit der Betriebe extrem gestiegen. Die Preise, die den

Landwirten gezahlt werden, orientieren sich immer mehr an der technisierten, rationalisierten, mechanisierten, spezialisierten und - demnächst - gentechnisch ausgerichteten Massenproduktion und nicht an der bäuerlich-ökologischen Produktionsform.

Wer damit politisch nicht einverstanden ist, muß dafür sorgen, daß in Zukunft die Bauern wieder mit einer aktiven Preispolitik für ihre von uns als "besser" definierte bäuerliche Arbeit bezahlt werden. Dies heißt konkret auch, daß Preise für landwirtschaftliche Produkte, zumindest für ökologisch verträglich produzierte Grundmengen, nicht weiter sinken dürfen, sondern ansteigen müssen.

Das heißt: Die Agrarstruktur- und Preispolitik, wie sie bisher betrieben wurde und wie sie sich weiter anbahnt, muß ebenso abgelehnt werden wie die Gesamtausrichtung der Wirtschaftspolitik, weil im Rahmen dieser Wirtschaftspolitik Landwirtschaft fast zwangsläufig in der beschriebenen intensiven Form betrieben werden muß.

"Recht wahrscheinlich ist, daß die Biotechnologie dafür sorgen wird, daß die Landwirtschaft keine eigene Wirtschaftsbranche, sondern ein Betriebssteil der biotechnischen Industrie und der Bioenergiewirtschaft sein wird. Vielleicht ist der Landwirt dann nur noch ein Bio- und Agrartechniker auf (...), dieser Technologiebranche, der irgendwo draußen in der freien Landschaft mit dem Boden und den Tieren so umgeht, wie es das technische Management und die Computer der großen

Reaktor- und Fermentoranlagen vorschreiben".

Diese Prognose ist kein Zitat aus einer kritischen Bauernzeitung, sondern aus den "VDI-Nachrichten" vom 4.10.85. Schon heute sind große Abhängigkeiten der Bauern von den Konzernen der Chemie-, Erdöl- und Pharmabranche, die Dünger, Pestizide und Wachstumsregulatoren vertreiben, festzustellen. Die Tendenz geht dahin, immer mehr patentiertes Saatgut einzusetzen, die Aufwendungen der Bauern für Vorleistungen weiter zu erhöhen. Die Konsequenzen sind klar:

Patentiertes Saatgut bzw. patentierte Tiere dürfen vom Landwirten nicht mehr selbst vermehrt werden, er muß sie teuer kaufen oder aber Lizenzgebühren dafür bezahlen.

Fazit: Der beschriebene und beschriebene Weg der Landwirtschaft ist also gekennzeichnet durch weiteres Wachsen oder Weichen, durch eine weitere Technisierung, Chemisierung und Rationalisierung der Landwirtschaft. Die neue Dimension der Gentechnik dient lediglich der Vervollkommnung und Beschleunigung dieser Entwicklung. Dieser Weg wird weitere Umweltprobleme mit sich bringen, deren Konsequenzen bislang kaum vorstellbar sind.

2. Der Trend zum Anbau nachwachsender Rohstoffe wird anhalten. Die Politiker werden weiterhin versuchen zu verhindern, daß alle Flächen, die nicht mehr für die Nahrungsmittelproduktion gebraucht werden, dem Naturschutz übergeben werden. Der Druck wird von verschiedenen Seiten her größ-



Ber, dort "non-food" Produkte, also nachwachsende Rohstoffe, anzubauen, nicht zuletzt, weil die angekündigten Zahlungen für ökologische Leistung immens hoch werden. Doch die nachwachsenden Rohstoffe beherbergen mehr Gefahren denn Chancen. Flächen stehen nur deshalb für derartigen Anbau zur Verfügung, weil der Anbau der Nahrungsmittel auf einem nicht akzeptierbaren Intensitätsniveau stattfindet. Bei Einführung des extensiven, ertragsschwächeren Öko-Landbaus auf der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche stellt sich das Problem nicht mehr.

Die nachwachsenden Rohstoffe werden bei uns zudem als Mittel zum Überschubabbau gepriesen. Doch längst ist erwiesen, daß das Marktlastungspotential ebenfalls begrenzt ist. Durch Ertragssteigerungen aufgrund gentechnischer Entwicklungen bzw. sogenannter züchterischer Erfolge wird dieses Potential zumindest kompensiert. Die Supersprirübe wird das Doppelte an Hektarerträgen leisten wie die normale Zuckerrübe heute. Die Weizenmengen, die durch Flächenaufgabe zugunsten des Anbaus nachwachsender Rohstoffe eingespart werden könnte, wird in den nächsten vier Jahren allein durch den Ertragszuwachs

im Getreideanbau ausgeglichen - Auswirkungen der Gentechnik sind da noch nicht mitberechnet -.

Die Intensität der Produktion nachwachsender Rohstoffe wird noch höher sein als bei der Nahrungsmittelerzeugung, denn hier stellt sich beispielsweise die Rückstandsproblematik nicht.

Für den verstärkten Einsatz von nachwachsenden Rohstoffen werden weitere Begründungen aufgeführt, die alle höchst fragwürdig sind. Die Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft hat in ihrer Argumente-Reihe das Für und Wieder der nachwachsenden Rohstoffe unter die Lupe genommen und kommt zu vernichtenden Ergebnissen.

Die Fruchtfolgerweiterung dürfte marginal sein, da hauptsächlich Interesse an bereits vorhandenen Kulturfrüchten wie Rüben, Weizen und Kartoffeln bekundet wird. Für diese Früchte erwartet eine Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages umweltträgliche Intensitätssteigerungen. Der (extensive) Flachs-anbau dürfte in den kommenden Jahren auf max. 0,8 % der Ackerflächen ausgedehnt werden.

Bekannt ist, daß sich die Preise für die nachwachsenden Rohstoffe am so-

genannten Weltmarktpreis orientieren (s.o.), so daß die Einkommenserwartungen für die Bauern sehr schlecht sind und keinesfalls als Zukunftsperspektiven gewertet werden können. Auf der Grundlage des Weltmarktpreises würde der Bauer nur einen Bruchteil des Einkommens erzielen, der notwendig ist, um ihm eine Existenzsicherung zu gewährleisten. Die Produktion nachwachsender Rohstoffe müßte daher mit massiven Beiträgen subventioniert werden.

Die nachwachsenden Rohstoffe werden auch häufig als Ersatz für fossile Energie und damit zur Reduktion des CO₂-Ausstosses empfohlen. Die Förderung der nachwachsenden Rohstoffe im Energiebereich verschleiert aber nur die Notwendigkeit, Energie zu sparen. Viel effizienter würden Forschungsmittel bei Energiesparprogrammen eingesetzt. Die Erzeugung von Energiepflanzen als angebliche energiepolitische Alternative wird vom BUND abgelehnt, denn mit pflanzlichen Rohstoffen ist das Energieproblem nicht zu lösen.

In der Antwort auf eine kleine parlamentarische Anfrage vom 1. Dezember 1988 weist der ehemalige niedersächsische Landwirtschaftsminister Dr. Ritz darauf hin, daß Zuckerrüben mit 1,9:1 das günstigste Energie-Out-/Inputverhältnis aufweisen. "Es wird fast doppelt soviel Energie erzeugt, wie in den Produktionsprozeß hineingesteckt wird." Diese Darstellung muß dahingehend berichtigt werden, daß sich der Energie-Output bei der Zuckerrübenverarbeitung zu fast 50 % aus den anfallenden Nebenprodukten (Schlempe, Rübenblatt) errechnet. Das heißt, bezogen auf die reine Ethanolproduktion sinkt das Input-/Outputverhältnis auf ca. 1:1 ab. Es muß also von außen ungefähr so viel fossile Fremdenergie in den Prozeß hineingesteckt werden, wie nachher in Form von Bioethanol verfügbar ist. Vereinfacht ließe sich der Sachverhalt so zusammenfassen: Den Diesel, den der Landwirt in seinen Schlepper kippt, um damit Rüben zu produzieren, könnte der Autofahrer auch gleich in seinen Diesel-Pkw schütten, und den gesamten Verarbeitungsprozeß über Bioethanol kann man sich getrost schenken.





DIE BIOSPRITPRODUKTION WIRD DAS LOS...

Damit ist auch ein weiteres Argument entkräftet, das häufig für die Bioethanolproduktion ins Feld geführt wird, nämlich die angebliche Reduktion des CO₂-Ausstoßes: Denn der Fremdenergieeinsatz wird ja nicht reduziert!

Die Alternative zur übermäßigen Produktion von Nahrungsmitteln ist nicht der Anbau nachwachsender Rohstoffe, sondern die Extensivierung, d.h. der ökologische Umbau der Landwirtschaft. Diese führt zu einer weit größeren Einschränkung des CO₂-Ausstoßes. Sie benötigt zudem wesentlich geringere Subventionen als die Produktion nachwachsender Rohstoffe.

3. Die Trennung der Landschaft in Schutz- und Schmutzgebiete wird weiter fortschreiten. Wenn, wie von einigen Naturschützern gefordert wird, 10 oder 15 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche dem Naturschutz zur Verfügung gestellt werden, ist dies kein Erfolg, sondern eine Niederlage für den Naturschutz, solange auf den restlichen Nutzflächen Intensivproduktion betrieben wird.

Denn:

Auf 10 oder 15 % nicht mehr genutzter Fläche wird höchstens die Hälfte der noch vorhandenen Arten gerettet werden können.

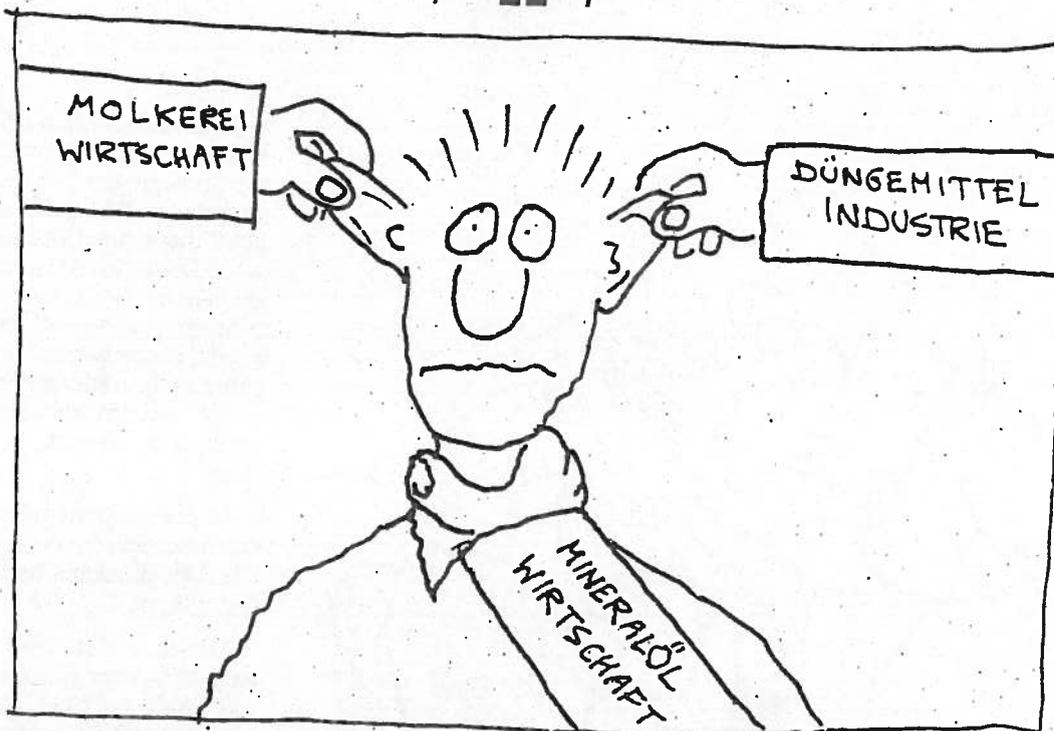
Auf den nicht mehr genutzten Flächen wird sich eine ganz andere Pflanzen- und Tierwelt einstellen, als es aus Sicht des Naturschutzes wünschenswert wäre. Der Naturschützer hat nun eben nicht den selektiven Biß einer Kuh oder eines Schafes, er kann die Nutzung (z.B. Weide) nicht durch Pflegemaßnahmen (z.B. Sensen) ersetzen; zahllose Beispiele beweisen dies. Der Naturschutz ist auf bestimmte Formen von Nutzungen angewiesen. Ohne die Erhaltung dieser Nutzungen läßt sich auch das Artenpotential nicht halten. Denn wie bereits dargestellt, schützt der Naturschützer weniger "Natur" sondern Kultur(formen). Die untergehenden Nutzungsformen, die die Artenvielfalt hervorgebracht haben, können auch nicht durch technisch perfektionierten Naturschutz - wie er beispielsweise als Erwerbsalternative von einigen Landwirten angestrebt wird - ersetzt oder nachgeahmt werden.

Auf dem Teil der Flächen, die weiter in der Bewirtschaftung bleiben, wird die Intensivierung weiter vorangetrieben. Die negativen ökologischen Konsequenzen auf diesen Flächen werden noch stärker werden als bereits jetzt sichtbar.

4. Das ansatzweise eingeführte Prinzip der Honorierung sogenannter ökologischer Leistungen wird weiter entwickelt und angewandt werden. Der

BUND stimmt solchen Zahlungen nur zu, wenn es sich um eine tatsächlich meßbare, d.h. quantifizierbare Sonderleistung handelt; beispielsweise für die Pflege einer Hecke oder die (Hand) Mahd einer Feuchtwiese. Dort kann und soll dann ein bestimmter Stundenansatz angerechnet werden. Denn nur so können vermutlich bestimmte Nutzungen wieder rentabel gemacht werden.

Das derzeit praktizierte und politisch gewollte System der "Honorierung ökologischer Leistungen" geht aber über diesen Ansatz des BUND weit hinaus. So gibt es bereits Bestrebungen, Bauern bereits für die "Freihaltung der Landschaft" oder für die Nichtverschmutzung von Wasser, Boden und Luft Geld zu geben. Die Bonner Agrarpolitik will künftig die ökologischen Leistungen der Bauern noch stärker direkt honorieren. "Sie müssen einen echten Marktwert bekommen, mit Nachfrage, Angebot und Preis", erklärte Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle am vergangenen Mittwoch vor der Mitgliederversammlung des Niedersächsischen Landvolkverbandes in Hannover. Vorgesehen sei die freie Wahl der Bauern zwischen intensiver Produktion für den Markt im Rahmen der geltenden Umweltgesetze und extensiver Landnutzung und



DER BAUERN EINDEUTIG VERBESSERN!

Landschaftspflege mit Einkommensausgleich....(19)

Diese Position (Beispiel Wasserpfeffernig in Baden-Württemberg oder Hessen) widerspricht sowohl dem Vorsorge- als auch dem Verursacherprinzip.

Es kann nicht angehen, daß eine gewünschte umweltverträgliche Produktion von der Gesellschaft subventioniert werden muß, damit sie mit einer (ebenfalls subventionierten) umwelt-abträglichen Produktionsform konkurrenzfähig wird. Nötig sind grundsätzliche Änderungen, damit Umweltbelastungen sich nicht mehr lohnt, umweltbelastende Produktion nicht mehr rentabler ist als umweltschonende.

Die politischen Rahmenbedingungen müssen so gesetzt werden, daß umwelt- und sozialverträglichere Produktionen per se auch ökonomisch profitabel wird. Umweltschutz darf nicht zur Ware werden. Umwelt- und Naturschutz darf nicht davon abhängig werden, wieviel Geld in öffentlichen Haushalten bereitgestellt wird.

Für den BUND heißt dies: Umweltbelastung muß bestraft, nicht die Verhinderung belohnt werden.

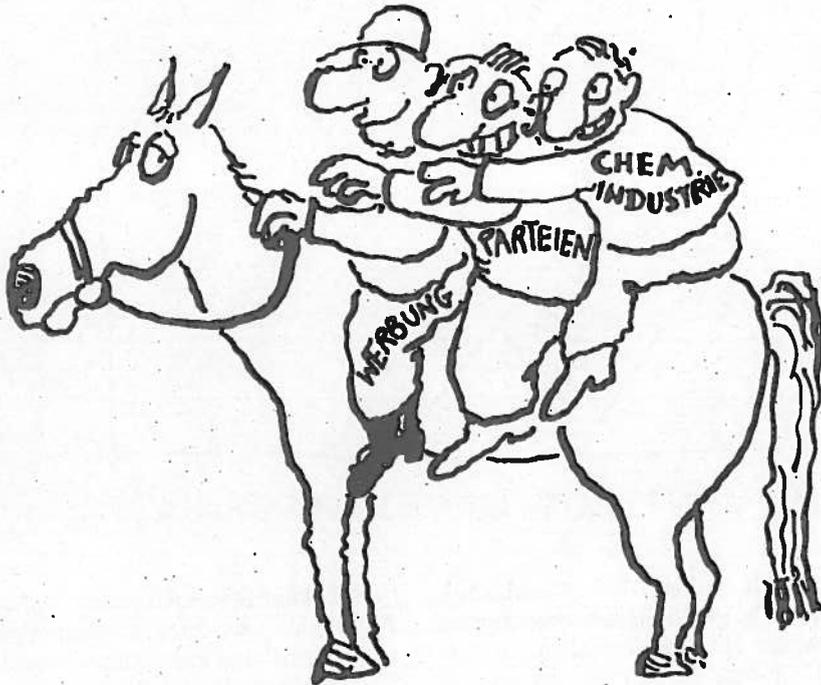
Die vom BUND geforderte Änderung der Rahmenbedingungen muß für alle Bereiche, nicht nur für die Land-

wirtschaft gelten. Die Gesellschaft muß sich grundsätzlich entscheiden, entweder alle "ökologischen Leistungen" zu honorieren (dann ist sie sehr bald finanziell und moralisch pleite) oder sie entscheidet sich, ökologisch abträgliche Prozesse derart zu verteuern bzw. zu verbieten, daß die umweltverträglichen Verfahren auch ökonomisch die tragfähigsten werden. Für den BUND gibt es nur diesen zweiten Weg. Wenn "ökologische Leistungen" honoriert werden sollen, muß man beachten, daß einerseits zur Meßlatte von Ausgleichszahlungen die umweltabträgliche (Land)wirtschaft gemacht werden muß, daß andererseits erst - zumeist durch Umweltzerstörung - die Gesellschaft das Geld verdienen muß, mit dem dann Natur- und Umweltschutz bezahlt werden kann.

Eine solch grundlegende Kritik an der Philosophie der aufgelegten Programme schließt nicht aus, daß für eine Übergangszeit durchaus solche Transferzahlungen z.B. für die Förderung des ökologischen Landbaus nicht nur akzeptiert, sondern gefordert werden.

Langfristig muß aber eine umwelt-, verbraucher- und bauernverträgliche Produktion ohne Gentechnik, ohne Spritzmittel etc., auch ohne Subventionen rentabel werden.

5. Zukünftig werden immer häufiger Argumente, die eine Diskriminierung bäuerlicher Produktionsweise im Visier haben, in die Diskussion geführt. Nach dem Motto: Die Bauern sind eh dumm, was wir brauchen ist Wissenschaft, Technik, gut ausgebildete Großbauern, dann löst sich das Problem quasi von selbst. Die Gefahr ist groß, daß das Spannungsverhältnis zwischen Landwirtschaft und Umwelt mit rein technischen Maßnahmen angegangen werden soll. Die Folge eines solch falsch verstandenen Umweltschutzes könnte sein, daß versucht wird, mit noch höherem technisch-maschinellen Aufwand Problemlösungen zu entwickeln. Interessenten hierfür gibt es sicherlich: Unter Wissenschaftlern, wo ein jeder die Hoffnung trägt, er könne die Lösung finden, unter den Maschinenherstellern, die am Verkauf neuer Geräte interessiert sind, und auch bei Lohnunternehmern, die es sich (neben Maschinenringen) vielleicht als Einzige leisten könnten, solche oft teuren Maschinen anzuschaffen. In Baden-Württemberg gibt es auf 2000 ha Versuchsflächen "umweltverträglichen" Maisanbau, der allerdings, wie ein Vertreter des dortigen Landwirtschaftsministeriums bestätigt, sehr teure Maschinen benötigt. Umweltschutz so verstanden ist in der Tat eine Chance z.B. für Lohnunternehmer, er wird allerdings so auch zum Beschleu-



AUF DEM ÖKO ROSS

niger des vom BUND und anderen agrarpolitischen Gruppen kritisierten Strukturwandels in der Landwirtschaft. Fast alle der bislang skizzierten Probleme - von der Entleerung des ländlichen Raums bis hin zur Nutzungsaufgabe bestimmter Flächen bzw. ganzer Regionen - werden mit einem solchen Ansatz nicht zu lösen sein. Der einzige Weg dazu wäre die Erhaltung einer produktionsmittlextensiveren, aber arbeitsintensiveren bäuerlichen Landwirtschaft.

In diesem Zusammenhang ist die Strategie derer von besonderem Interesse, die derzeit an der betriebenen Form von Landwirtschaft profitieren; z.B. die chemische Industrie. Sie versucht mit größtem Werbeaufwand, ihr negatives Image abzulegen und zumindest verbal ökologische Themen aufzugreifen. Gerade zu diesem Zweck

wurde z.B. die "Fördergemeinschaft Integrierter Pflanzenbau" gegründet, die sich angeblich die Methoden des integrierten Pflanzenbaus auf die Fahnen geschrieben hat. Doch das Kon-

FAO-Definition

"Der integrierte Pflanzenschutz ist ein System, in dem alle wirtschaftlich, ökologisch und toxikologisch geeigneten Verfahren in möglichst guter Abstimmung verwendet werden, um Schadorganismen unter der wirtschaftlichen Schadensschwelle zu halten, wobei die bewußte Ausnutzung natürlicher Begrenzungsfaktoren im Vordergrund steht."

zept des integrierten Pflanzenbaus ist keine Lösung der Umweltprobleme, da die Strategie der "Fördergemeinschaft integrierter Pflanzenbau" nicht dahin geht, die weitgefaßte und begrüßenswerte Definition des integrierten Pflanzenbaus der FAO, die chemische Maßnahmen quasi nur als letzten Notnagel zuläßt, umzusetzen, sondern ohne strukturelle Änderungen den Chemieeinsatz auf den Betrieben lediglich zu optimieren versucht. (s. FAO-Definition)

In der Bundesrepublik gibt es nicht einen Betrieb, der diese Definition einhält. Und dies kann auch nicht verwundern. Denn:

Hinter dieser Fördergemeinschaft steht die Strategie, die Intensivlandwirtschaft hoffähig zu machen und bäuerliche Produktionen weiter zu diskriminieren. Hier marschiert die Industrie im Gleichschritt mit der Wissenschaft und findet zu dem Unterstützung bei der Politik.

Jeder sinnvolle Ansatz, jeder Schritt in Richtung einer umweltverträglicheren Agrarproduktion wird vom BUND unterstützt. In letzter Konsequenz ist jedoch nur der ökologische Landbau nach den IFOAM-Richtlinien produktionstechnisch in der Lage, den BUND Ansprüchen gerecht zu werden. Der BUND will keine Chemie als Prophylaxe, denn Landwirtschaft hat mit Leben zu tun, und so wie es abgelehnt wird, daß Kühe oder andere Nutztiere quasi prophylaktisch chemisch-pharmazeutisch behandelt werden, wird es für den Pflanzensektor ebenfalls abgelehnt. Doch gibt es Interessen, diesen Einsatz zumindest auf einem bestimmten Level zu konservieren, denn der Verkauf von Pestiziden ist gewinnträchtig: für die Produzenten bis hin zum Verkäufer. Übrigens: Früher firmierte die "Fördergemeinschaft Integrierter Pflanzenbau" noch unter dem Namen "Fördergemeinschaft integrierter Pflanzenschutz", doch hat es den Anschein, daß die relativ konsensfähige Definition der FAO zum integrierten Pflanzenbau hergenommen wurde, um die Ziele der hinter dieser Gemeinschaft stehenden Firmen besser umsetzen zu können.



Exkurs zur Landwirtschaft In den neuen Bundesländern

Ausgangssituation in der ehemaligen DDR

Mit der politischen Wende in der ehemaligen DDR im Herbst 1989 wurden auch die Weichen für die Umgestaltung der Landwirtschaft gestellt. Im Frühjahr 1990 existierten noch knapp 4.000 landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften. Trotz der einheitlichen Organisationsstruktur waren diese LPGs durch starke regionale Unterschiede geprägt.

So gab es unterschiedliche Größenstrukturen und Spezialisierungsgrade, die auch mit den natürlichen Standortgrundlagen in Verbindung zu setzen sind. Unterschiede, die auch in Hinsicht auf die Umwelt nicht einfach in die Schublade westlicher Agrarindustrie zu stecken, sondern in Hinsicht auf ihre Auswirkungen differenziert zu bewerten sind.

Durchgängig sind im Verhältnis zur Gliederung des Agrarraumes in Westdeutschland erheblich größere Ackererschläge zu be-

obachten. Nicht selten sind diese Schläge 100 bis 200 ha groß. Damit verbunden ist eine ausgerichtete Agrarflur, in der Hecken, Biotop, Ruhflächen und Ausgleichsmöglichkeiten für die unterschiedlichen Tier- und Pflanzenarten fehlen. Dazu im Widerspruch steht das aus ökologischer Sicht durchaus sinnvolle Erscheinen einer vielfältigen Fruchtfolge. Der Feldfutteranteil, insbesondere der Luzernenanbau, war ein wesentlicher Bestandteil einer LPG-Fruchtfolge, da wenig Importfuttermittel aus der Dritten Welt in die ehemalige DDR importiert wurden und eine Tierhaltung aus eigenen Produktionsgrundlagen aufrechterhalten werden mußte. So ist auch der Chemieeinsatz, insbesondere im Bereich Düngemittel und chemische Pflanzenschutzmittel, sehr unterschiedlich zu betrachten. Zum einen wurden Umweltschäden durch unsachgemäße Ausbringungstechnik verursacht, zum anderen fehlten jedoch auch Mittel zur Rationalisierung des Getreideanbaus, so wie sie in Westdeutschland üblich sind.

Im Bereich der Viehhaltung konnte man ähnliche Gegensät-

ze beobachten. Neben riesigen tierquälerischen Mast- oder Viehanlagen, deren Größe zwischen z.B. 10.000 Mastschweineplätzen z.B. oder 600 Kuhplätzen variieren, waren darüber hinaus waren auch noch größere Einheiten zu beobachten. Ein großer Teil der Viehhaltung wurde in den alten Ställen der ehemaligen bäuerlichen Betriebe gehalten. Die Tiere standen dort noch auf Stroh, es wurde sehr arbeitsintensiv produziert. Die großen Mastanlagen dagegen haben durch ihren Gülleanfall zu einer erheblichen Belastung des Trinkwassers durch Nitrat aber auch der Luft durch Ammoniak geführt.

Diese unterschiedlichen Strukturmerkmale der DDR-Landwirtschaft führten auf der einen Seite zu intensiven stark belasteten Gegenden und auf der anderen Seite zu Agrarlandschaften, die noch halbwegs intakt geblieben sind. Die Arbeitsverfassung in einer landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft und die damit verbundene Lohnarbeiterschaft führte zu einem Fehlen der traditionellen Bodenbindung eines bäuerlichen Familienbetriebes. Dieser Aspekt ist

Hollands Bauern lockt der „Wilde Osten“

Hoffnung auf hohe Profite / Keine Expansion in den dichtbesiedelten Niederlanden möglich

Von Helmut Hetzel

Den Haag
„Go East“, lautet die Devise derzeit unter niederländischen Landwirten. Immer mehr wollen die Niederlande verlassen und sich eine Existenz in Ostdeutschland aufbauen. Die Region, wo einst ineffizient arbeitende landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG) in Berlin formulierte wirklichkeitsfremde Pläne zu erfüllen hatten, ist ihr Eldorado. Der Ansturm auf Ostdeutschland hat eingesetzt. Hollands Agrarpioniere wollen in den „Wilden Osten.“

„Ich fühle mich hier, wie sich einst meine amerikanischen Kollegen im Wilden Westen gefühlt haben müssen“, sagt Berend van der Velde. „In den Wochen, seit ich hier bin, saß ich noch kein einziges Mal auf meinem Traktor. Ich liege im Dauerclinch mit einer gigantischen Bürokratie, aber wir schaffen das schon.“ Der junge niederländische Landwirt hat zusammen mit seiner Familie und der seines Bruders Alco südlich von Magdeburg eine ehemalige LPG mit einigen hundert Hektar Land gekauft.

So wie Berend und Alco van der Velde haben sich schon einige Dutzend niederländische Landwirte auf den großen Treck begeben. Hunderte könnten ihnen folgen. „Denn das Interesse der niederländischen Landwirte, in den neuen Ländern eigene Betriebe zu gründen, ist enorm groß“, heißt es in der Berliner Dependence der deutsch-niederländischen Handelskammer. Es ist so groß, daß die Kammer am 1. Juni in den Utrechter Messehallen sogar ein Symposium über die „Niederlassungsmöglichkeiten in der ehemaligen DDR“ für holländische Bauern abhalten wird.

Was lockt die holländischen Landwirte in den Osten? Henk Weinans war mit einem Grundbesitz von 500 ha Land einst einer der größten und sicher auch reichsten Landwirte der Niederlande. Inzwischen ist er in Kroppenstedt bei Magdeburg Herr über die ehemalige LPG „Fortschritt“, wo er künftig jährlich 5 Millionen Liter Milch mit etwa 1000 Kühen produzieren, aber auch Gemüse, Getreide, Zuckerrüben und Tulpen anbauen will. „Der Boden hier ist besser als bei uns“, begründet Weinans seinen Schritt. Außerdem sei die Fläche zusammenhängend.

Man könne dort um ein Drittel bis zur Hälfte billiger produzieren als zu Hause. Auch er gibt sich, von manchem Einheimischen als „Neo-Kolonialist“ verspottet, optimistisch. Weinans hat einige der ehemaligen Mitarbeiter der LPG Fortschritt in Dienst genommen. „Sie verdienen bei mir ungefähr 10 Prozent mehr als früher in der LPG“, sagt er.

Weinans ist kein Einzelfall. Unterdessen haben eine Gruppe friesischer Landwirte eine Delegation zusammengestellt, die derzeit die einstigen LPG zwischen Rostock und Suhl bereist und Kontakte zur Treuhandanstalt knüpft. Sie wissen aus Erfahrung, daß die nun in Ostdeutschland entstehenden neuen Landwirtschaftsbetriebe mit einer Größenordnung zwischen 300 und 500 ha hochprofitabel sein können, wenn sie richtig bewirtschaftet werden. Außerdem sind die von der EG für Ostdeutschland festgelegten Milchquoten höher als die entsprechenden Quoten für die Niederlande. Und sie wissen, daß man im dichtbevölkersten Land Europas als Landwirt nicht mehr expandieren kann, weil es keine freie landwirtschaftliche Nutzfläche mehr gibt.



im Hinblick auf die Umweltauswirkungen der Produktion sicherlich nicht zu vernachlässigen.

Entwicklungsperspektive

Aus dieser Ausgangssituation startete die DDR-Landwirtschaft im Frühjahr ihren Anpassungsweg in Richtung EG-Agrarpolitik, der am 1. Juli 1990 durch die Wirtschafts- und Sozial-Union eine Dynamik bekommen hat, deren Entwicklung für viele nicht mehr steuerbar war. Die Landwirtschaft der ehemaligen DDR wurde unvorbereitet in den rauen Wind der EG-Agrarmarktpolitik geschleudert. Neben den Preiszusammenbrüchen führten auch die ungeklärten Rechtsverhältnisse in der LPG sowie die gesetzlich vorgeschriebenen Umgestaltungsmöglichkeiten zu einem Chaos. Durch diesen unregelmäßigen Übergang in neue Rechts- und Organisationsformen wurde viel in der Landwirtschaft angespartes Vermögen aufs Spiel gesetzt.

Der Umstrukturierungsprozeß wird mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Momentan und zum heutigen Zeitpunkt (Frühjahr 1991) ist ein sehr starker Erosionsprozeß der alten LPGs zu beobachten. Es wird nur wenige Betriebe geben, die in der neuen Form einer eingetragenen Genossenschaft, einer GmbH oder einer GmbH & Co KG, für sich und für die in der Landwirtschaft Tätigen eine Perspektive aufbauen können.

Die Anzahl derjenigen Menschen, die wieder einen eigenständigen bäuerlichen Familienbetrieb bewirtschaften wollen, ist noch sehr gering, diese wird sich aber in den nächsten Jahren noch verbessern oder vergrößern lassen. Die sich auf der einen Seite gründenden Kapitalgesellschaften als Nachfolgeorganisation der LPGs sind in der Regel landwirtschaftliche Großbetriebe, mit einer Lohnarbeitsverfassung, die mit westlicher Technik und westlichen Investitionsmöglichkeiten eine intensive Agrarproduktion aufbauen

werden. Zu beobachten ist eine Intensivierung der Fruchtfolge, insbesondere auch durch eine Intensivierung der einzelnen Fruchtarten innerhalb der Fruchtfolge. So stehen jetzt gezielte Düngungs- und Pflanzenschutztechniken zur Verfügung, die eine Bewirtschaftung bis in die höchsten Intensitätsgrade zulassen und damit eine weitere Spezialisierung der Produktion in Gang setzen werden. Es wird eine geringe Zahl Genossenschaften geben, die in Form einer landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft eine überschaubare Betriebsgröße behalten werden. Des Weiteren ist zu beobachten, daß aus den angrenzenden westlichen Bundesländern vermehrt Pächter ganze Gemarkungen besetzen. Ebenso versucht die Agrarindustrie aus den westlichen Bundesländern und den angrenzenden EG-Staaten, sich in Ostdeutschland zu etablieren. Die Kartoffelfirma Stöver hat z.B. in der Magdeburger Börde 2.000 ha gepachtet, um dort intensiv Kartoffeln anzubauen.

Fazit: Es ist zu befürchten, daß eine Intensivierungswelle über die ehemalige DDR-Landwirtschaft hinwegrollen wird, mit großen negativen Folgen für die Umwelt, aber auch für das soziale Gefüge in den Dörfern. Gefördert wird diese Entwicklung durch die Konzentration der Vermarktungsstrukturen, die auf eine großbetriebliche, industrialisierte Landwirtschaft abgestimmt ist.

1) aus: Weiger, 1990: "Landwirtschaft und Naturschutz, Situation - Defizite - Strategien", Forstw. Cbl 109, Parey Verlag Hamburg

2) Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (Hrsg.): "Wachstumslandwirtschaft und Umweltzerstörung", Bd. 1 und 2, Rheda Wiedenbrück, 1990

3) Brink/Baumgartner, 1989: "Wachstumslandwirtschaft und Umweltzerstörung", Bd. 1 der abl Reihe, Rheda Wiedenbrück,

4) Poppinga, 1990: "Statt wissen-

schafflicher Diskussion: Schnellschüsse aus der Hüfte", in: "Wachstumslandwirtschaft ...", aaO, Bd. 2

5) Poppinga, s.o.

6) z.B.: Club of Rome: "Die Grenzen des Wachstums"; Herbert Gruhl: "Ein Planet wird geplündert"; "Global 2000" - Bericht an den amerikanischen Präsidenten

7) Niek Koning: "Bauern, Markt und Staat: Evolution der Landwirtschaft im Kapitalismus und der neoliberale Angriff auf die Agrarpolitik der EG", in: Gödde/ Vögelin: "Für eine bäuerliche Landwirtschaft", Schriftenreihe des FB 13 der Gh Kassel, Bd. 14, Kassel, 1988

8) Agrar Europe 44/89

9) TAZ vom 28.1.85 und Agrarbericht 91

10) Bioland 5/90

11) Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Dietz Verlag 1988, Berlin

12) Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr.5/S.25, 16.1.91

13) Poppinga/Schmidt: "Die zwei Wege landwirtschaftlicher Reformen - umweltverträgliche Produktion in bäuerlichen Betrieben oder Ausgleichspolitik?" Bauernblatt Extra, Rheda Wiedenbrück

14) Bayerwald Bote, Ausgabe 269 vom 22.11.90, S.4

15) FAZ vom 31.10.90

16) Woche im Bundestag, wib 17/90 vom 10.10.90 x/201

17) Aktionsprogramm Ökologie, aaO, Tz 182

18) Quelle: Poppinga/Schmidt: "Die zwei Wege landwirtschaftlicher Reformen: Umweltverträgliche Produktion in bäuerlichen Betrieben oder Ausgleichspolitik", Bauernblatt Extra, ABL, Rheda-Wiedenbrück.

19) Agrar Europe 3/91 vom 14.01.91



4. DIE AGRARPOLITISCHEN FORDERUNGEN DES BUND

Nach den Vorstellungen des BUND soll die Landwirtschaft in Zukunft verschiedenen Anforderungen gerecht werden. Sie soll gleichzeitig:

- gesunde Nahrungsmittel liefern
- die Umwelt nicht belasten
- die Vielfalt an Tier- und Pflanzen erhalten
- Arbeitsplätze sichern und neue schaffen
- sowie den Landwirten ein gerechtes Einkommen sichern.

Agrarpolitisches Ziel des BUND ist es deshalb, allen bäuerlich strukturierten Betrieben eine Chance auf Erhaltung ihres Arbeitsplatzes in der Landwirtschaft zu geben; mehr noch: die Landwirtschaft muß zukünftig wieder qualifizierte, sozial- und umweltverträgliche Arbeitsplätze neu zur Verfügung stellen, sowohl in den elf alten wie in den fünf neuen Bundesländern. Flächen auslaufender Betriebe dürfen nicht länger zur Aufstockung von Wachstumsbetrieben verwandt werden. Allen landwirtschaftlichen Betrieben - und der Umwelt - muß wieder eine Perspektive geboten werden. Es gilt aber nicht nur, ein neues ökologisches Leitbild für die Landwirtschaft zu formulieren; es gilt auch, den gesellschaftlichen Stellenwert des Bauern in der Gesellschaft neu zu bestimmen. Er soll u.E. nicht länger als Subventionsempfänger negativ bewertet werden, vielmehr sollen die Produktionsleistungen, die nicht nur gesunde Nahrungsmittel liefern, sondern gleichzeitig Umwelt bewahren und Kulturlandschaften formen, gerecht entlohnt werden. Die neue Agrarpolitik soll nicht länger nach kurzfristigen ökonomischen Zielen streben und späteren Generationen schwere ökologische Folgeschäden aufbürden. Wir wollen wieder eine Einheit von Produktion und Natur. Deshalb muß eine bäuerliche, ökologisch verträgliche, relativ autarke Produktion, die sich auf die gesamte landwirtschaftliche Nutzfläche erstreckt, wieder konkurrenzfähig werden. Unser

Ziel ist es, Betrieben mit einer bestimmten, politisch definierten Struktur über einen Ordnungsrahmen und über die Preisgestaltung der Produkte wieder ein ausreichendes Einkommen zu ermöglichen.

Unsere Vision ist: Durch die Schaffung von Rahmenbedingungen, die im folgenden benannt werden, erhalten Einzelbetriebe mit 15 bis 20 ha Größe (der derzeitigen Durchschnittsgröße in der alten Bundesrepublik) und einem ökologisch verträglichen Viehbesatz (max. 1,5 Dungeinheiten pro ha) ohne soziale und ökologische Ausbeutung eine sichere Existenzgrundlage, auf der sie als Vollerwerbsbetrieb wirtschaften können. Eine solche Orientierung schließt weder größere Betriebe noch kleinere Neben- oder Zuerwerbsbetriebe aus, soll aber als politisches Bekenntnis zugunsten der Existenz relativ "kleiner" Einheiten und als Kampfansage an die Wachstumslandwirtschaft verstanden werden. Statt Betriebsstillegungen weiter direkt oder indirekt zu fördern, sollte ein Programm zur Existenzsicherung in Betrieben ohne Hofnachfolger entwickelt werden. Allen Betrieben muß das Recht eingeräumt werden, Milchvieh zu halten, auch um geschlossene Produktionskreisläufe zu ermöglichen.

Das BUND-Konzept eines sozialen und ökologischen Umbaus der Landwirtschaft strebt die Zusammenfüh-

rung einzelbetrieblicher, gesellschaftlicher und ökologischer Ziele bei weitgehender Erhaltung bäuerlicher Handlungsfreiheit an. Notwendig ist, die sozialen und ökologischen Kosten der Landwirtschaft in die Produktion von Agrargütern zu internalisieren, d.h. auf den Produktpreis aufzuschlagen. Die erhöhten Preise für die Produkte einer sozial- und umweltverträglich arbeitenden Landwirtschaft können sich am Markt bei entsprechend gesetzten Rahmenbedingungen und Marktstrukturen durchsetzen.

Der sozial-ökologische Umbau der Landwirtschaft erfordert nach Meinung des BUND die Kombination eines veränderten Ordnungsrahmens mit verschiedenen instrumentellen Maßnahmen.

Der wichtigste Ansatzpunkt ist die Preispolitik:

Preise für Grundmengen - Produktabhängige Bezahlung.

Bauern haben ebenso wie alle anderen Mitglieder unserer Gesellschaft Anspruch auf eine gerechte Entlohnung ihrer Arbeit. Derzeit kann dies selbst dann oft nicht erreicht werden, wenn die Umwelt und die eigene Arbeitskraft ausgebeutet werden (s.o.). Die Erlöse, die die einzelnen Landwirte aus ihrer Produktion erzielen können, werden selbst bei einem neu zu setzenden Ordnungsrahmen (s.u.) noch





sehr unterschiedlich sein, da die Produktionsbedingungen (Boden, Wasser, Luft/ Klima, Marktnähe/ -ferne, technische Ausstattung etc.) sehr unterschiedlich sind.

In einer Zeit, in der fast alle Seiten produktionsunabhängige Einkommensübertragungen vorschlagen, die den generellen Intensivierungsdruck nicht mindern, sondern ggf. sogar verschärfen, hält der BUND - wie seine befreundeten Verbände in der Agraropposition - an Preisvorschlägen für Grundmengen fest. Die Arbeit der Bauern und die Produktabhängigkeit der Bezahlung muß (wieder) in den Vordergrund gerückt werden. Bauern sollen für ihre Erzeugnisse bezahlt und nicht qua Direktübertragungseinkommen zu Sozialhilfeempfängern degradiert werden.

Eine aktive Preispolitik kann aber erst einsetzen, wenn Angebot und Nachfrage sich die Waage halten. Um dieses zu erreichen, schlägt der BUND diverse Maßnahmen zur Mengenbegrenzung vor. Diese setzen allerdings nicht - wie z.B. die Programme der EG - an der Größe der Fläche an, sondern an der Intensität der Flächennutzung. Unsere Vorschläge zur Intensitätsbegrenzung und folglich zum Überschussabbau werden auch nicht gemacht, um anschließend Gelder für Ausgleichszahlungen frei zu haben, sondern um die Möglichkeit einer aktiven Preispolitik zu schaffen. Nach unserer Ansicht muß die Agrarproduktion um mindestens 20% zurückgehen. Dies ist gewährleistet, wenn

- eine umweltverträgliche Landwirtschaft EG-weit flächendeckend auf Basis der Definition aus dem "Aktionsprogramm Ökologie" eingeführt wird,
- der Import von Kraftfuttermitteln drastisch eingeschränkt wird, was kein GATT-Problem mehr darstellt, wenn - wie vom BUND gefordert - kein EG-Produkt den Weltmarkt überschwemmt und zudem Exportsubventionen gestrichen werden,
- alle Kraftfuttermittel verboten werden, die nicht umwelt- und sozialverträglich produziert worden sind,

- im Fall eines Scheiterns dieser Forderungen in der EG nationale Quoten zum Schutz der deutschen Landwirtschaft eingeführt werden, und
- (im Bedarfsfall) Produktionsobergrenzen pro Nutzungseinheit festgelegt werden (Quotensystem).

Eine so erzielte Anpassung der Produktion an die Nachfrage bewirkt jedoch noch keine höheren Preise für die Produktion der Erzeuger. Denn: Der Markt regelt die sozial- bzw. ökologische Frage nicht. Da jedoch höhere Preise für bestimmte Grundmengen notwendig sind, um den Landwirten vernünftige (Vergleichs)einkommen bieten zu können, fordert der BUND politisch festgesetzte Preise, über deren Höhe diskutiert werden müßte. Der BUND spricht sich deshalb für die Bildung einer Kommission aus, bestehend aus Regierung, Bauern, Umweltschützern und Verbrauchern, die einen Basis-/bzw. Grundlagenpreis finden soll, der die Entlohnung der geleisteten bäuerlichen Arbeit garantiert. Der Preis für die Produkte der Bauern ist mit dem Basis- bzw. Grundpreis zu vergleichen. Liegt der Marktpreis unter dem Basis-/Grundpreis, so ist eine Anhebung vorzunehmen. Solche Regelungen existieren bereits in Österreich bzw. Italien; sie wären also auch EG-konform. Bekanntlich gibt es Garantiepreise für Agrarproduzenten, nämlich in Form der "Interventionspreise". Aber leider beschränken sich diese nicht auf hofinterne Grundmengen.

Verhandlungen über neuen Milchauszahlungspreis in der Sackgasse

"In die Auseinandersetzungen zwischen Kuhhaltern und Verarbeitungsbetrieben über die neuen Milchpreise für 1991 in Italien hat sich jetzt Landwirtschaftsminister Vito Saccomandi als Vermittler eingeschaltet. Seit 1989 muß der Mindestpreis für die Kuhhalter auf der Basis des im Frühjahr 1988 in Kraft getretenen Rahmengesetzes für interprofessionelle Vereinbarungen zwischen den Landwirten und den Molkereien festgelegt werden. Verhandlungspartner sind der Fachverband der Milcherzeuger (UNALAT) und

die Dachorganisation der Molkereien (Assolatte) "(1)

Der Grundpreis gewährleistet kein Vergleichseinkommen für kleinere bäuerliche Betriebe, insbesondere auf Standorten mit schlechten Produktionsbedingungen (Steilheit, Feuchte, Trockenheit) bzw. bei Marktferne. Deshalb muß die Möglichkeit geschaffen werden, in einzelnen EG Ländern bzw. Regionen eigene Programme zur Existenzsicherung solcher Betriebe aufzulegen. Diese können aus gestaffelten Preiszuschlägen, aus der Entlohnung tatsächlicher landeskultureller Leistungen oder aber aus einem familienbezogenen Einkommensausgleich bestehen.

Der Ordnungsrahmen

Da der freie Markt den breiten gesellschaftlichen und ökologischen Aufgaben der Landwirtschaft nicht Rechnung tragen kann, muß der Staat Rahmenbedingungen setzen, die zur Integration einzelbetrieblicher, gesellschaftlicher und ökologischer Ziele führen. Innerhalb dieses Rahmens soll den Landwirten soweit möglich Handlungsfreiheit verbleiben; der Markt soll, soweit dies der erweiterten Zielsetzung der Landwirtschaft nicht entgegensteht, regulierende Funktion behalten.

Die Sozialpflichtigkeit am Bodeneigentum muß neu definiert, das Verursacher- und Vorsorgeprinzip konsequent durchgesetzt werden. Die erweiterte Zielsetzung der Landwirtschaft gehört in allen Gesetzen wie dem Bundesnaturschutzgesetz, dem Wasserhaushaltsgesetz, dem Raumordnungs- und dem Flurbereinigungs-, aber natürlich und besonders im Landwirtschaftsgesetz festgeschrieben.

Solange nicht weltweit Rahmenbedingungen geschaffen sind, die die soziale und ökologische Dimension in die Agrarpolitik und -produktion einbeziehen, muß die Landwirtschaft der EG, respektive der Bundesrepublik, vor Nahrungs- und Futtermittelimporten geschützt werden, die die gesellschaftlichen und ökologischen Kosten ihrer Produktion nicht in ihrem Preis enthalten.



Instrumentelle Maßnahmen:

Der BUND schlägt eine Kombination von marktwirtschaftlichen, ordnungsrechtlichen und planerischen Instrumenten sowie von Förderungsmaßnahmen vor. Im einzelnen sind dies:

- Einführung einer Betriebsmittelabgabe, z.B. einer Stickstoffabgabe/-steuer: Sie ist ein zentrales Instrument, das ohne Dirigismus und mit geringem Verwaltungsaufwand zu einer deutlichen, generellen Extensivierung der Landbewirtschaftung führt. Bei deutlich höheren Preisen für Stickstoff korrigieren sich die umweltschädlichen Fehlentwicklungen der übertriebenen Intensivierung, der betrieblichen Spezialisierung und der regionalen Konzentration von Landnutzungsformen von selbst. Die Einnahmen aus der Stickstoffsteuer/-abgabe könnten gezielt für den sozial-ökologischen Umbau der Landwirtschaft genutzt werden. Schon eine Verteuerung von 1 DM pro kg Rein-Stickstoff (was einer Preissteigerung und Steuerbelastung von ca. 100% entspricht) läßt eine Verringerung des Stickstoffeinsatzes in der Landwirtschaft erwarten. Bei der heutigen Düngeintensität werden daraus aber weder geringere Erträge noch umfangreiche ökologische Effekte resultieren. Die aus umwelt- und marktpolitischen Gründen notwendige stärkere Reduzierung des Stickstoffeinsatzes bedarf daher einer deutlichen Verteuerung um 300 bis 400%.

Der BUND schlägt vor, eine Steuer von zunächst 100% einzuführen und in Schritten von 50 % pro Jahr zu erhöhen. Bis zur Stabilisierung der Preise für landwirtschaftliche Produkte wird vorgeschlagen, eine Kompensationszahlung durch die Rückzahlung der eingenommenen Mittel in Form eines pauschalen Betrages pro Hektar vorzunehmen.

Auch der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen hat sich in seinem Sondergutachten 1985 positiv zu einer solchen Steuer geäußert.



- Im Pestizidbereich sind ebenfalls gravierende Änderungen vorzunehmen. Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen hat festgestellt, daß selbst bei sachgerechter- und bestimmungsgemäßer Anwendung der Mittel die Grenzwerte für Pestizide im Trinkwasser überschritten werden, wobei er zudem ausführt, daß die sachgerechte und bestimmungsgemäße Anwendung der Mittel nicht vorausgesetzt werden kann.

Der BUND ist der Auffassung, daß die Pflanzenproduktion ebenso ohne Chemie zu gestalten ist, wie dies im Tierbereich erwartet wird; er fordert daher, eine Steuer auf Pestizide zu erheben. Weil der Kosten-Anteil für Pestizide gemessen an dem dadurch erzielbaren Gewinn in manchen Kulturen so gering ist, daß zu bezweifeln ist, daß eine Steuer über den Preis möglich ist, und aufgrund der schwerwiegenden Auswirkungen mancher Pestizide fordert der BUND zusätzliche Verbote und verschärfte Zulassungs- und Ausbringungsvorschriften sowie die Senkung der zulässigen Konzentration an Rückständen von Pestiziden in und auf Erzeugnissen der Landwirtschaft.

Verbieten werden müssen nach Ansicht des BUND Mittel, deren Wirkstoffe bzw. Metaboliten sich potentiell

im Grundwasser finden können bzw. die Nützlingle gefährden. Darüber hinaus sollen zukünftig Pestizide nur noch als Notfallmaßnahme auf Rezept ausgebracht werden dürfen, verbunden mit einer intensiven biologischen Anbauberatung durch einen qualifizierten, amtlichen Pflanzen-/Anbauberater. (Ähnliche Regelungen gibt es bereits in Brasilien und werden z.Zt. in Italien diskutiert (14).

In der UdSSR ist mittlerweile der chemische Pflanzenschutz in Unterglaskulturen verboten (2), zugelassen sind nur noch biologische Methoden. Auch die Niederlande wollen den Pestizideinsatz reduzieren, und zwar um 50% (3).

Eine solche Maßnahme würde die Pestizidanwendung deutlich verteuern, da die massenhafte Anwendung wegfallen würde und beispielsweise die Entwicklungskosten eines Pestizids (ca. 150 Millionen DM) nicht mehr auf eine breite Masse, sondern nur noch auf eine geringe Menge an ausgebrachten Mitteln umgelegt werden könnte.

Sehr schnell würden dadurch die stark selektiv wirkenden biologischen Mittel, die es für fast jede Form von Pflanzenschutzproblematik gibt, preislich attraktiv werden. Dabei handelt es sich vor allem um verschiedene Nützlingsarten, insektenpathogene Viren, *Bacillus thuringiensis*-Präparate, mikrobielle Antagonisten zur Bekämpfung von Bakterien- und Pilzkrankheiten, insektenpathogene Pilze und Ne-



DUNGEINHEITENSCHLÜSSEL

Tierart	Tiere/DE	DE/ha	Tiere/ha
Rinder: - Milchvieh und Rinder über 2 Jahre	1,0	1,5	1,5
-Mutterkühe und Fleischrinder über 2 Jahre	2,0	1,5	3,0
-Rinder 1 bis 2 Jahre	1,4	1,5	2,1
-Rinder unter 1 Jahr	3,3	1,5	4,95
Schweine: -Schweine über 20 kg	7,0	1,50	10,5
Zuchtsauen mit Nachzucht	3,0	1,5	4,5
Geflügel: - Legehennen	66,5	1,5	100
- Junghennen	142,5	1,5	214
- Masthähnchen	300,0	1,5	450
- Mastenten	50,0	1,5	75
sonst. -Mastgeflügel	50,0	1,5	75
Schafe - 1 Jahr und älter	10,0	1,5	15
- unter 1 Jahr und Mastlämmer	20,0	1,5	15

matoden. Auf Grund des hohen manuellen Aufwandes bei der Herstellung, der selektiven Wirkung und der relativ geringen Dauerwirkung sind ihre Produktion und Anwendung gegenwärtig noch außerordentlich teuer. Auch die Züchtung und der Anbau widerstandsfähiger Kulturpflanzensorten gewinnen unter diesem Aspekt größere Bedeutung als bisher.

"Es sollte erwogen werden, ob die Zulassung von bestimmten umweltbelastenden Pflanzenbehandlungsmitteln nicht mit dem Nachweis der tatsächlichen Notwendigkeit des In-Verkehr-Bringens verknüpft werden sollte"
(4).

- Die Anwendung aus der Luft ist zu untersagen.

Im Bereich der Viehhaltung sollte eine Bindung an die Fläche durch Bestandsobergrenzen pro Hektar sowie pro Betrieb erfolgen

(analog zum NEULAND-Programm):

Vorgeschlagen wird eine flächenbezogene Begrenzung der Tierbestände auf 1,5 Dungeinheiten pro Hektar. Folgender Dungeinheitenschlüssel ist dabei anzuwenden: (s. Tab. oben).

(Anmerkung: Dem BUND ist bekannt, daß der Nährstoffanteil im Kot der Tiere leistungs- wie auch fütterungsabhängig ist. Von dieser Warte her sind solche Dungeinheitenbegrenzungen kein optimales, wohl aber ein handhabbares Vehikel. Theoretisch ist z.B. im Bereich der Milchviehhaltung

auch eine Koppelung der Milchmenge an die Fläche denkbar.)

Als Bestandsobergrenzen für die Tierhaltung werden folgende Werte vorgeschlagen, die für bäuerliche Familienbetriebe mit zwei Arbeitskräften berechnet sind (bei Betriebsformen sind entsprechend des Arbeitskraftbesatzes höhere Bestände denkbar).

- Schweine: 300 Mastschweineplätze und soviel Sauen, wie für ein geschlossenes System nötig sind; Richtwert: 45 Sauen. Bei ausschließlicher Sauenhaltung liegt die Obergrenze bei 60 Sauen

- Legehennen: 2500

- Masthähnchen: 10.000 im Jahr



- Rinder: 40 Kühe mit Nachzucht. Rinder ausschließlich zur Mast: 70 Endmastplätze oder 120 Mastplätze. Ausnahmen sollten für reine Weidemastbetriebe sowie Mutter- und Ammenkuhhaltung möglich sein

- Schafe: 400 Mutterschafe. Ausnahmen sind Wanderschäfereien und Schäfergenossenschaften.

- In der Tierhaltung sind ferner feste Regeln für die art- und tiergerechte Nutztierhaltung durchzusetzen, die sich an den NEULAND-Richtlinien orientieren müßten.

- Für beratungsgeschädigte Betriebe sind Abstockungsprogramme aufzulegen.

- generelles Verbot von Eingriffen wie z.B. Grünlandumbruch in Hanglagen oder Überschwemmungsgebieten, Maisanbau auf erosionsgefährdeten Flächen, auf Niedermoorflächen u.ä.

- Die Größe der Ackerschläge ist zu begrenzen.

Der ökologische Landbau - das produktionstechnische Leitbild des BUND

Als produktionstechnisches Leitbild ist der ökologische Landbau entscheidend zu fördern, dessen Ziel eine umweltschonende und energiesparende Produktion von ernährungsphysiologisch wertvollen Agrarerzeugnissen ist. Besonders die Probleme, die durch Pflanzenbehandlungsmittel (Rückstände, Beeinträchtigung der Bodenlebewesen etc.) hervorgerufen werden, können durch einen flächenhaft betriebenen ökologischen Landbau, der landläufig auch als "biologischer" Landbau bezeichnet wird, gelöst werden, da die so wirtschaftenden Betriebe auf synthetische Stoffe verzichten. Auch die Substitution wasserlöslicher Mineraldünger durch aufbereitete organische Dünger, die zum richtigen Zeitpunkt ausgebracht werden, kann verschiedene Probleme (besonders die Nitratanreicherung des Grundwassers) lösen.

Es existieren in der Schweiz, in Österreich und in der Bundesrepublik verschiedene Varianten des ökologischen Landbaus, so z.B. die biologisch-dynamische Wirtschaftsweise und der organisch-biologische Landbau. Die verschiedenen Richtungen des Ökoanbaus haben aber folgende Merkmale gemeinsam:

- Oberstes Grundprinzip ist eine ganzheitliche Betrachtungsweise der Vorgänge, die mit der landwirtschaftlichen Produktion verbunden werden.

- Es wird ein möglichst geschlossener Betriebskreislauf (mit vielfältiger Struktur) angestrebt, der den naturgesetzlichen Kreislauf zwischen Boden, Pflanzen, Tier und Mensch beachtet.

- Dazu gehört auch die Vermeidung bzw. Reduzierung aller Arten von Umweltbelastung, die durch die Landwirtschaft entstehen können, sowie der Einsatz von lokalen Rohstoffen und Betriebsmitteln.

ARBEITSGEMEINSCHAFT ÖKOLOGISCHER LANDBAU

Anerkannte Verbände der ökologischen Landwirtschaft (Stand: 1. 1. 1991)

Die genannten sechs Verbände und die Stiftung Ökologie und Landbau haben sich 1988 in der AGÖL zusammengeschlossen (Koordinationsstelle, Baumschulenweg 11, D-6100 Darmstadt). Die AGÖL-Mitglieder bewirtschaften zusammen rund 85 000 ha = 0,7 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche (alte Bundesländer) nach den Richtlinien des ökologischen Landbaus (SÖL-Sonderausgabe Nr. 17).

	biologisch-dynamisch	organisch-biologisch	Blokreis Ostbayern	Naturland	ANOG	BÖW
Gründungsjahr	1924	1971	1979	1982	1962	1985
Warenname und Schutzzeichen					 Kontrollierte biologische Produkte	
Bei Umstellungsware		„Bioland-Erzeugnisse aus dem Umstellungsbetrieb“	aus dem Umstellungsbetrieb	aus dem Umstellungsbetrieb	aus dem Umstellungsbetrieb	aus dem Umstellungsbetrieb
Anbaufläche (ha)	23 914	46 943 ²⁾	2 151	11 191	2 009	525 ²⁾
Zahl der Betriebe	1 098	1 546 ²⁾	150	401	78	94 ²⁾
Zeitschrift	„Lebendige Erde“, mit „Gartenrundbrief“, „Demeterblätter“ ²⁾	„Bioland“	„Bio-Nachrichten“	„Naturland“	„ANOG-Informationen“	Mitteilungen in „Ökologie und Landbau“
Adresse	Forschungsring für Biologisch-Dynamische Wirtschaftsweise e. V., Baumschulenweg 11 6100 Darmstadt	Bioland - Verband für organisch-biologischen Landbau e. V., Barbarossastraße 14 7336 Uhingen	Biokreis Ostbayern e. V., Theresienstraße 36 8390 Passau	Naturland - Verband für naturgemäßen Landbau e. V., Kleinhärdner Weg 1 8032 Gräfelfing	ANOG - AG für natürlichen Obst-, Gemüse- u. Feldfruchtanbau e. V., Josef-Schell-Str. 17 5300 Bonn	Bundesverband Ökologischer Weinbau e. V., Oberrasse 9 6719 Ottersheim/Pfalz



¹⁾ Verarbeiter, Händler und Verbraucher wenden sich bitte an: Demeter-Bund e. V., Fenchelstraße 14, D-7000 Stuttgart 75; ²⁾ Vorläufige Zahl Kontaktadressen neue Bundesländer: Gaa - Arbeitsgemeinschaft für Ökologischen Landbau, Postfach 001, O-8211 Goppeln BÖL - Beratungsring Ökologischer Landbau, Kieler Straße 26, 2352 Bordesholm (vorläufige Anschrift)
© Stiftung Ökologie und Landbau, Weinstraße Süd 51, 6702 Bad Dürkheim, Januar 1991
Diese Übersicht ist als DIN A2-Plakat für DM 1,- pro Stück (+ 2,- Porto) bei der Stiftung Ökologie und Landbau erhältlich



- Kennzeichnend ist eine gute Pflege und Ernährung der Bodenlebewesen durch umsichtige Bodenbearbeitung und organische Dünger.

- Die Widerstandskraft der Pflanzen gegen Schädlinge und Krankheiten wird durch angepaßte Saatgutentwicklung sowie durch Fruchtfolgemaßnahmen erhöht.

- Bei der Wahl der Pflanzenarten und -sorten (aber auch der Tiere) wird vor allem auf die Standortbedingungen sowie auf geringe Krankheitsanfälligkeit Rücksicht genommen.

- Neben vorbeugenden und langfristige angelegten Maßnahmen der Pflanzenhygiene ist die Förderung der Nützlinge ein wesentlicher Bestandteil des Pflanzenschutzkonzeptes im ökologischen Landbau. Auf den Einsatz von chemisch-synthetischen Pflanzenbehandlungsmitteln wird vollends verzichtet.

- Die Versorgung der Pflanzen mit Nährstoffen erfolgt über vielfältige Fruchtfolgen (u.a. Gründüngung), über die Aktivierung des Bodenlebens sowie über aufgebraute organische Düngemittel. Auf den Einsatz von wasserlöslichen Mineraldüngern wird verzichtet.

Die ökologische Agrikultur bietet heute den Landwirten, die ihre Produktion auf eine der genannten Methoden umstellen, ein ausreichendes Einkommen. Hierfür gibt es zumindest zwei Gründe: Einmal ist das Angebot an echten Bio-Produkten bisher noch geringer als die Nachfrage, so daß hierfür ein guter Preis bezahlt wird. Da zweitens die Erträge des ökologischen Landbaus nur geringfügig hinter den Erträgen der konventionellen Agrartechnik zurückbleiben, der Betriebsmitteleinsatz aber wesentlich geringer ist, ist auch das Einkommen der Landwirte gesichert. Untersuchungen ergaben, daß eine massive Förderung und

Verbreitung des alternativen Landbaus auch zur Lösung des Arbeitsplatzproblems in der Bundesrepublik beitragen könnte.

Oft ist in Verbindung mit dem ökologischen Landbau auch eine Art alternative Vermarktung entstanden, z.B. kleinere Bioläden und besonders die Direktvermarktung, die allerdings in vielen Bereichen durch übertriebene bürokratische Auflagen erschwert wird. Die Weiterverarbeitungsindustrie hat sich im Bereich des biologischen Landbaus noch nicht so stark zwischen Erzeuger und Verbraucher schieben können. Was sonst der Zwischenhandel abschöpft, kommt hier also direkt dem Landwirt bzw. dem Verbraucher zugute.

Allerdings beginnen sich auch bei alternativ produzierenden Lebensmitteln die Vermarktungsstrukturen zu etablieren, die aus dem herkömmlichen Nahrungsmittelmarkt bekannt sind. So richten große Lebensmittelketten in ihren Filialen sogenannte "Bio-Ecken" ein. Dabei ist häufig nicht sichergestellt, daß diese Produkte wirklich aus ökologischem Anbau stammen.

Sicherheit und Schutz für den Verbraucher können hier die von der Stiftung Ökologie und Landbau (6) herausgegebenen Rahmenrichtlinien zum ökologischen Landbau bringen. Diese liefern eine Definition des ökologischen Landbaus und tragen dadurch dazu bei, dem Wildwuchs mit angeblicher "Bioware" Einhalt zu gebieten.

Doch auch der biologische Landbau kann hinsichtlich einiger Bestimmungen (speziell im Bereich des Naturschutzes, bei Rückstands- und Kontrollfragen etc) Verbesserungen erfahren. In der letzten Zeit wurde deutlich, daß allein mit dieser Produktionstechnik der Strukturwandel nicht gestoppt werden kann. D.h.: von der Existenzsicherung her ist der biologische Landbau nicht (mehr) der Hoffnungsträger von bedrohten Betrieben. Denn längst ist das Prinzip des Wachsens oder Weichens auch im biologischen Landbau eingekehrt, speziell nachdem erkannt wurde, daß in dieser Marktnische gutes Geld verdient werden kann.

Die vielfältigen Vorteile der ökologischen Landbewirtschaftung sind in zahlreichen Untersuchungen nachge-

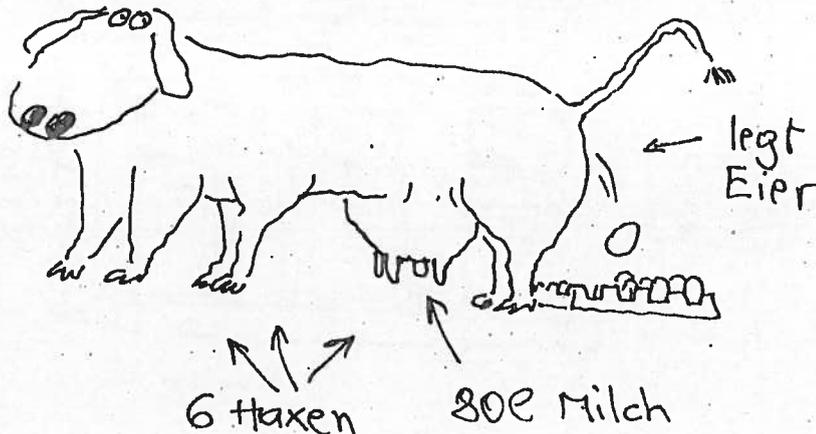
Ökologisch wirtschaftende Betriebe in Schleswig-Holstein

Betriebsgrößenklasse in ha (Umstellungsbetrieb %)	Altbetrieb		
	Anzahl	%	Anzahl
< 1 (-)	1	0,9	
1 - 5 (2,2 %)	11	10,4	2
5 - 10 (13,2 %)	10	9,4	12
20 - 30 (9,9 %)	15	14,2	9
30 - 50 (15,4 %)	25	23,6	14
50 - 100 (36,3 %)	29	27,4	33
> 100 (17,6 %)	6	5,7	16
Insgesamt	106	91,6	91

Quelle: LT-Drucksache 12/658 v. 11.01.90



1999:
das Universalzucht-hennenschweinsind



wiesen. Zum Komplex Artenreichtum/ Artenschutz auf Ackerstandorten zeigen die Arbeiten, daß auf biologisch bebauten Ackerflächen doppelt so viele Pflanzenarten anzutreffen sind wie bei vergleichbaren konventionellen Feldern. Auch die bodennahe Fauna ist deutlich stärker und artenreicher auf den ökologisch wirtschaftenden Betrieben. Vergleichsuntersuchungen zeigten auch, daß ökologisch bewirtschaftete Grünlandflächen eine höhere Artenvielfalt aufweisen und ansonsten selten gewordenen Arten Lebensraum bieten können (auch wenig intensiv geführte konventionelle Schläge können diese Kriterien erfüllen).

Durch gezielte Fruchtfolgen und sorgfältige Bodenpflege werden struktur- und fruchtbarkeitsgefährdende Bodenabträge vermieden und die Böden gesund und fruchtbar erhalten.

Auch in bezug auf eine gewässerschonende Landbewirtschaftung ist der ökologische Landbau vorteilhaft. Dazu gehört der völlige Verzicht auf chemisch-synthetische Pflanzenbehandlungsmittel, und damit die Vermeidung unabsehbarer Gefahren für die Gesundheit von Mensch und Natur (siehe Kap. 2). Durch den Verzicht auf leicht-lösliche Mineraldüngemittel, insbesondere Stickstoffdünger, den weitgehenden Verzicht auf Futtermittel-

zukauf und die flächengebundene Viehhaltung (max. 1,4 Dungeinheit/ha), kann bei Berücksichtigung der acker- und pflanzenbaulich optimalen Maßnahmen der Stickstoffaustrag in Gewässer nahezu vollständig vermieden werden.

So kann es kaum verwundern, daß in der letzten Zeit immer mehr große Betriebe umstellen, besonders seitdem die Umstellung auf biologischen Landbau im Rahmen der EG-Förderung unterstützt wird. In Schleswig-Holstein bewirtschaften die 106 anerkannten (Alt-)Betriebe insgesamt 3522 ha, die 91 (Neu-)Betriebe, die sich derzeit in der Umstellung befinden, weisen allein 6007 ha auf. (s. Tab.S.52)

Natürlich können die Großbetriebe preisgünstiger produzieren, und so ist die Tendenz absehbar, daß sich ähnliche Prozesse im Bereich des ökologischen Landbaus abzeichnen, wie sie im konventionellen Bereich beklagt werden.

Abschließende Betrachtung:

Der ökologische Landbau hat sich sowohl in der Gesellschaft als auch bei der Agrarpolitik nach und nach ein Ansehen verschafft. Nachdem er von der Politik über lange Zeiten hinweg erst nicht wahrgenommen, später dann diffamiert wurde, gibt es jetzt sogar erste

Förderungsprogramme auf allen politischen Ebenen, was vom BUND ausdrücklich begrüßt wird, auch wenn die politische Motivation, solche Programme aufzulegen, sich weniger aus einem ökologischen Verständnis ergab, sondern daraus, daß ökologisch wirtschaftende Betriebe geringere Erträge einfahren und somit zum Überschubabbau beizutragen vermögen. Die Förderung des ökologischen Landbaus ist dennoch als Erfolg auch der Ökologiebewegung zu werten.

Die Agrarindustrie hat dieses Marktsegment - um mehr handelt es sich leider nicht- für sich entdeckt und versucht dieses mit den bekannten Methoden abzudecken. Die Forderung nach Erhalt möglichst vieler bäuerlicher Betriebe, begründet nicht nur mit sozial- und arbeitsmarktpolitischen, sondern auch ökologischen Argumenten, wurde bislang von den biologischen Landbauverbänden nicht aufgegriffen. Sie begreifen den biologischen Landbau auch nicht als agrarpolitisches Instrument, sondern ausschließlich als Produktionstechnik und Marktnischenprogramm. Dies ist zwar historisch erklärbar (als der biologische Landbau eingeführt wurde, gab es noch kein Bauernsterben), muß aber inzwischen als überholt kritisiert werden, geht es doch längst nicht mehr allein um Umwelt- und Gesundheitsaspekte, sondern auch um soziale Fragen.

- Zu einer umwelt- wie sozial- und verbrauchergerechten Landwirtschaft gehört eine ebensolche Verarbeitungs- und Vermarktungsstruktur. Die staatlich geförderten Konzentrationsstendenzen, die Kleinstrukturen zerstören, müssen gestoppt werden. Vielmehr sollten regionale Entwicklungen zur Etablierung von kleinen Schlachthöfen, Molkereien, aber auch Vermarktungsbemühungen wie Regional- oder Bauernmärkte wieder staatlich gefördert werden. Auch hier ist ein erheblicher Beratungsbedarf vorhanden, den es zu befriedigen gilt.

- In Verbindung mit der Vermarktung sind die existierenden Handels- und Güteklassen kritisch zu hinterfragen. Diese orientieren sich nicht an wertgebundenen In-



haltsstoffen, sondern richten sich fast ausschließlich nach optischen Kriterien.

Direkte Einkommenübertragungen sind nur für eine Übergangszeit und zum Ausgleich von Produktionserschwerissen in benachteiligten Gebieten sinnvoll. Die Bezahlung ökologischer Leistungen - als über die Nahrungsmittelerzeugung hinausgehendes öffentliches Gut - ist als generelles Instrument zur langfristig gesicherten Durchsetzung einer sozial- und umweltverträglichen Landwirtschaft nicht sinnvoll und wird vom BUND abgelehnt. Sie soll nur regional dort befristet und ergänzend eingesetzt werden, wo die Grobsteuerung durch marktwirtschaftliche und ordnungspolitische Instrumente nicht ausreicht. Sie sollten aber immer an umweltpolitischen Vorgaben geknüpft sein. Die Honorierung von Landschaftspflegeleistungen in wenigen, genau definierten Fällen, bleibt hiervon unberücksichtigt.

Eine weitere Förderung des Strukturwandels in der Landwirtschaft wird vom BUND strikt abgelehnt, auch wenn sie sich z.T. als sozialpolitische Maßnahme tarnt, wie etwa einzelbetriebliche Förderungsprogramme mit Wachstumstendenzen, Produktionsaufgabereuten o.ä.

Eine Neuorientierung der einzelbetrieblichen Förderung hin zur ökologischen Landwirtschaft ist schon deshalb notwendig, weil jahrelang einseitig Wachstumsbetriebe gefördert wurden. Die Geldleistungen sind zugunsten einer Unterstützung dezentraler, verbraucher- und umweltgerechter Strukturen einzustellen und umzuschichten (Festmistprogramme, regenerative Energien, Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum, regionale Verarbeitung und Vermarktung, Qualitätsförderung etc.)

Die Etablierung einer umweltverträglichen Landwirtschaft setzt auch voraus, daß z.T. schärfere Grenzwerte (z.B. für Nitrat in Gemüse, wo es noch keine Werte gibt) und neue Güte- und Handelsklassen etabliert werden.



Denn die Güteklassen stützen derzeit eine Intensivproduktion und diskriminieren eindeutig ökologische Anbauverfahren. Der Verbraucher muß zudem vor dem sog. Bio-Graumarkt geschützt werden. Hierunter verstehen wir Produkte, die durch gewisse Produktionsveränderungen nicht voll konventionell-intensiv, aber auch nicht nach den (strengen) Richtlinien des ökologischen Landbaus produziert werden. Diese halb "Bio", halb "konventionellen" Produkte werden oft in umweltverträglich anmutenden Verpackungen mit dem nicht geschützten Prädikat "bio" oder "kontrollierter Anbau" verkauft. Viele Verbraucher glauben zu unrecht, hier Waren zu kaufen, die den strengen Öko-Anbau-Richtlinien entsprechen. Deshalb ist die Schaffung eines qualifizierten "Bio-Güte-Siegels" unerlässlich.

Umbauprogramm für die fünf neuen Länder

Für die neuen Bundesländer fehlt ein gezieltes Umbauprogramm für eine umweltverträgliche, sozialverträgliche und Dritte-Welt-verträgliche Landwirtschaft in überschaubaren Strukturen. Die Politik hätte die Möglichkeit gehabt, im Rahmen der Umstrukturierung und der Vereinigung beider deutscher Staaten hier entsprechende Weichen

zu stellen. Erklärte Politik war es aber, die Kräfte des Marktes wirken zu lassen, mit der Folge, daß die alte DDR-Agrarstruktur zerschlagen wurde und die neu begonnene Entwicklung in Richtung agrarindustrieller Leitbilder läuft. Aufgrund dieser Ausgangssituation bedarf es eines über mehrere Jahre laufenden Rückbaus und Anpassungsprogramms. Ein solches Programm müßte folgende Bereiche beinhalten:

a) Die Zerstörung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, Liquidationen und Konkurse sollten verhindert werden, um das Vermögen und den Bestand für neue einzelbäuerliche oder gemeinschaftliche Betriebe zu sichern. Dieser Anpassungsprozeß würde drei bis vier Jahre in Anspruch nehmen.

b) Daraus resultierend müßte eine Rückführung der Einheiten durch schrittweises Herabsetzen der Bestands-, Flächen- und Betriebsobergrenzen erfolgen.

c) Das Leitbild dieser Politik muß der bäuerliche Einzelbetrieb oder der bäuerliche Gemeinschaftsbetrieb in Form von Betriebsgemeinschaften von drei bis vier Personen sein.

Zur Erreichung dieses Ziels sind ausgiebige Existenzgründungs-



programme in den neuen Bundesländern nötig, die einen erheblichen Wiedereinrichtungszuschuß vorsehen, den Nebenerwerb gleichberechtigt fördern, keine Altersgrenze in den Förderrichtlinien vorsehen und ausreichende Investitionshilfen zur Verfügung stellen.

Des weiteren muß es eine Aufbauhilfe zur Selbsthilfe geben im Bereich der landwirtschaftlichen Beratung, im Bereich der Gründung von Maschinenringen sowie dem Aufbau eigenständiger, dezentraler regionaler Vermarktungsstrukturen.

Desgleichen bleibt die Umstellung auf biologischen Landbau ein wichtiges Ziel, das durch entsprechende Begleitprogramme abgesichert werden sollte.

Im Bereich der Flurneuordnung müssen die Erkenntnisse von Naturschützern, die in den westlichen Bundesländern gesammelt wurden, genutzt werden, um auch hier eine ökologisch verträgliche Flurneuordnung zu gewährleisten, die einen ausreichenden Bestand von Flur, Gehölzen, Ausgleichsräumen und Schutzzonen beinhaltet. Der BUND hat hierzu in seiner BUNDposition Nr. 15 "Neue Wege in der Flurbereinigung" ausführlich Stellung bezogen. Das derzeit gültige Flurbereinigungsgesetz ist zu demokratisieren und ökologisch auszurichten.

Trotz der Berücksichtigung von Sonderbedingungen in den neuen Bundesländern muß das Ziel

der Umgestaltung orientiert sein an den allgemeinen agrarpolitischen Vorstellungen des BUND: Es müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es ermöglichen, in kleineren, überschaubaren Strukturen eine umwelt- und sozialverträgliche Landwirtschaft in den neuen Bundesländern zu etablieren.

5. Zusammenfassung

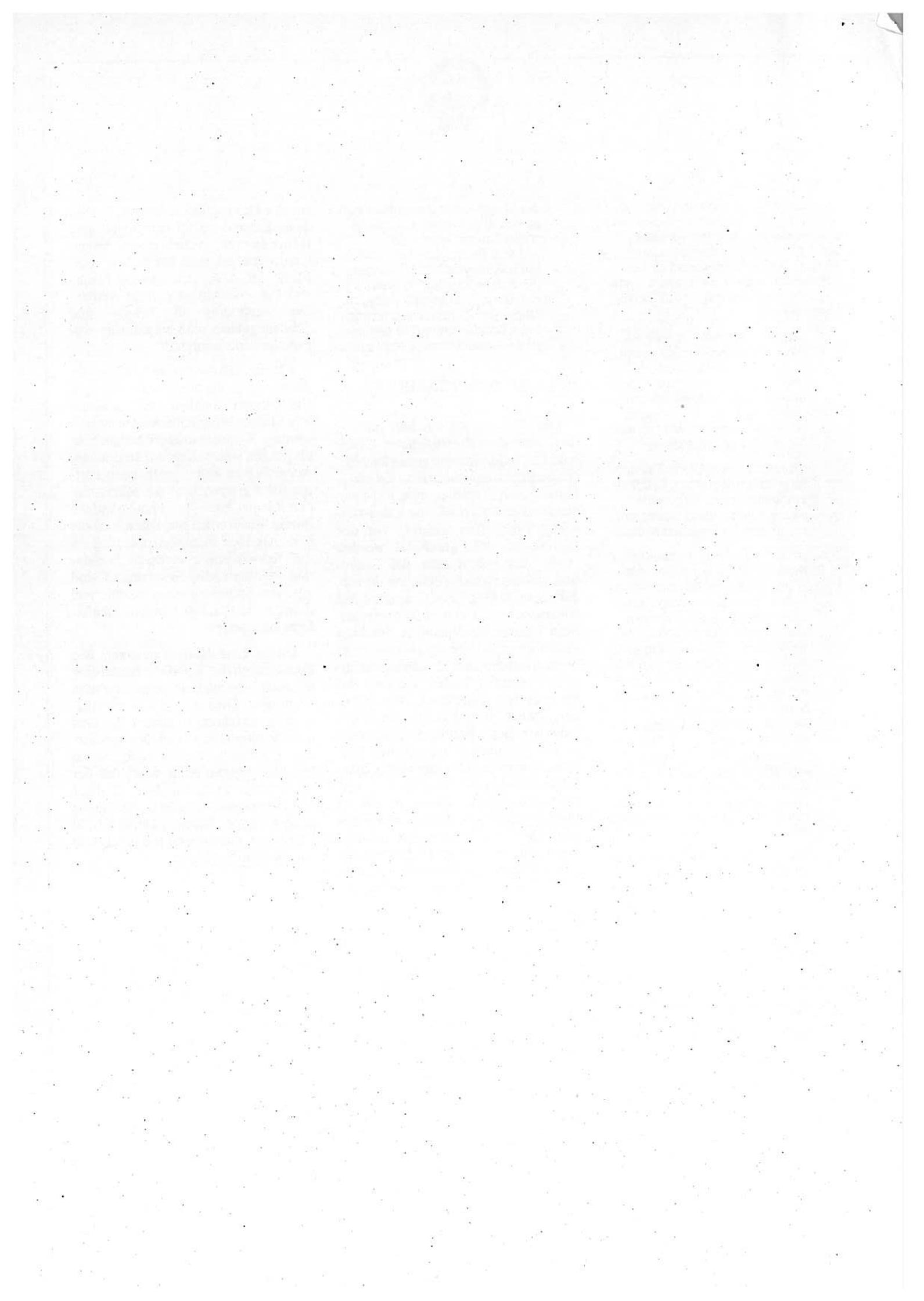
Das Ziel der Agrarpolitik muß es sein, eine umweltverträgliche, relativ autarke Produktion von gesunden Nahrungsmitteln zu etablieren, die möglichst vielen Betrieben eine Existenzchance bietet. Es muß eine Landwirtschaft geschaffen werden, vor der die Natur nicht geschützt werden muß. Dazu gehört auch, daß Bauern und Naturschützer verstehen lernen, daß sie nicht Gegner sind, sondern daß Naturschutz und eine richtig verstandene Landwirtschaftspolitik durchaus vereinbar sind. Wir müssen zu einer umweltverträglichen landwirtschaftlichen Produktion finden, und zwar auf der gesamten Nutzfläche, nicht nur in vereinzelter Natur-Nischen. Aber auch innerhalb dieser Politik, einer flächendeckenden, umweltverträglichen Produktion wird es zukünftig noch Naturschutzgebietsausweisungen und ggf. auch Nutzungsbeschränkungen für die Landwirtschaft im Interesse des traditionellen Artenschutzes geben. Diese Form von "Stillelegung" landwirtschaftlicher Flächen ist aber etwas anderes als die derzeit betriebene Politik, die

auf der Gesamtfläche unseres Landes quasi Landwirtschaft und Natur- und Umweltschutz voneinander trennt. Landwirtschaft muß auf der Gesamtfläche den Anforderungen des Natur- und Umweltschutzes gerecht werden. Der Aufteilung in Schutz- und Schmutzgebiete muß entschieden entgegen gewirkt werden.

Klar ist, daß durch eine konsequente Ausrichtung der Landwirtschaft auf Umweltverträglichkeit die landwirtschaftlichen Produktionskosten steigen werden. Deshalb müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, in denen sich dies in entsprechenden Preisen für Agrarprodukte am Markt niederschlagen kann. Umweltabträgliche Produktionsformen sind durch Verbote bzw. Abgaben so zu verteuern, daß sie ihre Kostenvorteile verlieren. Die daraus resultierenden Finanzmittel sind ggf. zur Förderung einer sozial- und umweltverträglichen Landwirtschaftsform einzusetzen

Um es ganz deutlich zu sagen: Die Forderungen des BUND bedeuten eine teilweise Abschottung gegenüber dem Weltmarkt. Dies erscheint notwendig, denn die Erfahrungen zeigen, daß dort bislang eine sozial- und ökologieverträgliche Landwirtschaft keine Chance hat. Eine weitere Folge wäre, daß der Verbraucher zukünftig beim Einkauf von Lebensmitteln tiefer in die Tasche greifen müßte. Bauern-, Umwelt- und Verbraucherschutz ist nun einmal nicht zum Nulltarif zu haben.

- 1) Agrar Europe 3/91 vom 14.1.91
- 2) Agrar-Europe 10/90, 5.3.90
- 3) Agrar Europe 36/90, 3.9.90
- 4) Aktionsprogramm Ökologie, Tz. 205





Die Karikaturen stammen von "Much" aus der Zeitschrift "Die Bergbauern" der österreichischen Bergbauernvereinigung ÖBV. Wir bedanken uns herzlich für die Abdruckgenehmigung.

Diese sehr interessante Zeitschrift ist bei der ÖBV, Herklotzgasse 7/21, A - 1150 Wien zu abonnieren. Gleichzeitig möchten wir auf die "Bauernstimme" unserer Partnerorganisation "AbL" hinweisen (Anzeige).



- ist besser als Gülle.
- Flächendeckende Extensivierung besser als Flächenstilllegung.
- Der Naturschutz braucht die Bäuerinnen und Bauern.
- Alle, die sich mit ökologischen Fragen beschäftigen, landen früher oder später bei der Landwirtschaft.
- Und wie spannend das sein kann, beweist Ihnen jeden Monat neu die
- **unabhängige Bauernstimme** ■
- Damit Sie fundiert zu landwirtschaftlichen Themen Stellung beziehen können.
- Fordern Sie einfach ein Probeexemplar an und überzeugen Sie sich.
- Abonnieren Sie die Bauernstimme für DM 40,- im Jahr oder machen Sie durch ein Geschenkabo jemandem eine Freude.

-
- Ja,
 - ich möchte ein Probeexemplar
 - ich möchte ein Abonnement der Bauernstimme und bitte um Zusendung der Unterlagen
 - ich möchte ein Abonnement der Bauernstimme verschenken und bitte um Zusendung der Unterlagen.

Name _____

Anschrift _____

Bitte ausschneiden oder fotokopieren und senden an: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Nordrheda 3, 4840 Rheda-Wiedenbrück, Telefon 052 42/4 84 76.



**Kompetente Ansprechpartner
zum Thema Bäuerliche Landwirtschaft
finden Sie unter den folgenden Adressen:**

- **ABL Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche
Landwirtschaft
Nordrheide 3
4830 Rheda-Wiedenbrück**
- **AGÖL Arbeitsgemeinschaft Ökologische
Landbauverbände
Baumschulenweg 11
6100 Darmstadt**
- **DDA Dachverband Deutsche Agraropposition
Luisenstraße 102
5300 Bonn 1**
- **Neuland
c/o Deutscher Tierschutzbund
Baumschulallee 15
5300 Bonn 1**